

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 351/352 · 30. JAHRGANG · AUSGABE WINTER/2024 VOM 20. DEZEMBER 2024 · 2 EURO

4 | Erneut
Millionenüberschuß
Eberswalder Jahresabschluß 2023

15 | Zukunft im
ländlichen Raum
Regionalpark im Dialog

26 | Schweyk zum neuesten
Beschaffungsskandal
825 Millionen für neue Uniformen

Am 23. November gründete sich die Bürgerinitiative »BernauerWaldRetten«



Kann dieser Wald noch weiterleben?

Gesunder Mischwald an der Stadtausfahrt nach Wandlitz soll Gewerbegebiet werden

Im Mittelpunkt der Initiative stehen die Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) und die Aufstellung eines Bebauungsplans für ein etwa 6 ha großes Waldstück des Naturparks Barnim östlich der Wandlitzer Chaussee (gegenüber von OBI). Nach Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Bernau vom 19. September (SVV8/20240919/ Ö11.3 und SVV8/20240919/ Ö 11.4) soll dieses Waldstück in ein Gewerbegebiet umgewandelt werden.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind entsetzt, daß schätzungsweise 5.000 Bäume eines natürlich gewachsenen Mischwaldes gefällt werden sollen. Unter den im Schnitt 60 bis 70 Jahre alten Bäumen befinden sich auch Exemplare mit einem Alter von etwa 120 Jahren. Aufgrund der bislang erfaßten Organismengruppen mit über 30 Gehölz- und 20 Vogelarten läßt sich auf einen artenreichen Wald schließen. Trotz des Trockenstresses durch die vergangenen Dürrejahre scheint der Wald eine hohe Vitalität aufzuweisen, und kann somit noch wichtige Funktionen für die Stadt zur Schadstofffilterung, Kohlenstoffspeicherung, Grundwasserneubildung und Lärminderung erfüllen. Die benachbarten Siedlungs- und bereits zahlreich vorhandenen Gewerbegebiete entwässern zudem über den im Waldstück befindlichen Rehpfehlgraben.

Für etliche Bernauerinnen und Bernauer zeugen diese StVV-Beschlüsse von einer erschreckenden Ignoranz gegenüber dem Interesse und Bedarf an intakter Natur und Umwelt sowie Klima- und Lärmschutz für unsere Stadt. Für die Stadt Bernau gibt es eine 2020 beschlossene Klimaanpassungsstrategie (KAS), die im Rahmen des Projektes »Bernau.Pro.Klima« gemeinsam mit der HNE in Eberswalde erarbeitet wurde. Diesem stehen die Umwandlung, Rodung und Bebauung der betroffenen Waldfläche entgegen. Überdies werden die wichtigsten Ziele der KAS durch die Vernichtung des Waldes verletzt

und die Bedeutung der Strategie ad absurdum geführt. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß diese geplante Umwandlung des stadteigenen Waldgebietes und die anschließende Errichtung versiegelter Gewerbeflächen, womöglich nach Verkauf an stadtfremde Investoren, nicht nur vermeintlich technische und ökonomische Vorteile bietet.

Sämtliche Versiegelungsmaßnahmen sollten ohnehin immer in das städtische Gefüge integriert werden, ohne dabei wertvolle, gesunde und biodiverse Waldflächen zu beanspruchen oder die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner negativ zu beeinflussen. Neue Versiegelungsflächen zu schaffen, während zeitgleich »in die Fortsetzung von Entsiegelungen im Rahmen des Labelverfahrens 'Stadtgrün naturnah'« (Pressemitteilung der Stadt Bernau vom 24.11. 2023) investiert wird, erscheint zudem vollkommen widersinnig. Das Bestreben der Stadtverwaltung, den Haushalt ohne die Aufnahme neuer Kredite oder prospektiver Sparmaßnahmen auszugleichen, darf keinesfalls die Entscheidung beeinflussen, den Flächennutzungsplan des betreffenden Grundstücks umzuwandeln – erst recht nicht mit dem Ziel, den Verkaufspreis zu erhöhen. Kommunales Land der Stadt Bernau sollte generell nicht mehr an private oder externe Investoren veräußert werden, um nicht auch noch die letzten Gestaltungsspielräume aus der Hand zu geben bzw. strittige Gewerbeansiedlungen unterbinden zu können.

Die Bürgerinitiative »BernauerWaldRetten« prüft nun die Möglichkeiten zum Schutz des Waldes und sammelte für eine gleichnamige Petition an die Stadt Bernau 500 Unterschriften. Alle Informationen können auf der Internetseite der Bürgerinitiative unter bernauerwaldretten.de eingesehen werden. eMail-Kontakt: info@bernauerwaldretten.de.

Bürgerinitiative »Bernauer WaldRetten«

Wat fott es, es fott

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, Sie haben es sicherlich gemerkt, alle führenden Genossen sind jetzt weg, so richtig weg, wohl für immer. Die mächtige Fraktionsvorsitzende, der nichts entscheidende Sekretär, Frau Sachzwang, Ministerin man will und macht das so und sogar der Minister hat immer Recht, all die hoffnungsvollen Gewerkschafter, alten und jungen Streiter, sogar Erna Wiesenschwirl und die liebe Karin haben nichts mehr zu melden. Das fing doch so hoffnungsvoll an. Aber sie haben es vergeigt. Sie haben unser Vertrauen verloren. Was fott es, es fott und kommt nicht wieder.

Vielleicht sitzen sie im stillen Kämmerlein beisammen und strampeln sich schweißtreibend für uns ab. Immer höher, schneller und weiter, intensiv und allumfassend beschäftigt mit sich selbst und ihren Wahrheiten. Irgendwann werden sie merken, daß ihnen die Wähler abhanden gekommen sind und ihre Pläne nicht aufgegangen sind. Zu sagen hatten sie uns schon lange nichts mehr. Schade. Bis jetzt war von ihnen nicht viel über die Ursachen ihrer krachenden Niederlage zu hören und zu lesen. Da man aus Fehlern nur lernen kann, würden wir die führenden Genossen ganz höflich bitten, mitzuteilen, woran sie gescheitert sind und was sie zukünftig besser machen wollen. Das interessiert uns wirklich.

Die führenden Genossen sitzen nicht allein, sondern in vornehmer Gesellschaft auf der Ofenbank. Auch dramatische Umweltschützer, eifrige Bewegungsbürger, diverse Anwälte und emsige Apotheker haben viele Wähler verloren und suchen nach Schuldigen. Auch von diesen fleißigen Leuten hören wir leider nichts mehr. Was fott es, es fott und kommt nicht wieder.

Leider haben über 214.000 Wählerstimmen, was über 14 Prozent der gültigen Stimmen entspricht, nicht zu Abgeordneten im Landtag geführt. Das sind wohl Stimmen der dritten Wahl. Die sind nicht etwa fott, sondern woanders. Für diese Stimmen sitzen zusätzliche Leute im Parlament. Wie im richtigen Leben bekommen die Gewinner noch etwas Sahne obendrauf. Das Wahlsystem macht es möglich. Fünf Okkupanten der SPD, vier der AFD, zwei des BSW und einer der CDU werden nicht mal rot dabei. Das Wahlrecht ließe sich leicht ändern. Einen erfolglosen Versuch gab es bereits. Mit Sicherheit hätten wir eine andere, handlungsfähigere Regierung und eine bessere Politik, wenn die Stimmen dieser Minderheiten auch gelten würden.

Statt dessen sehen wir einen genervten Ministerpräsidenten mitten in der bürgerlichen Mitte zwischen Spezialisten und Auserwählten, Aufrüstung und Abschreckung, Kooperation, Integration und Ausweisung, zurück in die Zukunft und vorwärts in die Vergangenheit zu lauern. Immer schön um den Kern herum, bis Akteuren und Publikum schwindlig wird.

Dr. MANFRED PFAFF

Für Menschlichkeit und Demokratie

Die Barnimer Kampagne LIGHT ME AMADEU hat auch in diesem Jahr zum Gedenken an die Ermordung von Amadeu António aufgerufen. Er wurde am 25.11.1990 brutal von zahlreichen Tätern in Eberswalde zusammengeschlagen und erlag am 6.12.1990 seinen Verletzungen.

Vergessen, griechisch: Amnesie, ist Nicht-Gedenken. Erinnern als eine Stärkung im Kampf gegen Diskriminierung und Gewalt, ist wohl die beste Art, diejenigen zu ehren, die wegen Rassismus nicht mehr unter uns sind.

Im anstehenden Wahlkampf ist wieder mit mehr Hetze, mehr Diskriminierung, mehr verbaler und physischer Gewalt zu rechnen. Weiter wird vom »deutschen« (=weißen) »Volkskörper« geschwafelt werden und daß »die« die Ursache aller Probleme sind. Skrupellos werden solche Stimmungen angefacht, um den rechten politischen Rand in die »Normalität«, in die »Mitte« zu verschieben. Wir möchten nicht von rechten Demagogen und Demagoginnen regiert werden. Wir können

und müssen zusammenstehen und aktiv eintreten für die Würde und Freiheit aller Menschen.

Am 6.12.2024 gab es um 17 Uhr wieder eine Gedenkveranstaltung an der Mahn- und Gedenktafel, Eberswalder Straße 24a. Nach einem kurzen Demo-Zug zum Tourismuszentrum am Familiengarten konnten die Teilnehmer die Schriftstellerin Aya Cissoko in einer musikalisch umrahmten Lesung hören und miteinander ins Gespräch kommen. Aya Cissoko ist französische Schriftstellerin, politische Aktivistin, Weltmeisterin im Amateurboksen und zweifache Kickboxweltmeisterin.

Barnimer Kampagne LIGHT ME AMADEU

Das Gedenken an die Ermordung von Amadeu António gestaltet seit 2007 als zivilgesellschaftliches Bündnis die Barnimer Kampagne LIGHT ME AMADEU. Die Übersetzung »Entzünde mich, Amadeu« meint: Laß mich bei Diskriminierung und Gewalt nicht kalt bleiben oder gleichgültig zuschauen. Auch wenn ich denke, daß mich das selbst nicht betrifft, beschädigt es uns als Gesellschaft (<https://light-me-amadeu.org>).

Bank gegen Gewalt an Frauen



FOTO: FLORIAN HEILMANN (STADT EBERSWALDE)

Eberswalde (prest-ew). Anlässlich des »Internationalen Tags zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen« enthüllte Bürgermeister Götz Herrmann gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Eberswalde Katrin Forster-König sowie der Integrationsmanagerin Yaprak Onbasi am Vormittag des 25. November die »Bank gegen Gewalt an Frauen« in der Rathauspassage.

Körperliche oder sexuelle Gewalt gehört noch immer vielerorts zur alltäglichen Erfahrung von Frauen. »Der Aktionstag will jedes Jahr am 25. November ein Bewußtsein für dieses weltweite Problem schaffen und zu einem gesellschaftlichen Umfeld beitragen, in dem jegliche Gewalt keine Toleranz findet und Menschen genau hinschauen sowie aufmerksam sind«, so Forster-König. In diesem Sinne setzt auch die Stadt Eberswalde jährlich im Rahmen des Aktionszeitraums – welcher sich jeweils bis zum 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, erstreckt – ein Zeichen, das

verdeutlicht, daß jegliche Gewalt niemals Akzeptanz finden darf.

Die symbolträchtige Stadtmöblierung wurde von Schülern des OSZ II Barnim, Lernbereich »Holztechnik« gefertigt sowie gestaltet und trägt die Aufschrift »Seid zärtlich – nicht zornig« sowie »Stopp gegen Gewalt an Frauen«. Die Idee der eigentlich roten Bänke geht zurück auf eine Aktion in Italien mit dem Namen »Panchina rossa«, zu Deutsch »rote Bank«. Solche stehen dort seit 2016 in vielen öffentlichen Räumen als Symbol gegen häusliche Gewalt. Sie sollen das Thema aus der Tabuzone locken und ein großflächiges Bewußtsein in der Gesellschaft schaffen.

Nach ihrem Verbleib in der Rathauspassage soll die auffällige Bank nach und nach durch das gesamte Stadtgebiet »toure«, damit dieses aussagekräftige Symbol sowie das dadurch formulierte Bekenntnis gegen jedwede Form von Gewalt möglichst weiträumig wahrgenommen werden kann.

Nie wieder Krieg! Gegen Militarisierung und Kriegstüchtigkeit Keine US-Mittelstreckenwaffen in der BRD

Nach der großen Demonstration am 3. Oktober in Berlin für Frieden und gegen weitere Aufrüstung haben wir uns am 24. November bei der Aktionsberatung mit über 230 Teilnehmern darüber verständigt, die zentralen friedenspolitischen Herausforderungen anzugehen:

Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in der BRD verhindern.

Diese Erstschlagswaffen, die allein in der BRD stationiert werden sollen, sind eine große Gefahr für den Frieden in Europa. Die Raketen, konventionell oder atomar bestückt, sind zudem Magneten für einen Präventivangriff auf deutsches Territorium und zerstören das, was zu verteidigen ist vorgeben.

Nein zu allen Kriegen.

Deshalb sofortiger Waffenstillstand in der Ukraine und in Gaza/Libanon. Wir fordern eigenständige Initiativen der Bundesregierung für einen Friedensprozeß in der Ukraine und einen Stopp der Waffenlieferungen.

Abrüstung statt Hochrüstung.

Mit den freiwerdenden finanziellen Ressourcen müssen die sozialen, ökologischen und globalen Herausforderungen gemeistert werden. Dies werden auch die Themen sein, mit der die Friedensbewegung in den nun beginnenden Bundestagswahlkampf eingreifen wird.

Mit dem »Berliner Appell« gegen die Stationierung der Mittelstreckenwaffen wollen wir den Protest in die Breite der Gesellschaft tragen. Die zurzeit 12.600 Unterschriften, die bei uns eingegangen sind, auch die zunehmende Unterstützung von Organisationen wie vom DGB Frankfurt oder der »Kooperation für den Frieden«, reichen aber lange nicht aus. Auch eine massenhafte Unterstützung wird allein sicher nicht ausreichen, die Stationierung zu verhindern, aber sie kann ein wichtiger Beitrag sein, der Ablehnung eine starke Stimme zu verleihen.

Der »Berliner Appell« ist aktive Überzeugungsarbeit. Er muß immer mehr verbreitet werden. Neue Partnerinnen und Partner können gewonnen, alte Bündnisse wiederbelebt werden. Aufeinander zugehen, auch über traditionelle Grenzen hinweg, das ist die Herausforderung, um das Nein zur Stationierung zum Mehrheitswillen zu machen. Dies gilt besonders für die Gewerkschaften, die verschiedenen Religionsgemeinschaften und die Umweltverbände. Dafür brauchen wir weitere Demonstrationen und auch Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Alles, was der Verhinderung der Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen bis 2026 dient, ist sinnvoll und willkommen – von Informationsständen bis zu einer umfassenden

Social-Media Nutzung. Onlineaktivitäten, Straßenaktionen, phantasievolle Umzüge, Sit-oder Die-in, Plakataktionen, Ausstellungen, Diskussionen mit Politikern und Politikerinnen.

Wir müssen auf die Menschen und besonders auch auf die jungen zugehen, die – siehe Shell-Studie – Angst vor Krieg haben. Wir müssen in die Diskussion gehen, Differenzen ansprechen und versuchen, sie zu überwinden. Und wo das nicht geht, müssen wir den gemeinsamen Nenner finden und solidarisch das »Nein zu Mittelstreckenraketen« verfolgen.

Weil die Situation in der Welt so gefährlich ist, muß jede neue Stufe der Eskalation verhindert werden durch aktives Handeln der Menschen. Gemeinsam müssen wir uns in Diskussionen zur Geostrategie und zum Militarismus national und international durch Webinare u.a. stärken.

Wir müssen auch wertkonservative Kräfte einbinden. Sie sind willkommen, wenn sie Nein zu neuen Waffen sagen. Es bleibt aber dabei: Faschismus ist keine Meinung, sondern immer ein Verbrechen und führt letzten Endes immer zu Krieg. Nur gemeinsam mit allen, die bereits besorgt sind und den vielen, die wir noch gewinnen, Nein zu sagen, können wir es bis 2026, dem geplanten Beginn der Stationierung, schaffen, diese politisch undurchführbar zu machen.

Weitere Aktivitäten

Nach dem bundesweiten Aktionstag für den »Berliner Appell« am 7. Dezember 2024, wird es am 15. Februar 2025 eine weitere Gelegenheit geben, massenhaft für die Unterzeichnung werben. Wir werden mit dem Appell vor Ort in die Bundestagswahlen eingreifen, Veranstaltungen, auch Kontroversen mit Parteien und Politikern durchführen und den Wahlkampf politisieren. Wir werden Frieden zum Thema machen. Für Ende März 2025 planen wir eine regionale Demonstration am Standort der geplanten Einsatzkommandos in Mainz-Kastell/Wiesbaden.

Als Material für die Aktionen kann die neue Ausgabe der »Zeitung gegen den Krieg« bestellt und gelesen werden (info@nie-wieder-krieg.org). Spenden: Wir freuen uns über jede noch so kleine Spende auf das folgende Konto der Friedens- und Zukunftswerkstatt, bei der Frankfurter Sparkasse, IBAN DE20 5005 0201 0200 0813 90 – BIC HELADEF1822 – Stichwort: »Berliner Appell«.

Aktionen der Friedensbewegung 2025:

- 22. Januar 2025: Jahrestag Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrages
- 27. Januar 2025: 80. Jahrestag Befreiung von Auschwitz

- 15. Februar 2025: Aktionen gegen die Sicherheitskonferenz in München
- Bundesweiter Aktionstag Berliner Appell
- 16. Februar 2025: Veranstaltung »Frieden wählen« in Frankfurt
- 23. Februar 2025: Bundestagswahlen
- 8. März 2025: Frauentag
- 14. März 2025: Kommunalwahlen in NRW
- 29. März 2025: Demonstration u. a. gegen die Einsatzzentrale in Wiesbaden ...
- 11. April 2025: 80. Jahrestag der Selbstbefreiung Buchenwald
- 18. - 21. April 2025: Ostermärsche
- 30. April - 4. Mai 2025: Kirchentag Hannover
- 1. Mai 2025: Tag der Arbeit
- 8. Mai 2025: 80. Jahrestag der Befreiung

INITIATIVE »NIE WIEDER KRIEG!«

(Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Ulrike Eifler, Andreas Grünwald, Rita Heinrich, Lühr Henken, Andrea Hornung, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Michael Müller, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Peter Wahl)



»Selbstverteidigung«

Laut Feststellung der UNO sind 70 Prozent der Opfer der israelischen Angriffe auf den Gazastreifen Frauen und Kinder. Glaubt man den hiesigen Medien, sind auch sie selbstverständlich Terroristen und blutdürstige Hamas-Kämpfer. In diesem Zusammenhang von »wehrlosen Frauen und unschuldigen kleinen Kindern« und »Greuelthaten« zu sprechen, ist zweifellos antisemitisch konnotiert. Palästinensische Frauen und Kinder umzubringen, ist ebenso zweifellos vom »Recht auf Verteidigung« gedeckt.

Nachdem sich Israel ausgiebig auch mit Bomben auf die Hauptstadt von Libanon »selbstverteidigte«, geht diese israelische »Selbstverteidigung« nun in Syrien weiter. Die israelische Armee (IDF) steht nun nur noch ein paar Kilometer vor Damaskus. Zuvor hatten Flugzeuge der IDF den Dschihadisten der einstigen al-Qaida, jetzt HTS, den Weg freigebombt. Diese zögerten nicht lange und erklärten, sie wollten mit Israel Frieden schließen. Kein Wort zum Vorgehen der Israelis in Syrien. Der Führer Israels, Benjamin Netanjahu, hat indes schon verkündet, daß Israel die neu besetzten Gebiete in Syrien »für alle Ewigkeit« behalten werde.

Und wieder einmal konnte das Haushaltsjahr mit einem Überschuß abgerechnet werden, trotz des ursprünglich geplanten Defizits. Den Erträgen von mehr als 105 Millionen Euro standen Aufwendungen in Höhe von rund 99 Millionen Euro gegenüber. Der Gesamtüberschuß im Jahr 2023 betrug 6.146.581,37 Euro.

Im Haushaltsplan war ein Defizit in Höhe von gut 2,3 Millionen Euro avisiert worden, das im fortgeschriebenen Haushaltsansatz sogar auf fast 3,5 Millionen Euro aufwuchs. Mit hin verblieben knapp 10 Millionen Euro mehr als die Haushaltsplaner erwarteten.

Inwieweit das auf die im späten Frühjahr 2023 verhängte Haushaltssperre zurückzuführen ist, geht aus dem Prüfbericht nicht hervor.

Beim Zahlungsmittelbestand ergab sich jedenfalls ein geringeres Positivsaldo von immerhin noch gut 800.000 Euro. Der Kassenbestand wuchs entsprechend von etwa 57,1 Millionen auf 57,9 Millionen Euro. Dabei wurden Kredite in Höhe von 230.000 Euro getilgt. Zudem wurden 5,3 Millionen Euro für Investitionen ausgegeben, was sich wertsteigernd auf das Anlagevermögen auswirkte, sich also nicht auf das Ergebnis – die bilanzielle Gewinn- und Verlustrechnung – auswirkte.

Der Kassenbestand verteilte sich per 31.12.2023 wie folgt: Die Barkasse mit 2.330 Euro ist faktisch vernachlässigbar. Auf den laufenden Konten sind weniger als 2 Millionen Euro geparkt. Gut 23 Millionen Euro waren Ende 2023 auf als Tagesgeld bei der Sparkasse Barnim angelegt, eine weitere Million in einem Festzinssparbuch. Über Termingelder

Grundsteuern in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Ab dem 1. Januar 2025 wird die Grundsteuer auf Grundlage des neuen Rechts erhoben. Die Hebesätze der Grundsteuer A und B sind in der Haushaltssatzung der Stadt Eberswalde im § 4 festgelegt, die im Januar 2024 von den Stadtverordneten der Stadt Eberswalde für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 beschlossen wurde.

Im Rahmen der Grundsteuerreform sind die Gemeinden angehalten, für das Jahr 2025 die Aufwendungen aus der Grundsteuer A und B aufkommensneutral in Summe für die Kommune zu gestalten. Dazu soll im Land Brandenburg ein Transparenzregister erstellt werden. Die Aufkommensneutralität gilt nur für das Jahr 2025. Im Einzelfall bedeutet das, daß einzelne Grundstückseigentümer mehr, weniger oder gleiche Steuern zahlen, abhängig vom festgelegten Grundsteuermaßbetrag des Finanzamtes.

Wenn der Stadtverwaltung Eberswalde die Grundsteuermaßbeträge vom Finanzamt vollständig vorliegen, ist es möglich, eine abschließende Hochrechnung für die Stadt Eberswalde vorzunehmen. Daraus ergibt sich

Jahresabschluß 2023:

Erneut Millionenüberschuß

Eberswalde (bbp). Im November befand die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) über den Jahresabschluß 2023. Damit gelang es der städtischen Kämmerer nun endlich, den Rückstau der Jahresrechnungen, der sich nach der Umstellung der Rechnungsführung auf die sogenannte »Doppik« im Jahr 2011 ergeben hatte, abzarbeiten. Letztlich eine Fleißarbeit der dafür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die neben den laufenden Aufgaben zu erledigen war.

in Höhe von 20,4 Millionen Euro verfügte die Stadt bei der Deutschen Kreditbank AG. Bei der Deka-Bank investierte die Stadt zudem 10 Millionen Euro in Festzinsanleihen. Die restlichen liquiden Mittel verteilen sich auf verschiedene Konten, die für verschiedene beschlossene, aber noch nicht abgeschlossene Maßnahmen eingerichtet wurden. Die Maßnahmen »Stadtumbau/Aufwertung« und »soziale Stadt« machen hier mit jeweils über einer Million Euro den Hauptteil aus.

Das Anlagevermögen der Stadt stieg im Jahr 2023 um gut 6 Millionen Euro auf 174,1 Millionen Euro. Hinzu kommen 60 Millionen Euro Umlaufvermögen, das meiste davon wie erwähnt im Kassenbestand.

Der Ergebnisüberschuß von gut 6 Millionen Euro bewirkt zugleich auf der Passivseite der Bilanz eine Erhöhung des städtischen Eigenkapitals in gleicher Größenordnung.

Zum Eigenkapital gehören 9,5 Millionen Euro »Basis-Reinvermögen« aus der Eröffnungsbilanz, 74 Millionen Euro Überschuldrücklage sowie 0,6 Millionen Euro Sonderrücklagen, die nicht verwendete investive Schlüsselzuweisungen beinhalten. Diese sol-

dann, ob zum Erreichen der Aufkommensneutralität der Hebesatz für 2025 geändert werden muß.

Der Beschluß darüber obliegt der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen einer Nachtragssatzung. Im Rahmen der Grundsteuerreform haben die Kommunen im Jahr 2025 die Möglichkeit, die Hebesätze bis zum 30. Juni 2025 im Nachhinein anzupassen.

Die Stadtverwaltung beabsichtigt ab Januar 2025 Abgabenbescheide mit den aktuellen Hebesätzen für Grundsteuer A und B zu versenden. Ergibt sich bei vollständiger Vorlage aller Daten vom Finanzamt Änderungsbedarf, so muß wie erwähnt bis 30. Juni 2025 eine Nachtragssatzung beschlossen werden. Danach werden neue Abgabenbescheide erstellt. Ob dies für die Stadt Eberswalde notwendig ist, ist derzeit nicht absehbar.

Neuer Beirat in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde hat auf ihrer Sitzung am 21. November die Hauptsatzung novelliert. Eine wichtige Änderung betrifft die Einfügung eines neuen Paragraphen »Beirat für

len der Eigenkapitalstärkung dienen. Die investiven Schlüsselzuweisungen von 2023 wurden vollständig für den Hort Kinderinsel verwendet und als Sonderposten verbucht.

Das Eigenkapital der Stadt Eberswalde beläuft sich somit auf rund 86 Millionen Euro.

Sonderposten sind bilanziell weder Eigenkapital noch Fremdkapital, weil sie auf nicht rückzahlbaren Zuschüssen beruhen und entsprechend der bilanziellen Abschreibung jährlich aufgelöst werden. Diese Sonderposten machen mit 111 Millionen Euro einen beträchtlichen Teil in der Bilanz aus.

Durch Rückstellungen sollen für zu erwartende Forderungen Reserven gebildet werden. 28,3 Millionen Euro sind in der städtischen Bilanz dafür vorgesehen. Der Hauptteil davon, 21 Millionen, betreffen Pensions- oder ähnliche Rückstellungen, die zwar gesetzliche Verpflichtung sind, aber eigentlich anderweitig finanziert werden. Insofern ist das sowas ähnliches wie eine stille Reserve des Kämmerers.

Die 4 Millionen Verbindlichkeiten, davon 2,6 Millionen aus langfristigen Darlehen, stellen bei 58 Millionen Euro an liquiden Mitteln kein Problem dar.

Menschen mit Behinderungen«. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (StVV) Eberswalde MARTIN HOECK (FDP) begrüßt die Entscheidung und dankt »den Kolleginnen und Kollegen für ihre große Zustimmung«.

Damit werde »der Weg für eine Interessensvertretung für die Belange von Menschen mit Behinderungen freigemacht. Wir haben aktuell über 10.000 Bürgerinnen und Bürger in Eberswalde, die körperlich, geistig und/oder seelisch eingeschränkt sind. Über 7.000 von ihnen haben einen Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent.«

Diese Gruppe sei in den politischen Gremien der Stadt stark unterrepräsentiert, so Stadtverordnetenvorsitzende, der meint, daß auch deren Sicht auf die Entwicklung der Stadt gehört werden und Beachtung finden muß. Er hofft, »daß sich viele Bürgerinnen und Bürger finden werden, die in dem neuen Gremium mitarbeiten möchten«.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich direkt beim Vorsitzenden der StVV Eberswalde, bei den Fraktionen in der StVV oder auch bei der Beauftragten für die Belange von Menschen mit Behinderungen KATRIN FORSTER-KÖNIG im Rathaus melden.

Umsetzung des Radnutzungskonzepts

Eberswalde (prest-ew/bbp). Im Oktober informierte die Pressestelle der Stadtverwaltung über die Instandsetzung von zwei Waldwegen in Eberswalde, weswegen es zu temporären Verkehrseinschränkungen kommen werde.

»Grund dafür sind Instandsetzungsarbeiten im Sinne einer ganzjährigen Befahrbarkeit zur Verbesserung des Waldbrand- und Katastrophenschutzes«, hieß es in der Mitteilung.

»Die betreffenden Waldwege liegen in Nord- und Westend. Dabei beginnt die erste Maßnahme in der Verlängerung des Dr.-Zinn-Weges und verläuft von dort Richtung Osten. Der zweite Teil der Instandsetzung erfolgt auf dem Waldweg hinter den Garagen nahe der Wildparkstraße 8. Dieser verläuft Richtung Westen bis zu einem Punkt südlich des Freizeitbades baff und des Westendstadions. Dort knickt der Weg wiederum Richtung Süden ab und die Baumaßnahme endet in der Verlängerung des Westendweges. Insgesamt beträgt die Ausbaulänge der beiden Maßnahmen zusammen circa 1.700 Meter.« Zu erwarten sei, »daß Wegeränder und ein Teil der Vegetation durch die Maßnahme in

Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Dies wird sich jedoch im Frühjahr wieder verwachsen... Neben einer deutlichen Verbesserung der forstlichen Infrastruktur sowie der Optimierung der Erreichbarkeit nahegelegener Abwasserleitungen für den Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA), trägt die Unternehmung auch zur Gewährleistung der Erholungsnutzung der Wälder (auch mit Fahrrädern) bei. Die Maßnahme wird vollständig aus Mitteln zur Vorbeugung von Waldschäden gemäß EU-MLUK-Forst Richtlinie vom 1. August 2022 durch die Europäische Union gefördert.«

Die Herrichtung der Wege an den Drehnitzwiesen war auch Bestandteil der vorgeschlagenen Maßnahmen des Radnutzungskonzeptes von 2015. Im städtischen Haushalt standen dafür allerdings keine finanziellen Mittel zur Verfügung. Auch weil die damaligen Appelle der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«, die diese Radwegeverbindungen gegenüber den Radstreifen auf der Heegermühler Straße als die bessere Variante für die



Foto: JÜRGEN GRANZOW

Verbindung der Stadtteile bewertete und eine auskömmliche Finanzierung für die Maßnahmen des Radnutzungskonzeptes forderte, keine Berücksichtigung fanden.

Seitens der BI werden die aktuellen Maßnahmen, wie deren Sprecher Dr. Ulrich Pofahl gegenüber der BBP erklärte, ausdrücklich begrüßt, verbunden mit der Hoffnung, daß die Verkehrsführung in der Heegermühler Straße vielleicht doch noch wieder normalisiert werden kann.

Verbesserte Bürgerbeteiligung

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Gestaltung unserer Stadt sollte stärker in den Fokus gerückt werden. In der Vergangenheit gab es viele Versuche, diesen Prozeß zu fördern. Zum Beispiel erarbeitete ein Zukunftsrat konkrete Vorschläge für Eberswalde.

Auch durch die Einwohnerfragestunden in den Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung könnte der Austausch zwischen Bürgern und Politikvertretern weiter intensiviert werden. Daher unterstützen wir den Änderungsantrag zur Hauptsatzung, in den Einwohnerfragestunden künftig drei Fragen pro Fragesteller zuzulassen und dafür auch mehr Zeit zur Verfügung zu stellen¹. Wir müssen uns die Zeit zum Zuhören nehmen, Probleme erkennen und Lösungen suchen. Nur so kann Bürgernähe wirklich gelebt werden.

Eine weitere Neuerung für unsere Stadtgesellschaft stellt die Schaffung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen dar.² Die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Prozessen ist für uns ein hohes demokratisches Gut. Daher unterstützen wir die Einrichtung des Beirats, um den Problemen und Alltagsorgen dieser Menschen mehr Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen eine Gesprächsplattform zur Stadtpolitik zu geben.

Eine weitere geplante Änderung der Hauptsatzung, die wir begrüßen, betrifft die Internetseite der Stadt. Sie soll künftig für die schnelle und termingerechte Veröffentlichung von Bekanntmachungen genutzt werden/3/. Das digitale Arbeiten gehört schon seit vielen Jahren zu unserer Lebensrealität.

Daher ist es nur logisch, daß zunehmend auf Papier verzichtet wird. Mit der dann auch rechtlich sicheren Möglichkeit, Bekanntmachungen auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichen, gehen wir einen weiteren Schritt ins digitale Zeitalter.

Karen Oehler, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen in der StVV Eberswalde

1 – Dieser Änderungsantrag der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur wurde in geänderter Form – es bleibt bei 2 Redebeiträgen je Einwohner, aber mit 5 Minuten Redezeit je Frage bzw Anregung statt den bisher 3 Minuten – von der Mehrheit der Stadtverordneten angenommen.

2 – Den Antrag zur Schaffung eines Beirates für Menschen mit Behinderungen hatten die Fraktionen CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim und SPD/BfE eingebracht. Auch diese Änderung fand die Zustimmung der Stadtverordneten

3 – Diese Änderung war Bestandteil der Verwaltungsvorlage. Mit der Gesamtvorlage wurde auch diese Änderung beschlossen.

»Wonka« im Heidekrug

Am 20. Dezember, um 19.30 Uhr zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 um 19.30 Uhr »Wonka«, ein absoluter Wohlfühlfilm für die ganze Familie. Der Eintritt kostet 6 €.

RUTH BUTTERFIELD

Brunoldstr. 1 · Joachimsthal · heidekrug.org

Vor allem anderen Frieden!

Ungenügende Barrierefreiheit bleibt ein leidiges Dauerthema in Eberswalde. Nicht zuletzt im Seniorenbeirat und künftig im neuen Beirat für Menschen mit Behinderungen. So weisen immer noch viele Übergänge von Geh- und Radwegen auf Straßen an den Bordsteinkanten erhebliche Niveauunterschiede auf, die für Gehhilfen, Kinderwagen und Fahrräder ein Hindernis darstellen. Oft kann mit geringem Aufwand, wie nachträglich aufgebraachte Abschrägungen mittels Bitumen, Abhilfe geschaffen werden. Wir fordern, dieses Thema am »Runden Tisch« für die Geh- und Radwegplanungen zu behandeln.

Wenn sparen, dann damit an der Spitze anfangen. Unsere Fraktion begrüßt die Entscheidung, künftig auf die Stelle eines Ersten Beigeordneten zu verzichten.

Die jüngste Änderung der Hauptsatzung ermöglicht durch den neuen Behindertenbeirat und die von uns initiierten erweiterten Möglichkeiten in der Einwohnerfragestunde künftig bessere Mitsprachemöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger. Eine Verbesserung gab es auch durch den neuen Ortsteil Clara-Zetkin-Siedlung und dem dort seit der Kommunalwahl agierenden Ortsbeirat. Nun sollte im nächsten Schritt auch die städtischen Ortsteile wieder eine Ortsteilvertretung in Form eines Ortsbeirates erhalten. Das Brandenburgische Viertel könnte hier den Anfang machen.

Alles Gute für das neue Jahr. Wir wünschen vor allem anderen Frieden.

MIRKO WOLFGAMM, Fraktionsvorsitzender | 5

Neues vom Bernauer Grünstreifentheater

Das Parkplatzgedränge an Rollbergeck und Siedlung Rutenfeld erhält ein neues Kapitel

Bernau (bbp-ber). Nach mehr als einem Anlauf ordnete die untere Verkehrsbehörde (UVB) in Eberswalde im ausgehenden Sommer für drei Straßen der Wohnlage Rutenfeld vorläufig ein beschränktes Haltverbot inklusive der Seitenstreifen an. Als danach zwei offizielle Beschwerden einzelner Bürger eingingen, die, wie zu hören war, noch nicht einmal Anlieger sind, hob die Behörde die Regelung wieder auf. (Siehe auch BBP 5/2024 »Marktstände auf vier Rädern« und BBP 3/2024 »Tanz auf dem Pulverfaß«)

Wie der Pressesprecher des Landrats mitteilt ist zu prüfen, inwieweit Nutzergruppen auf das Parken angewiesen sind oder nicht. Daher war für die UVB dieser Schritt für die 1,4 Kilometer lange Verbotzone folgerichtig, nachdem eine von der Stadt geforderte Plausibilisierung weder vor der Maßnahme noch im Nachgang vorgenommen wurde.

Bürgermeister André Stahl hatte sich, soweit ist es öffentlich bekannt, wohlwissend um die Arbeit, die viele Anlieger mit dem funktionalen Erhalt der Seitenstreifen und -flächen haben, ursprünglich ein durchgehend geltendes Parkverbot Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr gewünscht. Damit wäre für die Feierabend- und Wochenendzeiten ein uneingeschränkter Besucherverkehr zu allen Grundstücken gewährleistet. Theoretisch unterstellt wird hier, daß alle anderen Parkplatzbedürftigen ein Parkhaus wie das neue neben der Sparkassenarena nutzen.

Doch so lief das nicht. Selbst die UNB verlangt zugunsten eines imaginären Parkplatz-Grundrechts eine Differenzierung der Einschränkungen in konkreter Abwägung zu den betroffenen Straßenabschnitten. Betroffen sind Fahrbahnen mit und ohne Alleebaum oder Fußweg, mit und ohne Stadtbesucherandrang oder Schülerverkehr, mit und ohne autobreite Grünstreifen vor den Zäunen der Anlieger.

Derweil bahnt sich die motorisierte Parkplatzbruderschaft legal ihren Raum. Der Ball des Handelns liegt bei der Stadtverwaltung Bernau, denn mit der Aufhebung des Parkverbots besteht das Problem der Überparkung nach wie vor. Dazu kommen hausgemachte Umstände: Allein an der Tatsache, daß man auf die Grünfläche der Kirschgartenschule neben die Hermann-Duncker-Straße eine mehrgzügige Grundschule mittels Containern setzt und für fünf bis sechs Jahre betreibt, angrenzend an ein Wohnviertel, ohne dazu nur einen einzigen zusätzlichen Parkplatz nachzuweisen, ist erkennbar, daß den dabei politisch Verantwortlichen Naturerhalt, Verkehr oder Anwohner herzlich egal sind.

Ein Anwohner schließlich informierte uns entsprechend über den Inhalt seines kürzlich versendeten Appells an Stadtverwaltung und UVB, speziell zur Rollenhagenstraße als Allee:

»Ich wende mich an Sie mit großer Sorge um die 125 Jahre alten Linden in der Rollenhagenstraße, einer der ältesten und bedeutendsten Wohnstraßen, die an die historische Innenstadt von Bernau bei Berlin angrenzen. Diese Bäume

sind nicht nur ein wertvoller Teil unseres städtischen Grüns, sondern leisten einen unschätzbaren Beitrag zum Klimaschutz, insbesondere in den immer heißer werdenden Sommern. Die Rollenhagenstraße zeichnet sich durch folgende Besonderheiten aus:

– Schattenspendende und kühlende Funktion der Linden: Gerade an Hitzetagen trägt diese Allee erheblich zur Milderung der Temperaturen und zur Verbesserung der Luftqualität bei.

– Teil des Berlin-Usedom-Radwegs: Die Straße ist ein wichtiger Abschnitt eines überregional bedeutenden Radweges. Ihr Zustand prägt das touristische Bild der Region.« Weiter wird von ihm berichtet: »Leider sind die Bäume akut gefährdet. Die Situation ist alarmierend:

– Zerstörung der Grünstreifen: Durch massives Befahren und rücksichtsloses Parken sind die Böden so stark verdichtet und teils ausgehöhlt, daß die Bäume kaum noch Regenwasser aufnehmen können.

– Belastung durch Baustellenverkehr: Nach 2020 wurden durch zahlreiche Großbaustellen in der Umgebung bisherige Parkflächen eliminiert, was zu einer erheblichen Zunahme des Ausweichverkehrs in die Rollenhagenstraße führte und führen wird.

– Ein erst im September notfällig eingeführtes Parkverbot wurde bereits nach zwei Monaten aufgehoben, sodaß sich die vorherigen Zustände wieder eingestellt haben.

– Die Gesundheit und langfristige Vitalität dieser Bäume sind bereits beeinträchtigt. Ohne sofortiges Eingreifen besteht die Gefahr, daß diese wertvollen Linden irreparabel geschädigt werden.«

Wochentags entsteht in dem als Schulweg benutzten Teil der Hermann-Duncker-Straße 16-22 in den Spitzen eine Lärmentwicklung wie montags beim ALDI. Nur gibt es hier gar keinen Fußweg, nur Kinderfüße neben Autoreifen auf derselben Fahrbahn. Hier sollten eigentlich nur Anlieger fahren dürfen.

Dies alles paßt zudem so gar nicht zu der mit dem Projekt »Bernau.Pro.Klima« entstandenen Strategie der ökosystembasierten Anpassung an den Klimawandel in Bernau. Beschlossen am 26.11.2020 in der 13. Sitzung der 7. Stadtverordnetenversammlung. Unser Leser appelliert daher an die Entscheidungsträger: »Ich bitte Sie dringend, Maßnahmen zum Schutz der Grünstreifen und Bäume einzuleiten. Dazu gehört

– die Wiederherstellung der Böden und deren langfristige Sicherung vor erneutem Befahren.

– Die Wiederinkraftsetzung des Parkverbots in der Rollenhagenstraße. Nur so kann das unzulässige Parken, das zur weiteren Verdichtung und Schädigung der Grünstreifen führt, unterbunden werden.

– Überwachung und Durchsetzung der Maßnahmen: Illegales Parken muß konsequent geahndet werden (STVO § 12 Abs. 4, § 49, § 24 Abs. 1, 3).«

Zurecht steht hier geschrieben, daß die Linden nicht für sich selbst sprechen können. »Es liegt an uns, ihre immense Bedeutung zu erkennen und sie aktiv zu schützen. Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen, daß Bernau bei Berlin seine Verantwortung für Umwelt und Natur ernst nimmt und die Lebensqualität seiner Bürger bewahrt.«



Typisch Tobias-Seiler-Straße: Ein SUV parkt ungestraft quer in oder über den gerade erst von der Stadt teuer hergestellten Rigolen, die überschwemmenden Regen von der Straße aufnehmen sollen. Soziale Verantwortung? Ordnungsmaßnahmen? Fehlanzeige.

Trinkwasserschutz in CZS

Eberswalde (bbp). Teile der Clara-Zetkin-Siedlung befinden sich nach Aussage der unteren Wasserbehörde in einem Trinkwasserschutzgebiet. Daher dürfen dort beispielsweise keine Brunnen oder Grundwasserwärmepumpen errichtet werden.

Noch in den 80er Jahren war das Grundwasser jedoch so stark mit Nitraten belastet, daß es für den Genuß durch Kleinkinder im Alter bis zu einem Jahr nicht geeignet war. OSKAR DIETTERLE von der Fraktion *Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur* hatte deshalb im Oktober in der Stadtverordnetenversammlung angefragt, ob sich daran inzwischen etwas geändert hat und wie hoch die Belastung des Grundwassers mit Nitraten und anderen Schadstoffen gegenwärtig ist.

In ihrer Antwort bestätigt *Silke Leuschner*, stellvertretende Baudezernentin und Amtsleiterin des Stadtentwicklungsamtes, daß sich die Zone 111 A des Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Finow bis auf wenige Teilflächen über die gesamte Clara-Zetkin-Siedlung erstreckt. »Das Wasserschutzgebiet Eberswalde (Finow) wurde durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg festgesetzt. In der Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes Eberswalde (Finow) vom 9. Oktober 2012 (GVBl. 11 Nr. 86) sind unter anderem der räumliche Geltungsbereich und die einzelnen Schutzzonen beschrieben.« Gemäß der »Auskunftsplattform Wasser« des Landesamtes für Umwelt (LfU) Brandenburg werde der chemische Zustand des Grundwasserkörpers mit gut bewertet. »Gemäß der Darstellungen der Nitratrüchlinie grenzt die Clara-Zetkin-Siedlung an nitratbelastete Gebiete an, gehört aber selbst nicht zu den nitratbelasteten Gebieten« so *Silke Leuschner*. Die Landesregierungen sind gemäß § 13a der Düngeverordnung (DüV) zur Ausweisung nitratbelasteter Gebiete verpflichtet. Zur Überwachung der Grundwasserbeschaffenheit läßt das LfU Brandenburg die Grundwassermeßstellen zweimal jährlich beproben. Das Untersuchungsprogramm umfaßt verschiedene Parameter, die man sich auf der »Auskunftsplattform Wasser« jeweils als Diagramm darstellen lassen kann.

In der Clara-Zetkin-Siedlung, informiert die amtierende Dezernentin, befindet sich die Meßstelle 31481908. Der Schwellenwert für Nitrat liegt bei 50 mg/l und wurde an der Meßstation seit dem Jahr 2012 nicht mehr überschritten. Im Frühjahr und Herbst 2023 wurden 23,6 bzw. 32 Miligramm pro Liter gemessen. »Der ZWA verschafft sich durch sein jährliches Wasserwerksmonitoring einen Überblick über die Grundwasserqualität im Einzugsgebiet seiner Wasserwerke. Bisher sind dort keine Schadstoffe, die der Trinkwasseraufbereitung entgegenstehen, nachgewiesen worden.«

Oskar Dietherle wollte weiter wissen, ob die großen Wassermengen, die bei den Baumaß-

nahmen am Oder-Havel-Kanal in die Siedlung sickerten, auf Verunreinigungen geprüft wurden. Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA), so *Silke Leuschner*, habe im Zeitraum November 2019 bis November 2020 Arbeiten zur Verbreiterung und Vertiefung des Kanals im Bereich der Clara-Zetkin-Siedlung durchgeführt und dabei die alte Tondichtung zurückgebaut. Anschließend wurde eine neue Tondichtung und Deckwerk hergestellt.

»Da der Grundwasserstand im Bereich der Clara-Zetkin-Siedlung deutlich unter dem Kanalwasserstand liegt und der Untergrund aus sandig durchlässigem Material besteht, sickerte während des Ausbaus Kanalwasser in den Abschnitten ohne die Dichtung in den Untergrund. Zur Verhinderung eines schädlichen Anstiegs des Grundwasserstandes, bis hin zu großräumigen Vernässungen, wurde das austretende Kanalwasser auf beiden Seiten des Kanals mittels Brunnen und Drainagen gefaßt und unmittelbar wieder in die Wasserstraße zurückgepumpt. Die Leistung dieser Wasserhaltungsanlagen war so bemessen, daß die prognostizierte Wassermenge einschließlich Reserve gepumpt werden konnte. Die Anlagen wurden mittels Beobachtungsbrunnen geregelt... Von den Anliegern der Clara-Zetkin-Siedlung kam zu keiner Zeit eine Rückmeldung, daß Probleme mit zu hohem Grundwasserstand bestanden. Seitens der Bauaufsicht des WSA wurden auch keine Beobachtungen diesbezüglich festgehalten.

Da es sich bei dem zurückgepumpten Wasser um das austretende/versickernde Kanalwasser handelte, hatte das WSA keine Veranlassung, hier Analysen auf Verunreinigungen durchzuführen. Auch gab es im Zuge der Bauausführung in diesem Abschnitt keine Auffälligkeiten (Farbe, Geruch, etc.) in der Wasserqualität, die hier Anlaß zur Besorgung gegeben hätten.«

Schließlich erkundigte sich der Stadtverordnete, wer darüber entscheidet, ob ein Gebiet zu einem Trinkwasserschutzgebiet gehört und welches die Kriterien dafür sind.

Das Verfahren zur Ausweisung von Wasserschutzgebieten, so *Leuschner*, ist in den §§ 15 und 16 des Brandenburgischen Wassergesetzes (BbgWG) geregelt. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind demnach für die Festsetzung von Wasserschutzgebieten für Wasserfassungen mit einer prognostizierten mittleren täglichen Entnahmemenge von weniger als 2.000 Kubikmetern direkt zuständig. Sollen darüber liegende Wassermengen gefördert werden, ist das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) zuständig. Das Wasserschutzgebiet Eberswalde (Finow) liegt in der Zuständigkeit des MLUK.

Neuer Gehweg



Foto: ULRICH POFAHL

In der Rekordbauzeit von nur zwei Tagen wurde in der vergangenen Woche die östliche Anbindung des Gehweges von der Saarstraße zur Fahrradstraße Schellengrund realisiert. Es fehlt nur noch das Verkehrsschild Gehweg. Sogar eine Extrabeleuchtung war vorgesehen. Die Pflastersteine auf dem Gehweg wurden bereits entfernt, und ein LKW mit beladenen Betonmasten parkte auf der Abstellfläche. Der neu geschaffene Fußweg vermeidet somit das scharfe rechte Einschwenken des Fußgängerverkehrs in die Fahrradstraße, und trägt zur Zeitersparnis der Fußgänger bei. Durch den Eberswalder Bürgermeister Götz Herrmann ist der Weg noch nicht offiziell freigegeben, er kann aber schon genutzt werden. Die Eberswalder Bürger freuen sich nun auf das entsprechende Bild im Amtsblatt.

Dr. ULRICH POFAHL

Im Städteforum-Vorstand

Potsdam (prest-ew). Am 20. November trafen sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Brandenburg, um das 20jährige Bestehen des Städteforums Brandenburg in der Landeshauptstadt Potsdam zu feiern. Mit 51 Mitgliedskommunen und -verbänden ist das kommunale Netzwerk das größte seiner Art im Land Brandenburg. Die Plattform dient dem gemeinsamen Austausch zu aktuellen Themen der Stadtentwicklung sowie zur Positionierung und Vertretung der Interessen der Städte nach außen.

Im Anschluß an die Festveranstaltung fand die jährliche Mitgliederversammlung des Städteforums statt. Der Vorstand erhält dabei Verstärkung durch drei neue Personen: GÖTZ HERRMANN, Bürgermeister der Stadt Eberswalde, ROBERT NITZ, Bürgermeister der Stadt Seelow, und JAN JURASCHEK, Baudezernent der Stadt Neuruppin. ANNE FELLNER, Erste Beigeordnete und Baudezernentin der Stadt Eberswalde sowie langjährig engagiertes Vorstandsmitglied, hatte aus persönlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

»Die Städte in Brandenburg stehen für die Menschen vor Ort«, so Götz Herrmann. »Arbeit für unsere Städte bedeutet ein Austarieren von Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und den Herausforderungen der Zukunft. Das Städteforum bringt dafür alle an einem Tisch.«

353 Prozent

Bernau (kdj/bbp). Die Bernauer Stadtverordneten haben auf ihrer Sitzung am 17. Oktober eine neue »Nutzungs- und Entgeltordnung für die Nutzung von Gemeinderäumen« mit zum Teil erheblichen Preiserhöhungen beschlossen. Im »Treff 23« in der Breitscheidstraße 43a kostete eine zweistündige Raumnutzung für Vereine, Gruppen und Parteien bisher 10 Euro und für sonstige Personen 15 Euro. Der neue Preis bezieht sich nunmehr auf eine Stunde und beträgt 14 Euro, zuzüglich einer Reinigungspauschale von 25 Euro je Saal (bisher 5 Euro). Mithin steigt der Preis für die zweistündige Nutzung eines Saales einschließlich der Reinigung von bisher 15 Euro auf 53 Euro, das sind mehr als das dreieinhalbfache.

www.barnimer-buergerpost.de

Im städtischen Haushalt verursacht der Familiengarten ein jährliches Defizit von gut einer Million Euro, manchmal auch mehr, wie im Jahr 2024, als Instandsetzungsarbeiten am »Eberkran« anstanden. Aktuell werden insbesondere aus Eintrittsgeldern und aus der Vermietung von Freilichtbühne, Stadthalle und anderen Räumlichkeiten pro Jahr knapp 550.000 Euro an Einnahmen erzielt. Dem stehen Kosten in Höhe von etwa 1,5 Millionen Euro gegenüber, darunter 650.000 Euro für die derzeit 14 Personalstellen, 450.000 Euro für in Anspruch genommene Sach- und Dienstleistungen sowie 330.000 Euro an Abschreibungen.

Allerdings wird aktuell der Aufwand für städtische Veranstaltungen, beispielsweise für die Stadtverordnetenversammlungen und Ausschusssitzungen etc., nicht extra kalkuliert, fließen also in die Kosten des Familiengartens ein. Nach den Berechnungen des Dezernenten sind das rund 250.000 Euro pro Jahr. Der tatsächliche Zuschuß für den Familiengarten reduziert sich damit auf rund 750.000 Euro.

Im Jahr 2017 war eigens eine Fremdfirma mit der Erarbeitung eines Konzepts beauftragt worden, das unter anderem vorsah, den Zuschußbedarf bis 2030 auf 560.000 Euro pro

RotFuchs-Veranstaltung

Am Sonnabend, dem 25. Januar, um 15 Uhr lädt die RotFuchs-Regionalgruppe Bernau bei Berlin zu Vortrag und Diskussion von und mit dem Journalisten Tilo Gräser zum Thema: »Wer die Sprache beherrscht, beherrscht die Hirne!«

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43a, 16321 Bernau bei Berlin

100 bis 400 Prozent mehr

Neue Verwaltungsgebühren in Schorfheide ab 1.1.2025

Schorfheide (bbp). Die Gemeinde Schorfheide wird ab Januar 2025 ihre Verwaltungsgebühren erhöhen. Wie der Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner berichtet, sollen sich die Gebühren bei den einzelnen Positionen gegenüber dem Vergleichsjahr 2011 »um mindestens 100 bis 200 Prozent, bei einigen sogar um das drei- bis vierfache erhöhen«.

Ein FAX soll pro Seite gar 16fach teurer werden, schwarz-weiße Kopien bzw. Ausdrucke in A4 15fach und A3 7fach. Auch für die Dienstleistung »Scannen mit Ausdruck oder Versand per eMail« müssen die Bürger künftig tiefer in die Tasche greifen. Erheblich sind die Steigerungen der Gebühren beim Ersatz für verlorene oder unbrauchbar gewordene Hundesteuermarken (+403%) sowie das Ausstellen einer Unbedenklichkeitsbescheinigung (+307%).

Gegenüber der Verwaltungsgebührensatzung von 2011 wurde zudem die Zahl der Positionen von 22 auf 25 ausgeweitet.

»Als Fraktion Frischer Wind für Schorfheide haben wir diese erhebliche Gebührenerhöhung scharf kritisiert«, so Dr. Steiner. »Selbst unter der Berücksichtigung der Inflation seit 2011 ist solch eine drastische Erhöhung der Verwaltungsgebühren nicht nachvollziehbar und somit nicht zu rechtfertigen. Das ist den Bürgern einfach nicht zuzumuten. Die Preisspirale sollte nicht weiter eskalieren und nicht zu einem sich selbst verstärkenden Prozeß entwickeln. Nicht zuletzt könnte dies für die Gemeinde Schorfheide zum Standortnachteil werden.« In der Gemeindevertretersitzung am 20. November war Steiners Fraktion die einzige, die gegen die neue Verwaltungsgebührensatzung votierte.

Verdoppelte Eintrittspreise

Zuschußbedarf für Familiengarten soll sinken

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Familiengarten wird vom zuständigen Dezernenten Bernd Schlüter als »touristisches Highlight der Stadt und der Region« angepriesen. Der Landschaftspark an der Nahtstelle zwischen Eberswalde und Finow bietet für Tagestouristen aus Eberswalde und Umgebung neben dem Park und Garten zahlreiche Spiel- und Sportmöglichkeiten, Bildungsangebote, Wassererlebnisse und zudem ein Stück Industriekultur des Finowtals. Daneben ist der Familiengarten ein Ort für Events und Veranstaltungen.

Jahr zu reduzieren. Im Mittelpunkt stand dabei das Ziel, die Besucherzahlen von damals knapp 100.000 bis 2030 auf 150.000 pro Jahr zu steigern, davon 100.000 Parkbesucher und 50.000 Veranstaltungsgäste. Im Jahr 2024 besuchten immerhin schon knapp 85.000 Menschen den Park und 32.000 die verschiedenen Veranstaltungen.

Jedoch würden auch 150.000 Besucher bei den aktuellen Eintrittspreisen von 4 Euro je Erwachsenen nicht mehr als 600.000 Euro einbringen, wobei hier Ermäßigungen und Mengenrabatte unberücksichtigt bleiben.

Somit bleibt zu konstatieren, daß weder die Eintrittspreise noch die Veranstaltungsentgelte kostendeckend sind. Jeder Parkbesucher wird mit 7 Euro aus dem städtischen Haushalt bezuschußt.

Die Verwaltung hat sich daher Gedanken gemacht, wie sie die Einsparungsziele des Familiengartenkonzepts erreichen kann. Da wird zunächst angeregt, diese Ziele entsprechend der Inflation (23,7 % seit 2017) anzupassen. Das wären dann ein Zielzuschuß von 690.000 Euro statt 560.000 Euro. Im weiteren sollten die internen Leistungen, also rund 250.000 Euro, berücksichtigt werden. Auch die Attraktivität soll weiter erhöht werden, was allerdings Investitionen erfordert und meist auch den laufenden Aufwand erhöht, ohne

die Garantie, daß tatsächlich mehr Besucher angelockt werden. Als Einsparungsmöglichkeit wird eine Auslagerung personalintensiver Aufgaben angeregt, was freilich letztlich auf Lohndrückerei hinausläuft.

Schließlich wird am Ende die Katze aus dem Sack gelassen und eine Anpassung der Entgeltordnung vorgeschlagen. Und hier wird nicht gekleckert. Nach den Vorstellungen der Stadtverwaltung sollen die Eintrittspreise zur Saison 2025 verdoppelt werden. Ein Erwachsener zahlt dann nicht mehr 4 Euro, sondern 8 Euro. Langfristig sollen so 200.000 Euro mehr pro Jahr erwirtschaftet werden. Würden zugleich die geplanten Besucherzahlen erreicht, fielen der städtische Zuschuß pro Parkbesucher auf 5 Euro, so die Berechnung der Verwaltung.

Entgelterhöhungen soll es auch beim Veranstaltungsbetrieb geben. Dabei soll sich die Vermietung bei kommerzieller und privater Nutzung an den Marktpreisen orientieren und möglichst kostendeckend sein, während bei Vereinen von einer geförderten Vermietung ausgegangen wird.

Ab Januar 2025 soll sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aller Stadtfractionen mit den Verwaltungsvorschlägen befassen. Im vierten Quartal 2026 soll dann der erreichte Stand erneut geprüft werden.

Kreistag beschloß **Eigenanteile**

Kultur, Beteiligung und Demokratie im ländlichen Raum

Eberswalde (bbp). Mit dem Bundesförderprogramm »*Aller.Land*« sollen in strukturschwachen ländlichen Regionen der BRD Kultur, Beteiligung und Demokratie gefördert werden.

Das Amt Britz-Chorin-Oderberg hat sich erfolgreich für die Phase 1 des Förderprogramms – die Entwicklungsphase zur Konzipierung von Projekten – beworben. Im Kreistag am 27. November stand die Entscheidung an, ob der Landkreis Barnim als Antragsteller die fünfjährige Umsetzungsphase mit einem Eigenanteil von jährlich 25.000 Euro unterstützt, was zehn Prozent der Gesamtkosten entspricht. Den Gemeinden des Amtes stehen somit im Umsetzungszeitraum vom 1. Juli 2025 bis 30. Juni 2030 insgesamt 1,25 Mio Euro Projektmittel zur Verfügung.

Im Kreisausschuß hatten die Fraktionen von CDU, BVB/Free Wähler und AfD, die zusammen über die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten verfügen, am 11. November noch

gegen diese Beschlußvorlage votiert. »Das Vorgehen dieser neuen Allianz im Kreisausschuß«, erklärte daraufhin die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Katja Hoyer, »ist unverantwortlich und nicht nachvollziehbar. Kulturschaffende aus Britz-Chorin-Oderberg erarbeiten aktuell zusammen mit einem Projektbegleiter, dem Amt und der Kreisverwaltung in offenen, workshopartigen Formaten ein Umsetzungskonzept für beteiligungsorientierte Kulturvorhaben. Mit einem überschaubaren Eigenanteil von 10 Prozent könnte hier viel Positives erreicht werden. Doch die genannten Fraktionen wollen diese Bemühungen ohne Not und nachvollziehbare Begründung scheitern lassen.«

Die Grünen, so Hoyer, »stehen für das Projekt und die Förderung, weil es einen Beitrag zur Stärkung von Kultur und Demokratie und zur Regionalentwicklung in dieser finanzschwachen Region leistet.«

Für »preußische Sparsamkeit«

Die Schorfheider Gemeindevertretersitzung am 4. Dezember war recht ergebnisreich. Der FRISCHE WIND FÜR SCHORFHEIDE hat sich als einzige Fraktion sowohl gegen die kommunale Wärmeplanung als auch gegen die geplante Hebesatzsetzung ausgesprochen und mit den Linken zusammen – diese Gemeinsamkeit in der Sachpolitik hat mich besonders gefreut – gegen die Parkgebühren in Altenhof gestimmt.

Das Konzept der kommunalen Wärmeplanung fokussiert sich zu einem großen Teil auf Windkraft und Solarenergie auf Feldern und Ackerflächen. Diese Energieformen haben wir gerade in Brandenburg mittlerweile zur Genüge, sie sind de facto alles andere als ökologisch und erhöhen die Netzentgelte. Strom wird also erheblich teurer für die Bürger. Subventionen aus Steuergeldern, wovon die Planer, Investoren und zum Teil die Eigentümer der Grundflächen profitieren, aber die Bürger bluten müssen. Eine ideologiebetriebene und lobbyorientierte Planung, die nichts mit Ökonomie gemein hat. Insbesondere sind es keine Anschubfinanzierungen mit Steuermitteln, so daß sich Windkraft und Solar nach ein paar Jahren schließlich von alleine wirtschaftlich tragen würden, sondern es entwickelt sich vielmehr zu einem Faß ohne Boden.

Leider wurden diese Energieformen vom beauftragten Ingenieurbüro in ihrer Konzeption nicht unberücksichtigt gelassen. Besser wäre es gewesen, wenn sie sich auf wirklich nachhaltige und tragfähige Energieformen wie Solar auf Dächern, Geothermie und Biogas konzentriert hätten. Wegen der einseitigen Ausrichtung dieses Konzeptes gab es unsere Ablehnung.

Die neue Hebesatzsetzung ist völlig intransparent, wir kennen weder die Parameter noch

die wesentlichen Berechnungsgrundlagen, die bei dem Einzelnen zu einer Erhöhung oder zu einer Verminderung der Grundsteuer führen werden. Dies wurde exemplarisch anhand von Extrembeispielen seitens der Kämmererei nicht erläutert. Außerdem es ist ein Unding, daß diese Einnahmen bereits bei der Verabschiedung des neuen Haushaltes eingeplant waren, obwohl erst jetzt der Beschluß dazu gefaßt worden ist. Möglicherweise ein Fall für die Kommunalaufsicht. Es wird sich zeigen, ob die neuen Grundsteuern für die Gemeinde wirklich kostenneutral sind oder ob hierbei Mehreinnahmen generiert werden.

Die neuen Parkgebühren in Altenhof sind horrend und schaden auch den Schorfheidern, die »mal schnell in den Werbellinsee springen« möchten. Außerdem sind sie alles andere als tourismusfreundlich.

All diese Erhöhungen erwecken den Eindruck, daß die Gemeinde nun alles daran setzt, ihren Haushalt zu sanieren oder zumindest die größten Löcher zu stopfen. Dies zeigen jüngst zudem die Grundstücksverkäufe in kleinem Maßstab, aber jeder Euro wird nun, im Nachgang der Haushaltssperre, zusammengekratzt. Da scheint das Wasser bis zum Hals zu stehen.

Ein Haushalt, der mit der Amtszeit des neuen Bürgermeisters immer mehr herunterge-

Die von Hoyer erwähnten Workshops sind Teil der ersten Projektphase, in der die Konzepte erarbeitet werden, die bis Mitte 2025 von einer Jury bewertet werden. Ob das Amt Britz-Chorin-Oderberg zu den maximal 30 Projekten bundesweit gehört, steht somit noch nicht fest. Damit ist zugleich auch noch offen, ob die veranschlagten Mittel für den Eigenanteil tatsächlich gebraucht werden.

Der Kreistag folgte schließlich entgegen Hoyers Befürchtungen mehrheitlich ihrem Appell, die Chancen von »*Aller.Land*« für diese strukturschwache Region zu erkennen und den notwendigen Eigenanteil aus dem Kreishaushalt zur Verfügung zu stellen.

Allerdings war es »eine Abstimmung auf Messers Schneide«, wie Kurt Fischer, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Kreistag Barnim, mitteilt. Er sei »sehr erleichtert, daß es gelungen ist, bei der Kreistagsitzung mit einem Votum von 26:24 den Antrag zum kreislichen Eigenanteil für eine mögliche Bundesförderung durch *Aller.Land* gegen einen überwiegenden Teil der Stimmen von AfD, CDU und Freien Wählern ganz knapp zu beschließen.«

Konzert und Abschied

Bernau (bbp). Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim hatte am 14. Dezember zum nunmehr 10. Familienkonzert in die Aula des Paulus-Praetorius-Gymnasiums in Bernau eingeladen. Auch in diesem Jahr begeisterten junge Künstler mit und ohne Migrationshintergrund mit ihrem musikalischen Können.

Der Beirat nutzte die Veranstaltung zugleich für den Abschied von ihrem langjährigen Vorsitzenden, PÉTER VIDA. Er leitete 13 Jahren dieses Gremium und tritt bei der kommenden Wahl im Dezember nicht mehr an.

»In dieser Zeit ist es gelungen«, so der scheidende Vorsitzende, »die Stimme der Migrantinnen und Migranten zu stärken und die Tätigkeit des Beirates in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Veranstaltungen und Aktivitäten haben den Barnim geprägt.

wirtschaftet wurde und ins Minus geraten ist. Dies alles ist nicht allein mit Inflation und Preissteigerung zu erklären, sondern hat eine nicht unwesentliche Ursache in der Mißwirtschaft.

Deshalb muß zukünftig Schluß sein mit Prestigeprojekten und es muß sich wieder auf preußische Sparsamkeit und die disziplinierte Verwendung von Mitteln konzentriert werden. Denn die finanzielle Lage wird für uns alle – egal ob Bürger oder Gemeindehaushalte – nicht besser, sondern sich in den nächsten Jahren deutlich verschärfen.

Dr. ANDREAS STEINER, Fraktionsvorsitzender
Frischer Wind für Schorfheide | 9

Nebelkerze B167neu

Die Verkehrsprobleme in den Ortsteilen der Gemeinde Schorfheide haben sich in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Ein wesentlicher Grund liegt in der deutlichen Zunahme des Durchgangsverkehrs in den Haupt- und Verbindungsstraßen, der wiederum örtlich unterschiedliche Ursachen hat.

Jahrelang hat die Kommunalpolitik versprochen, Lösungen zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Ortsteilen zu entwickeln. Bislang ist aber nichts Wesentliches geschehen. Faktisch sind die Anwohner mit ihren Problemen alleine gelassen worden. Stattdessen wurde von der Politik die Nebelkerze B167n (Nordvariante) gezündet und als vermeintliche Umgehungsstraße angepriesen. Damit sind die Bürger verärgert worden, ihnen wurde Sand in die Augen gestreut.

Denn nachweislich wird die geplante B167n ihre Aufgabe, die Marienwerder Straße zu entlasten, nicht erfüllen. Stattdessen wird sie sich zu einem Millionengrab entwickeln, das neu entstandene Fachmarktzentrum Finowfurt abschneiden und nicht zuletzt einen erheblichen Eingriff in den Landschaftshaushalt darstellen, der ökologische Folgeschäden nach sich zieht.

Aus diesen Gründen gilt es, den Widerstand gegen dieses ungeeignete Vorhaben des Bundes nicht erlahmen zu lassen. Nur ein breites bürgerliches Engagement kann zum Erfolg führen! Unsere neu gegründete Fraktion in der Gemeindevertretung Schorfheide erhielt den Namen »Frischer Wind für Schorfheide«.

Wir werden weiterhin die Problematik thematisieren, Beschlüsse in der Gemeindevertretung herbeiführen sowie alles in unserer Macht stehende tun, den Willen der Bürger zur Beendigung des innerörtlichen Verkehrschaos durchzusetzen.

Dr. ANDREAS STEINER

Opfer ihrer Schaukelpolitik

Die SPD liegt in den Wahl-Umfragen bei 15 Prozent. Damit hat sie ein Problem mit ihrer Schaukelpolitik. Sie kann sich an der Frage, Diplomatie oder Krieg, nicht mehr vorbeimogeln wie bisher.

Im Osten haben die Wähler diese Frage schon entschieden. Man sollte sich nicht täuschen, ändert die SPD nicht ihre Grundposition in der Frage von Krieg und Frieden, dann stürzt sie im Osten noch weiter ab.

Vorschlag für ein Wahlplakat:

SPD und Olaf Scholz wählen heißt NEIN zu TAURUS!

NEIN zu Waffen in Kriegsgebieten!

Allerdings hieße das für die SPD, nach der Wahl Wort zu halten, falls von ihrem »Friedenskanzler« nicht nur die Vorkriegssituation in Erinnerung bleiben soll!

BERND C. SCHUHMANN

Tempo 30 für mehr Verkehrssicherheit

Die Fraktion BVB/Freie Wähler haben in der Stadtverordnetenversammlung Bernau beantragt, in der Weinbergstraße, Wallstraße und Alten Lohmühlenstraße Tempo-30-Regelungen zu schaffen.

Diese Straßen verbinden den Stadtteil Blumenhag mit dem Bernauer Stadtzentrum. In dem Bereich befinden sich neben einer dichten Wohnbebauung auch eine Schule und ein Pflegeheim. Dies führt zu vielen Fußgängern und Radfahrern sowie zu hochfrequentierten Schulwegen auf und an den genannten Straßen. Immer wieder kommt es hier zu Risiken und Gefahrenlagen im alltäglichen Straßenverkehr.

Einwohnerantrag:

30 km/h für Ortsdurchfahrt Lichterfelde

Aus vielen Gesprächen haben wir erfahren, daß es viele Lichterfelder gibt, die vom Durchgangsverkehr schlicht genervt sind. Nachdem nun bekannt wurde, daß die Gemeinde Schorfheide die Landesstraße – L238 insbesondere die Ortsdurchfahrt Lichterfelde – nicht in den Lärmaktionsplan aufnehmen will, (angeblich sei das zu viel Arbeit), werden alle Bürger gebeten, sich mit uns zu wehren.

Nicht nur, daß im Land Brandenburg inzwischen Autobahnabschnitte für die Nachtzeit geschwindigkeitsreduziert werden, nein, auch auf Bundesstraßen ist dies problemlos möglich. Eine davon gibt es sogar in unserer Gemeinde Schorfheide. Diese führt durch Finowfurt. Ja genau. Die Straße, die vor nicht allzu langer saniert wurde, kann aus Lärmschutzgründen den ganzen Tag nur noch mit 30 km/h befahren werden.

Das wirft eine Frage auf:

Warum darf in Lichterfelde eine Landesstraße, die vor über zwanzig Jahren letztmalig saniert wurde, bei der die Deckschicht des Asphalt es so gut wie nicht mehr existiert und bei der man, aus welchen Gründen auch immer, einen lärmverstärkenden Kleinsteinpflasterrand verbaut hat, 24 Stunden am Tag mit 50 km/h befahren werden?

Nun wissen wir ja alle, das in der Bundesrepublik alles nur auf Antrag geschieht. Nach

Die Anwohner und viele Nutzer der betroffenen Straßen wünschen sich deshalb zu Recht die Ausweisung einer Tempo-30-Zone für ihre Straßen. Denn diese senkt das Unfallrisiko, bringt mehr Sicherheit für die schwächeren Verkehrsteilnehmer, mehr Lärmschutz und damit insgesamt mehr Wohn- und Aufenthaltsqualität.

Es braucht in Bernau gerade in Verkehrsfragen mitunter kleinteilige Lösungen, die auf die unterschiedlichen Situationen vor Ort paßgenau reagieren. Deshalb wollen wir dieses Anwohneranliegen intensiv unterstützen.

JAN BERNATZKI, Fraktionsvorsitzender
BVB/Freie Wähler Bernau



§ 14 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg stellen wir also einen Einwohnerantrag.

Den müssen wir schriftlich einreichen und begründen. Dafür wollen wir eure Unterschrift. Jeder in der Gemeinde gemeldete Einwohner, der oder die das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat, darf unterschreiben – natürlich mit Namen, Vornamen, Geburtsdatum und Anschrift, weil die Angaben im Einwohnermeldeamt zu prüfen sind, um als gültig anerkannt zu werden.

Unterschriftenlisten gibt es in OMAS SPEISEKAMMER, in der EINKAUFQUELLE, in der FLEISCHEREI RÜNZEL, bei unserer FRiseurmeisterin und natürlich im MOTORRADSHOP.

Also versuchen wir es mal gemeinsam mit unserem Bürgerwillen!

Danke für Ihre/Eure Unterschrift.

STEFFEN HORN

Erfolge gegen Digitalzwang

Wir haben gleich zwei gute Nachrichten:

1. Die Deutsche Bahn ist mit ihren Digitalzwang-Plänen gerade etwas zurückgerudert und hat verkündet, daß ab 15. Dezember 2024 der Kauf von Sparpreistickets wieder ohne Datenabgabe (E-Mail-Adresse oder Mobilnummer) möglich sein wird!

2. DHL gibt jetzt Kundinnen und Kunden die Möglichkeit zu untersagen, daß ein Paket an sie an eine Packstation weitergeleitet wird.

Dabei können gezielt die neuen Packstationen, die nur noch mit Smartphone und App funktionieren, ausgeschlossen werden.

Das macht Hoffnung, denn es zeigt: Digitalcourage wirkt! Wir wissen aus verschiedenen Quellen, daß unsere Arbeit in beiden Fällen gewirkt hat. Digitalcourage fordert eine klare gesetzliche Regelung im Grundgesetz gegen Digitalzwang (digitalcourage.de).

RENA TANGENS

Klinik-Schließungen bei der GLG

Pläne des kommunalen Krankenhauskonzerns

Eberswalde/Angermünde/Prenzlau (bbp). Die Bundesregierung hat kürzlich neue Regeln zur Krankenhausfinanzierung auf den Weg gebracht. Die Krankenhäuser sollen künftig mehr Finanzen für das Vorhalten ihrer Einrichtungen erhalten. An dem grundsätzlichen Fehler im System, der sogenannten Fallpauschale, ändert sich indes nichts. Und auch mit der neuen Regelung geht das Kliniksterben weiter.

Betroffen davon scheint auch die kommunale GLG Gesellschaft für Leben und Gesundheit mbH, deren Hauptgesellschafter der Landkreis Barnim ist, neben dem Landkreis Uckermark und der Stadt Eberswalde.

Zum GLG-Konzern gehören fünf Krankenhäuser, eine Fachklinik für Rehabilitation und weitere medizinische Einrichtungen in den Landkreisen Barnim, Uckermark und Märkisch-Oderland. Die lokale Tageszeitung berichtete kürzlich über Pläne der GLG, in Folge der sogenannten Krankenhausreform in ihre beiden kleineren Krankenhäuser in Angermünde und Prenzlau teilweise zu schließen.

Das Krankenhaus in Angermünde beherbergt die Klinik für Innere Medizin mit dem Spezialgebiet der Lungenheilkunde sowie die Klinik für Psychiatrie und Suchtmedizin. Hier soll die Klinik für Innere Medizin geschlossen werden. Das Prenzlauer Kreiskrankenhaus verfügt aktuell über die Klinik für Anästhesiologie, Intensiv- und Schmerztherapie mit einem Notfallzentrum, Kliniken für Innere Medizin sowie die Klinik für Altersmedizin (Geriatric). In Prenzlau soll letztlich nur die Geriatrie bleiben.

Die GLG-Geschäftsführung erklärt dazu: »Nicht nur, daß unklar ist, ob nach dem Zerfall der Ampel-Regierung die angekündigte Krankenhausreform noch umgesetzt wird, viel mehr erschwert das aktuelle System der Finanzierung den Fortbestand ländlicher Grundversorgungs-krankenhäuser«. Grundsätzlich sei Ziel, beide Krankenhaus-Standorte zu erhalten. Die me-

dizinische und pflegerische Grundversorgung soll auch künftig abgesichert werden. Die als nötig erachtete »Strukturanpassung« soll sich auf die bereits bestehenden Schwerpunkte der Krankenhäuser fokussieren.

Die zu schließenden Kliniken sollen »schrittweise in eine ambulante medizinische Versorgung überführt werden«. Das sind die bekannten ambulanten medizinischen Versorgungszentren (MVZ).

In Angermünde stehen somit 45 Betten auf zwei Stationen sowie eine Intensivstation und eine Rettungsstelle mit Notaufnahme auf der Einsparungsliste der GLG-Geschäftsführung. Bisher wurden dort jährlich über 2.600 Patienten mit Krankheiten aus dem gesamten Spektrum der Inneren Medizin behandelt.

Die Gewerkschaft ver.di zeigt sich überrascht von den Schließungsplänen. Aktuell fanden Tarifverhandlungen statt mit dem Ziel seitens der Gewerkschaft, die Löhne in den beiden Krankenhäusern auf das Niveau der anderen GLG-Krankenhäuser zu heben. In diese Verhandlungen hinein verkündete die GLG-Geschäftsführung ihre Schließungspläne. »Wir befürchten einen starken Personalabbau«, so der Verdi-Verhandlungsführer Ivo Garbe. Die GLG habe die laufenden Tarifgespräche vorerst ausgesetzt, um seine Klinik-Schließungspläne umsetzen zu können, mit denen 2025 begonnen werden soll. Ivo Garbe fordert daher schnellstmöglich einen Sozialplan für alle Beschäftigten. Die Gewerkschaft will weiter um Tarifverhandlungen kämpfen.

Kompetenz und Sachverstand

Das FORUM NATUR BRANDENBURG E.V. (FNB) als Zusammenschluß der Landnutzerverbände des Landes begrüßt die Pläne zur personellen Besetzung an der Spitze des Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLUV) in Potsdam. HANKA MITTELSTÄDT bringt als zukünftige Ministerin ausgesprochene Expertise mit. Die studierte Agrarökonomin, landwirtschaftliche Unternehmerin und langjährige Vorsitzende des Marketingverbands »pro agro« weiß aus erster Hand um die vielfältigen Probleme und Herausforderungen der regionalen Lebensmittelerzeugung und Vermarktung.

Mit GREGOR BEYER wird ihr ein Staatssekretär an die Seite gestellt, der ebenfalls umfassendes Wissen zum ländlichen Raum mitbringt. Er studierte Forstwirtschaft und Naturschutz

und arbeitete viele Jahre für den NABU, bevor er sich als Abgeordneter des Brandenburger Landtages in der Agrar- und Umweltpolitik einen Namen machte. Auch als ehemaliger Geschäftsführer des FNB und als Leiter des Landwirtschafts- und Umweltamtes im Landkreis Märkisch Oderland standen die vielfältigen Themen des ländlichen Raums im Mittelpunkt seiner täglichen Arbeit.

Aus Sicht des FNB sind das optimale Voraussetzungen, um in den nächsten fünf Jahren den ländlichen Raum Brandenburgs voranzubringen. Wir freuen uns auf eine konstruktive Zusammenarbeit, um gemeinsam mit den Abteilungen und Referaten im MLUV eine zukunftsorientierte, fach- und sachbezogene Agrarpolitik gestalten zu können.

SABINE BUDER, Forum Natur Brandenburg e.V.

Hebework – seit 2013 in Eberswalde: Ein Raum für Ideen

Der Hebework Verein lebt von der Idee, Menschen einen offenen Raum für kreative und technische Aktivitäten zu ermöglichen. Wir wollen jenseits des urbanen Ballungszentrums Berlin mit Hilfe von Basisinfrastruktur, niederschweligen Gemeinschaftsräumen und Kleinlaboren, Menschen und Gruppen Raum geben für Ihre Ideen, Projekte und Themen. Wir machen dies vorallem mit unserem Makerspace im Brandenburgischen Viertel.

Mit diesem einfachen Rahmen möchten wir die Voraussetzung schaffen, Menschen jeden Alters und Nationalität bei der Entwicklung, Vertiefung und Umsetzung eigener Ideen in der Region zu unterstützen. Gleichzeitig sollen Begegnung, Austausch und gemeinsam erlebte Inspiration gefördert werden.

Bereits bestehende Gruppen freuen sich über neue Menschen, die einfach nur mitmachen wollen, die Gruppe mit ihren Erfahrungen und Wissen bereichern können und/oder sich mit eigenen Projekten oder Ideen selbstverwirklichen wollen.

Neue Ideen und Veranstaltungsformate sind ebenfalls herzlich willkommen!

Die Räume, Themen und Ideen werden von einer breiten Community getragen. Hierbei sind grundsätzlich alle Themen willkommen und werden nach Synergien und Unterstützungsmöglichkeiten abgeklöpft.

Hebework e.V.

PARTEI sucht Unterstützer



ANDREAS WOLK, Bundestagsdirektkandidat der Partei Die PARTEI im Wahlkreis Uckermark/Oberbarnim, nutzte seinen Besuch des 20. Kiez-Weihnachtsmarkts im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde, um Unterstützerunterschriften für seine Direktkandidatur zu sammeln. Er benötigt 200 Unterschriften von Wahlberechtigten in seinem Bundestagswahlkreis, um zur Wahl (voraussichtlich am 23. Februar 2025) auf der Wahlliste für die sogenannte Erststimme erscheinen zu können.

Die Partei Die PARTEI sammelt zugleich Unterstützerunterschriften für die Landesliste zur Bundestagswahl. Hier sind im gesamten Land 2000 gültige Unterstützerunterschriften nötig, um auf den Wahlzettel zu gelangen.

Im zweiten Wahlgang

Potsdam (bbp). Erst im zweiten Wahlgang wurde Dietmar Woidke (SPD) als Ministerpräsident Brandenburgs bestätigt.

Im zweiten Wahlgang erhielt Woidke 50 Stimmen und damit auch die Zustimmung von Abgeordneten der Opposition. Die Koalition aus SPD und BSW verfügt mit 46 von 88 Sitzen über eine hauchdünne Mehrheit, die im ersten Wahlgang, in dem nur 43 Abgeordnete für Woidke stimmten, nicht wirksam wurde.

Betreuungswahlkreise

Barnim (bbp). Zur Landtagswahl konnte keiner der drei Barnimer SPD-Kandidaten ein Direktmandat erringen. MARTINA MAXI SCHMIDT aus Bernau und KURT FISCHER aus Eberswalde zogen jedoch über die Landesliste in den Brandenburgischen Landtag ein.

Der dritten Direktkandidatin ANNETT KLINGSPORN aus Marienwerder, die im Wahlkreis 15 kandidierte, gelang das nicht. Sie hat aber immerhin als erste Nachrückerin gute Chancen, im Laufe der nächsten fünf Jahre doch noch in den Landtag zu kommen. Bis dahin werden Schmidt und Fischer die Betreuung für den Wahlkreis 15 unter sich aufteilen.

Kurt Fischer nimmt zusätzlich zu seinem Wahlkreis 13 (Eberswalde, Schorfheide, Joachimsthal) die Betreuung der Ämter Biesenthal-Barnim sowie Britz-Chorin-Oderberg, während Martina Maxi Schmidt für Ahrensfelde, Werneuchen und Wandlitz zuständig sein wird. Ihr eigener Wahlkreis 14 umfaßt Bernau und Panketal.

Sogenannte Betreuungswahlkreise fallen laut Fischer an, wenn ein Wahlkreis nicht durch einen SPD-Abgeordneten im Landtag vertreten ist. In diesem Falle organisiert die Landtagsfraktion eine entsprechende Zuständigkeit durch amtierende Landtagsabgeordnete, um eine Präsenz und Ansprechbarkeit im gesamten Bundesland zu ermöglichen.

Gemeinsam mit seiner Bernauer Kollegin will sich Fischer Gedanken machen, »wie wir gegebenenfalls aus unseren Kapazitäten auch ein Wahlkreisbüro im Wahlkreis 15 aufbauen können, um so eine ortsnahe zentrale Anlaufstelle zu ermöglichen«.



FOTO: CHRISTIAN HARPPHIEL

Licht, Schatten und offene Fragen

Die Gewerkschaft ver.di Berlin-Brandenburg begrüßt die Einigung von SPD und BSW auf einen Koalitionsvertrag in Brandenburg. In den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen sieht ver.di Licht, Schatten und offene Fragen.

Ausdrücklich begrüßt wird von ver.di das Bekenntnis zur Stärkung von Tarifbindung und Mitbestimmung. Die Festlegung auf ein wirksames Tariftreuegesetz und die Anhebung des Vergabemindestlohns auf 15 Euro sind hierfür notwendige Schritte. Auch die Refinanzierung von Tarifsteigerungen, orientiert an den Abschlüssen im öffentlichen Dienst für öffentlich geförderte Kulturprojekte, ist positiv hervorzuheben. Daß im Rahmen der Wirtschaftsförderung stärker auf Tarifbindung und Mitbestimmung geachtet werden soll, sieht ver.di als notwendigen Schritt. Offen läßt die Koalition jedoch, wie sie bei Freien Trägern, die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen, die dringend notwendige Angleichung an die tarifliche Leitwahrung des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst fördern will.

Im Gesundheitsbereich ist die Betonung der freigemeinnützigen und kommunalen Trägerschaft von Krankenhäusern positiv zu bewerten. Während jedoch im Sondierungspapier noch der Erhalt aller Krankenhausstandorte angekündigt wurde, wird nun lediglich der Erhalt als Gesundheitsstandorte vereinbart. Die Koalition hält sich damit die Möglichkeit offen, im Zuge der Krankenhausreform Krankenhäuser in ambulante Versorgungszentren umzuwandeln. Welche Standorte nach welchen Kriterien dafür in den Blick genommen werden, bleibt jedoch unklar. Ebenso fehlt eine konkrete Aussage darüber, wie die finanzielle Unterstützung wirtschaftlich angeschlagener Krankenhäuser ausgestaltet werden soll – sowohl bei Betriebskosten als auch bei Investitionen –, um die wohnortnahe Versorgung zu sichern und eine Absenkung tariflicher Standards für die Beschäftigten zu verhindern.

Das Bekenntnis zur Qualitäts- und Fachkräftesicherung in den Kitas ist positiv, jedoch bleibt der Koalitionsvertrag jenseits der geplanten Ausweitung der Fachkräfteausbildung konkrete Schritte schuldig.

Kritisch sieht ver.di die Ankündigung der Koalition, den Rundfunkbeitrag stabil zu halten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Blockade der durch die zuständige Kommission empfohlenen Beitragsanpassung wäre ein klares Bekenntnis zu einem gut ausfinanzierten öffentlichen Rundfunk notwendig gewesen. Dies hätte auch notwendige Beitragsanpassungen umfaßt.

Die Begrenzung von Befristungen im öffentlichen Dienst, insbesondere an Hochschulen, wird von ver.di positiv bewertet. Das gilt auch für das Bekenntnis zu einem Tarif-

vertrag für studentische Beschäftigte. Hier erwartet ver.di sichtbare Aktivitäten im Rahmen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder.

Die Gewerkschaft begrüßt, daß die Koalition sich für eine vollständige Ost-West-Angleichung bei den Tarifverträgen im öffentlichen Dienst einsetzen will. Dies betrifft insbesondere die Arbeitszeiten, die im Osten immer noch länger sind als im Westen. Die Schaffung von Nachwuchskräfte-Stellen ist wichtig, um eine langfristige Personalplanung zu ermöglichen. Ebenfalls positiv ist die Planung der Koalition, Wohnheimplätze auch für Auszubildende zu schaffen, wie es sie bisher vor allem für Studierende gibt. Positiv sieht ver.di auch das Vorhaben, sich für eine gerechte Kostenbeteiligung beim Netzausbau einzusetzen und die Ideen der Bundesnetzagentur zu unterstützen. Bei weiteren Evaluierungen sollte aus Sicht von ver.di das Thema der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten ein Hauptthema sein. Dies betrifft insbesondere die Übernahme von Personal- und Zusatzkosten, um den Betrieben die dringend benötigte Fachkräfteausbildung zu ermöglichen.

Die ausgabenrelevanten Verabredungen im Koalitionsvertrag stehen alle unter ausdrücklichem Finanzierungsvorbehalt. In diesem Sinne wird sich die Belastbarkeit vieler Ankündigungen erst in der Diskussion um den ersten Landeshaushalt zeigen.

»Bei der Aufgabenbeschreibung geht dieser Koalitionsvertrag in die richtige Richtung. Er läßt jedoch noch viele Fragen offen, wie die Koalition diese Aufgaben konkret angehen will. ver.di wird in den kommenden Jahren dafür Druck machen, daß aus den vielen Bekenntnissen und Prüfkündigungen in dem Papier konkrete Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg und speziell der Beschäftigten wird,« erklärt der stellvertretende ver.di-Landesbezirksleiter für Berlin-Brandenburg, BENJAMIN ROSCHER.

»Im Koalitionsvertrag finden wir einige Punkte – etwa bei der Tariftreue –, die sich bereits die letzte Landesregierung vorgenommen hatte. Wir erwarten, daß diese in der neuen Konstellation auch wirklich angepackt werden. Die Ankündigungen müssen jetzt schnell umgesetzt werden. Auch die deutliche Ablehnung der Schuldenbremse im Koalitionsvertrag ist zu begrüßen. Hier muß Brandenburg mit anderen Bundesländern eine Koalition der Willigen bilden, um Druck auf eine zukünftige Bundesregierung auszuüben,« erklärt die ver.di-Landesbezirksleiterin für Berlin-Brandenburg, AN-DREA KÜHNEMANN.

KALLE KUNKEL

Starke Worte eines Wahlverlierers

Péter Vida: »Aus Wagenknecht wird Woidkeknecht«

Bernau (bbp). »Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und BSW erweist sich als größte Wählerverschaukelung seit Erfindung der Schaukel«, findet der ehemalige Landtagsabgeordnete Péter Vida.

Die grundlegenden Themen des Landes blieben außen vor. Das BSW habe »zentrale Wahlversprechen im Interesse einer Regierungsbeteiligung geopfert«. Vida nennt hier die »konkrete Absage an Waffenlieferungen, keine Raketenstationierung in Holzdorf, Abschaffung des Verfassungstreuechecks, Schaffung eines Lehrerstudienganges in Frankfurt (Oder)«. Dies seien Themen, »die das BSW noch im Wahlkampf als dunkelrote Linien definiert hatte«. Im Interesse der Machtbeteiligung, so Vida, werde »aus Wagenknecht nun Woidkeknecht«.

Im Wahlkampf hatte Vida verkündet, er wolle mit seiner Wählervereinigung BVB/Freie Wähler ein »linkes Bündnis« aus SPD, BSW und Linkspartei verhindern (BBP 9/2024), verfehlte aber am 22. September – wie auch die Linkspartei und die bisherige Regierungspar-

tei B90/Grüne – den Wiedereinzug in den Landtag. Zu den Forderungen von BVB/Freie Wähler gehörten eine Art Neuaufgabe des »Radikalenerlasses«, die Erweiterung von Rasterfahndungen und die Abschiebung von Flüchtlingen in Kriegsgebiete. Zugleich setzte Vida Kritik an der faschistoiden Politik Israels gleich mit Antisemitismus. Eine bundespolitische Forderung von Vida ist die Abschaffung des »Bürgergeldes«, weil damit »falsche Anreize« gesetzt würden (BBP 9/2024).

Das Fehlen von BVB/Freie Wähler im Landtag führe nun dazu, »daß keinerlei Lösungen zum weiterhin und gerade in Brandenburg schwelenden Streit um Kommunalabgaben gegeben werden. Ob Altanschießer oder Erschließungsbeiträge für Sandpisten – die mehreren hunderttausend Betroffenen werden auch durch diesen Koalitionsvertrag alleingelassen. Die Begriffe kommen in ihm nicht einmal vor.« Besonders zynisch sei, »wenn nun die SPD vermeintlich für den Erhalt der Krankenhäuser wirbt, aber noch vor wenigen Monaten eine ent-

sprechende Volksinitiative von BVB/Freie Wähler abgelehnt hat«. Vida schlägt vor, daß die neue Koalition nun die Annahme dieser Volksinitiative auf den Weg bringt, erwartet aber nicht, daß dies tatsächlich geschieht. »So wird es weiterhin an BVB/Freie Wähler liegen, die Volksinitiative vor dem Landesverfassungsgericht durchzusetzen. Das Verfahren läuft.«

Auch in den Bereichen der Energieversorgung »samt den horrenden Strompreisen aufgrund des zunehmenden Windkraftzubaues in Brandenburg« und in Fragen der Kommunalfinanzen im Hinblick auf die Haushaltsnotlage vieler Gemeinden und Kreise habe »sich das BSW von der SPD über den Tisch ziehen lassen und nichts Zählbares durchgesetzt. Ganz im Gegenteil: Die Landschaftszerstörung gerade im ländlichen Raum soll laut Koalitionsvertrag sogar noch erleichtert werden. Nicht einmal in Sachen direkter Demokratie gibt es irgendwelche Fortschritte in der rot-roten Vereinbarung. Bei vielen Themen verharret der Koalitionsvertrag in Formelkompromissen, die den Bürgern nicht helfen. Daß das Bildungsministerium auch nach dreieinhalb Jahrzehnten bei der SPD verbleibt«, so Vida abschließend, »rundet das enttäuschende Bild ab«.

Koalitionsvertrag zwischen SPD und BSW:

Klarer Zielsetzung müssen Taten folgen

Die Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg begrüßen die klare Zielsetzung des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung. Landwirtschaft und Forstwirtschaft als tragende Säulen der regionalen Wirtschaft sollen gestärkt und dabei die Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt gestellt werden.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen im Klimaschutz und der Landnutzung ist entscheidend, daß die neue Koalition die Balance zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen hält.

Positiv ist der Ansatz der Koalition, die regionale Wertschöpfung zu stärken und den Selbstversorgungsgrad zu erhöhen. Die Förderung der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte vor Ort und in der Region Berlin-Brandenburg ist ein wichtiger Schritt, um Landwirte nachhaltig zu unterstützen und die wirtschaftliche Basis des ländlichen Raums zu sichern. Doch das allein reicht nicht. Die künftige Regierung sollte sich gezielt darum bemühen, auch Verarbeitungskapazitäten wie Mühlen, Schlachthöfe oder Stärkefabriken in der Region anzusiedeln. Nur so können echte Wertschöpfungsketten entstehen. Gleichzeitig erwarten wir, daß der Abbau von Bürokratie nicht nur Ankündigung ist, sondern tatsächlich in Angriff genommen und zügig umgesetzt wird.

Die Stärkung der Weidetierhaltung und die Unterstützung der Betriebe bei Prävention und Tierschutz sind notwendige Maßnahmen, um die Tierhaltung zukunftsfähig und

gesellschaftlich akzeptabel zu gestalten. Aber auch hier: Ankündigungen reichen nicht – die praktische Umsetzung wird der Gradmesser des Erfolges sein.

Die angestrebte Überführung von Treuhand-Restflächen in Landeshoheit sehen wir skeptisch. Ob das Land Brandenburg mit diesen Flächen besser umzugehen versteht als die bundeseigene BVVG, steht in den Sternen. Besser wäre es, die Restflächen umgehend an Landwirte auszuschreiben – bevorzugt zum Verkauf und natürlich unter Berücksichtigung etwa noch offener EALG-Ansprüche. Eine schnelle Abwicklung der BVVG wäre ein Gewinn für den Staatshaushalt und würde zugleich dringend benötigte Impulse für die ländlichen Räume in Ostdeutschland setzen.

Die Familienbetriebe begrüßen die vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung des Waldes und die Förderung von Risikodiversifizierung bei der Auswahl zukunftsträchtiger Baumarten. Die Ankündigung, Denkverbote abzuschaffen und innovative Wege zu fördern, ist ein positives Signal. Der Wald braucht keine Symbolpolitik, sondern praktische, vielleicht auch unkonventionelle Hilfe – von der Wasserversorgung bis zur Waldbrandprävention.

Das Bekenntnis zur Klimaneutralität bis 2045 ist ambitioniert. Die Maßnahmen müssen so gestaltet sein, daß sie machbar und sozial verträglich sind. Landwirtschaft und Forstwirtschaft sind hier Partner, dürfen aber nicht überfordert werden, vor allem durch überbordende Auflagen in der täglichen Arbeit.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Überprüfung der zusätzlichen Ausweisung neuer Wasserschutzgebiete begrüßen wir als überfälligen Schritt, der jedoch nicht zur Formsache verkommen darf. Der Schutz unseres Wassers erfordert transparente, faktenbasierte Analysen, die moderne hydrologische Standards und regionale Gegebenheiten berücksichtigen. Nur so vermeiden wir unnötige Eingriffe in die Eigentumsrechte der Flächeneigentümer und schaffen zugleich Maßnahmen, die wirklich wirken.

Wir fordern eine klare Perspektive beim Thema Wassergesetz. Die zugesagte Umsetzung des landesweit getragenen Verbändevorschlags zur Beitragsdifferenzierung muß ohne Verzögerungen erfolgen. Die künftige Landesregierung darf sich hier nicht in bürokratischen Hindernissen verlieren.

Die Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg erwarten von der neuen Landesregierung, daß den im Koalitionsvertrag formulierten Zielen konkrete und umsetzbare Maßnahmen folgen. Nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort können die ambitionierten Vorhaben Realität werden.

RUDOLF HAMMERSCHMIDT, Vorsitzender der Familienbetriebe Land und Forst Brandenburg



Die Klimaschutzrubrik

Der Naturpark Barnim strebt in Zusammenarbeit mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin im Rahmen des EU-Projekts ZENAPA an, treibhausgasneutrales Großschutzgebiet zu werden. An dieser Stelle sollen vielfältige klimaentlastende Maßnahmen vorgestellt werden, die es jedem ermöglichen, aktiv zur Energiewende und damit zum Klima- und Naturschutz beizutragen.

Energieberatung für Wohngebäude

Stetig steigende Energiepreise belasten viele Haushalte in Brandenburg finanziell und haben negative Auswirkungen auf die Umwelt. Es gibt jedoch Möglichkeiten, diese Kosten zu reduzieren und gleichzeitig einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Eine staatlich geförderte Energieberatung für Wohngebäude bietet Unterstützung, um den Effizienzgrad Ihres Hauses zu verbessern.

Was beinhaltet so eine Energieberatung?

Bei einer Energieberatung für Wohngebäude wird zunächst der Energieverbrauch des Gebäudes analysiert. Die Analyse ermittelt den energetischen Zustand des Hauses und zeigt Möglichkeiten auf, die Energiebilanz zu verbessern. Dazu gehören potenzielle Sanierungsmaßnahmen an der Gebäudehülle, Optionen für den Heizungstausch und die Nutzung von erneuerbaren Energien. Dies umfaßt auch Maßnahmen mit geringem Investitionsbedarf, wie z. B. die Dämmung von Rohrleitungen und Rollladentüren sowie der Einsatz von Hocheffizienzpumpen der Heizung. Am Ende erhalten die Gebäudebesitzer einen Sanierungsfahrplan, der alle relevanten Maßnahmen zusammenfassend aufzeigt.

Vorteile einer Energieberatung

Die Vorteile liegen darin, daß gezielte Maßnahmen ergriffen werden können, um die im Rahmen der Energieberatung identifizierten Schwachstellen zu beheben. So können der Energieverbrauch gesenkt, die Gebäudesubstanz geschützt und letztendlich Kosten gespart werden. Ferner hilft die Energieberatung, geeignete Förderprogramme in Brandenburg zu identifizieren.

Eine Liste mit regionalen Gebäudeenergieberatern in Brandenburg ist online abrufbar unter WWW.ENERGIE-EFFIZIENZ-EXPERTEN.DE. Zusätzlich bieten die Brandenburger Verbraucherzentralen die Möglichkeit eines kostenlosen Beratungstermins an. Die Suche nach dem passenden Handwerker kann bspw. über den Kontakt der lokalen Kreishandwerkerschaft Barnim erfolgen (WWW.KH-BARNIM.DE).

JAN BUCHNER, Klimaschutzmanager
ZENAPA Naturpark Barnim

Leitfaden »Mehrweg auf Rädern«

Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) und der Mehrwegverband Deutschland e.V. haben gemeinsam im Rahmen des Projekts »Beratungs- und Vernetzungsstelle Verpackungsreduktion in Brandenburg« den praxisorientierten Leitfaden »Mehrweg auf Rädern - Aktiver Klima- und Ressourcenschutz durch Mehrwegnutzung bei mobilen Menüdienstleistern« erarbeitet und veröffentlicht. Der Leitfaden zeigt, wie durch die Einführung von Mehrwegsystemen nicht nur das Klima und Ressourcen geschont werden, sondern auch, welche Chancen und Vorteile die Umstellung für Unternehmen bietet.

Der praxisorientierte Leitfaden ist für Anbietende von »Essen auf Rädern« konzipiert worden, da mobile Menüdienste großes Potential für die Einführung eines Mehrwegsystems bieten. Durch den Einsatz von Mehrweg-Menüschildern können große Mengen an Verpackungsabfällen vermieden und somit wertvolle Ressourcen geschont werden. Betriebe können durch die Umstellung zudem Kosten sparen. Dies ist abhängig von der Art und den Kosten der bisher zum Einsatz gekommenen

Einwegverpackungen, den anfänglichen Investitionskosten durch die Umstellung sowie durch laufende Kosten für die Reinigung der Mehrweggefäße.

Der Leitfaden unterstreicht die wachsende Bedeutung von Mehrwegsystemen aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Dazu gehören die im Verpackungsgesetz (VerpackG) enthaltene erweiterte Herstellerverantwortung sowie die ebenfalls im Gesetz festgeschriebene Mehrwegangebotspflicht...

Wie Unternehmen die Einführung von Mehrwegsystemen erfolgreich umsetzen können, veranschaulicht ein klar strukturierter, detaillierter Fünf-Schritte-Plan. Der Leitfaden enthält eine Übersicht der relevanten Faktoren für den Vergleich von Einweg- und Mehrweg-Lösungen sowie Informationen zum Investitionsbedarf und möglichen Finanzierungsquellen, einschließlich öffentlicher Förderprogramme... Praxisbeispiele runden den Leitfaden ab und geben Einblick in die Möglichkeiten der konkreten Umsetzung von Mehrwegsystemen...

ULRICH WESSOLLEK

Waldumbau im Stadtwald

Eberswalde (prest-ew). Nicht nur im Süden der BRD, sondern auch im Eberswalder Stadtforst ist ein Absterben von Fichtenbeständen zu beobachten. Ursache hierfür ist der Borkenkäfer, der sich in Monokulturen explosionsartig vermehrt. Um dem entgegenzuwirken, setzt der Stadtförster FLORIAN MANN auf Biodiversität, denn: Je artenreicher der Wald, desto widerstandsfähiger ist er in Bezug auf Schädlingsbefall, Krankheiten und auch Klimaveränderungen.

Mit Unterstützung der Sparkasse Barnim, der Lotteriegesellschaft Deutscher Wald und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald soll nun eine Fichtenfläche nördlich von Eberswalde - die dem Borkenkäfer letztes Jahr zum Opfer gefallen ist - neugestaltet werden. In dem Areal zeigt sich bereits ein natürlicher Aufwuchs, der bestehen bleiben soll.



»Ziel ist es, die Fläche mit heimischen, seltenen Baum- und Straucharten aufzuwerten. Zur Straße hin soll ein Waldrand mit Sträuchern und Wildobst gepflanzt werden«, so Stadtförster Manns.

Beim ersten Spatenstich des Projekts Mitte Oktober 2024 pflanzten er und die Leiterin des Stadtentwicklungsamtes, SILKE LEUSCHNER, mehrere Elsbeeren (Foto). Diese Art ist wärmeliebend und trockenresistent und somit bestens gegen den Klimawandel gewappnet. Traubeneiche, Wildapfel und Hundsrose sind weitere Arten, die die Fläche nicht nur ästhetisch aufwerten sollen, sondern auch eine wichtige Nahrungsquelle für Wildtiere sind.

Ein weiteres Ziel der Pflanzungen ist das Zurückdrängen der Spätblühenden Traubenkirsche. Die invasive Art beginnt bereits, sich im östlichen Teil der Fläche auszubreiten. Die jungen Bäume und Sträucher werden mit einem Holzgatter vor Wild geschützt. »Das Material hierfür kommt direkt aus dem Stadtwald«, berichtet der Stadtförster.

Die Stadt Eberswalde dankt allen Unterstützerinnen und Unterstützern sowie den freiwilligen Helferinnen und Helfern, die das Pflanzen der 1.500 Bäume und Sträucher möglich gemacht haben. Dieses Projekt steht ganz im Sinne des Klimaanpassungskonzeptes der Stadt Eberswalde. Der »Klimaresiliente Stadtwald« durch Waldumbau hin zu widerstandsfähigem Mischwald ist hier mit der höchsten Priorität eingestuft.

Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. im Dialog:

Nachhaltige Zukunft im ländlichen Raum

Ahrensfelde (bbp-ber). Am 14. November fand im Rathaussaal Ahrensfelde das jährliche Fachgruppentreffen des Vereins »Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.« statt. Der Vereinsvorsitzende **TORSTEN JERAN** und der Bürgermeister von Ahrensfelde, **WILFRIED GEHRKE**, betonten die Bedeutung der Vernetzung der Akteure.

»Naherholung innerhalb der Regionalparkregion Barnimer Feldmark ist entscheidend für die ländliche Entwicklung. Der Schutz von Grün- und Freiräumen ist unter anderem ein zentrales Anliegen unserer Regionalparkentwicklung«, so Torsten Jeran. Das Motto sei: »Kooperation als Schlüssel zum Erfolg«.

In der ersten Veranstaltungsrunde präsentierten die Fachreferenten wertvolle Informationen zu verschiedenen Themenbereichen.

Der Vorsitzende Jeran stellte die bisherigen und geplanten Projekte des Regionalparkvereins vor, darunter die Entwicklung von Rad- und Wanderwegen, die Machbarkeitsstudie für die Sanierung des Haussees Krummensee, das Leitbild für die Landschaft in der Barnimer Feldmark sowie die Pflanzung einer Windschutzhecke in Börnicke.

HEIKE NIEMEYER, Projektentwicklerin des Regionalparkvereins, berichtete über die neu angelegte Feldgehölzhecke im FFH-Schutzgebiet Börnicke und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit LUDWIG SEEGER von der »BürgerGut Börnicke eG«. Dieser stellte daran anknüpfend

die im Jahr 2019 gegründete Bürgergenossenschaft vor, deren Produktions- und Betriebsstruktur auf die Erzeugung und Vertriebung von Nahrungsmitteln für die Direktvermarktung in der Region ausgerichtet ist. Diese bietet Angebote im Bereich der Umweltbildung an und bringt vielen Menschen eine naturverträgliche Landbewirtschaftung näher.

JOSEPHINE HOLZ von »pro agro« sprach über das Projekt »Pferdeland Brandenburg«, das die Sichtbarkeit der Brandenburger Pferdebetriebe fördert und ein attraktives Reitwegenetz entwickeln möchte. NICOLE KAYSER, Vorstandsmitglied des Landesverbands der VFD, setzte sich mit den Herausforderungen und Potenzialen der Brandenburger Reiterschaft auseinander.

DAVID SUMSER vom LAG Barnim e. V. berichtete über das europäische Förderprogramm LEADER, das die ländliche Entwicklung und die Lebensqualität im ländlichen Raum durch breite Bürgerbeteiligung unterstützt.

Der zweite Teil der Veranstaltung bot den Teilnehmern die Gelegenheit, in einer Net-



Foto: SABINE BÜTTNER

Ludwig Seeger leitete die Diskussion in der Fachgruppe zum BÜRGERGUT BÖRNICKE.

work-Gesprächsrunde Erfahrungen auszutauschen und Synergien zu entdecken.

Die ausgetauschten Ideen sowie die prägnanten Projektberichte werden als Grundlage dienen, um neue Strategien und Projekte zur Kooperation zu entwickeln und bestehende Netzwerke zu stärken.

Neue Vorhaben im ländlichen Raum

Positives Votum der Lokalen Aktionsgruppe für zehn Projektideen

Am 18. November traf der Vorstand der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) Barnim zum zweiten von zwei Projektauswahlverfahren in diesem Jahr in der Eberswalder Geschäftsstelle des Vereins zusammen. Die Vertreter der Teilraumorganisationen Förderverein NATURPARK BARNIM, Regionalpark BARNIMER FELDMARK, Geopark EISZEITLAND AM ODERRAND sowie weitere kommunale, soziale und wirtschaftliche Vorstandsmitglieder beurteilten gemeinsam die Förderwürdigkeit der eingereichten Vorhaben vor dem Hintergrund der Regionalen Entwicklungsstrategie für die LEADER-Region Barnim.

Es wurden 18 Projekte mit einem geplanten Investitionsvolumen von insgesamt etwa 10,5 Millionen Euro eingereicht. Alle Projekte wurden durch die LAG geprüft und bewertet. Im Ergebnis können sich die Träger von zehn Vorhaben über ein positives Votum der LAG freuen und damit insgesamt etwa 2,7 Millionen Euro LEADER-Förderung beim Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung beantragen.

Die Projekte reichen von der Denkmalschutz-Ausstellung bis zur energieeffizienten Fassade. »Auch zu diesem Stichtag wurde eine

Vielzahl von Vorhaben eingereicht. Sie spricht für das breite Engagement der kommunalen, ehrenamtlichen und privaten Akteure im ländlichen Raum des Barnims«, berichtet BURKHARD HORN, Vorsitzender der LAG Barnim.

»Die von uns positiv votierten Projekte, wie beispielsweise die Anfertigung einer Ausstellung zum Thema 'Denkmalschutz als Chance' für das Bauhaus Denkmal Bundesschule in Bernau oder auch die energieeffiziente Instandsetzung der Fassade des Begegnungszentrums in Lunow, werden einen positiven Einfluß auf das Leben der Menschen im ländlichen Raum entfalten«, ist sich Horn sicher.

Ein positives Votum erhielten auch Projekte, wie der Austausch eines defekten Holzvergasers durch eine Wärmepumpe im Gebäude der Biesenthaler Kita Wukaninchen, die Errichtung eines multifunktionalen Ergänzungsbaus auf dem Schulcampus Britz sowie die Umnutzung des alten Werneuchner Grundschulgebäudes für die Hortnutzung.

Die Förderung für Projekte im ländlichen Raum ist weiterhin möglich. Darüber informierte TORSTEN JERAN, Regionalmanager der LAG Barnim: »Über die LEADER-Förderung der Europäischen Union und des Landes Branden-

Holzwochen in Wukania

Freitag (24.1.) bis Montag (3.2.) sowie Freitag (21.2.) bis Dienstag (25.2.)

+++ gemeinsam sammeln, sägen, spalten, stapeln +++ mit hand und maschinen +++ im wald, am see und auf dem gelände +++ platz zum ausprobieren und lernen +++ zeit für fragen, unsicherheiten, pausen, reflexion +++ abendprogramm: sauna, spielen, quatschen, lagerfeuer, ... +++ wukania kennenlernen +++

- gerne mitbringen: schlafsack, arbeitsschuhe, arbeitskleidung

- bitte anmelden: holz@gegenseitig.de

- ihr könnt auch für einzelne tage kommen

burg werden kontinuierlich Projekte von Kommunen, Vereinen und Unternehmen im ländlichen Raum gefördert. Voraussetzung für eine erfolgreiche Antragsstellung ist unter anderem eine Beratung durch das Management der LAG und eine positive Bewertung der Projekt-Idee im Kontext unserer Entwicklungsstrategie.«

Der nächste Stichtag zur Einreichung von Projekt-Ideen ist der 28. Februar des kommenden Jahres. Näheres dazu findet sich auf der Internetseite www.leader-barnim.de.

Ganzheitliche Ernährung (45)

Welche Lebensmittel sind bei Schlafstörungen zu empfehlen und auf welche Lebensmittel sollten Sie lieber verzichten?

Hier ein kleiner Überblick:

Bei *Gemüse* sind Kartoffeln, Tomaten, Möhren, Spargel, Fenchel, Süßkartoffeln, Knollensellerie, Rucola, Rote Bete, Mangold, Brokkoli, Mais, Kichererbsen, Kürbis und Linsen zu Empfehlen. Ungeeignet sind hingegen Rettich, Radieschen, Zwiebeln, grüne Paprika, sämtliche Arten von Pilzen, Weißkohl, Grünkohl und Rotkohl.

Nicht empfehlenswert sind alle Arten von *Trockenobst*. Auch Birnen, Weintrauben und Feigen sind ungeeignet, um gut zu schlafen. Sehr empfehlenswert sind dagegen Beerenfrüchte, Pflaumen und Kirschen. Aber auch Zitronen, Orangen, Datteln, Ananas, Papaya, Kiwi und Kumquats dürfen gerne auf Ihrem Speiseplan stehen.

Bei *Nüssen und Samen* sollten Sie besonders auf geröstete Kerne, Nüsse und Samen verzichten. Gesalzene Samen, Kerne und Nüsse sind ebenfalls nicht geeignet. Auf naturbelassene Nüsse (Cashewnüsse, Walnüsse) dürfen Sie gerne zurückgreifen. Auch Leinsamen, Chiasamen, Mandeln, Sonnenblumenkerne und Pistazien sind gut geeignet.

Verzichten sollten Sie auf Toastbrot, Kuchen, Kekse, Brötchen, Baguette und Weißbrot. Empfehlenswert sind Buchweizen, Amarant, Hafer, Haferkleie und Quinoa. Auch Roggen, Emmer, Dinkel, Gerste, Grünkern und Kamut sind geeignet

Bei *Fleisch* darf es gerne mageres Schweinefleisch, Putenbrust-Filet, Roastbeef oder Hähnchenbrust-Filet sein. Ungeeignet ist fettreiches Fleisch. Auch gepökeltes Fleisch sollte nicht auf Ihrem Speiseplan stehen.

Auf *Wurstwaren* aller Art sollten Sie verzichten.

Bei den *Fischen* sind sämtliche Konserven ungeeignet. Auch paniertes Fisch oder Fisch in Aspik sollten Sie nicht verzehren. Geeignet sind hingegen Lachs, Hering, Kabeljau, Dorsch und Heilbutt.

Meeresfrüchte wie Miesmuscheln, Austern, Krabben, Garnelen und Shrimps sind empfehlenswert.

Eier und Eierspeisen sind gut geeignet. Buttermilch, Skyr, Jogurt und Quark sollten Sie nur in der fettarmen Variante konsumieren.

Bei *Käse* sollten Sie Rohmilchkäse bevorzugen, wie Harzer, Gruyere, Cheddar, Parmesan und Mozzarella. Ungeeignet sind hingegen, Schafskäse, Ziegenkäse, Schmelzkäse und Blauschimmelkäse. Schlafen Sie mit diesen Tips besser.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Eberswalde, DDR (Teil 3)

Eberswalde (bbp). In dieser Doppelausgabe setzen wir die Veröffentlichung von Bildern der Ausstellung »Eberswalde, DDR« von Dirk Engelhardt, die 2023 in der Eisenbahnstraße 92/93 zu sehen war, fort. Bisher erschienen jeweils zwei Bildpaare mit historischen und aktuellen Aufnahmen in der Winterausgabe 2023 und in der Sommerausgabe 2024.

Der freie Journalist und Autor Dirk Engelhardt wohnt und arbeitet seit einigen Jahren in Eberswalde. Angetan von der Stadt kam

ihm die Idee zu dieser Ausstellung, für die er alte Fotos aus dem Kreisarchiv mit eigenen Aufnahmen kombinierte.

Insgesamt gehörten zu der Ausstellung 18 Bildpaare, von denen hier ein fünftes und sechstes zu sehen sind. Zu den historischen Fotos gehören Stadtansichten, die um 1960 in der Eberswalder Innenstadt entstanden sowie Fotos der Neubaugebiete aus den 1970er und 80er Jahren. Auch einige Fotos von den Zerstörungen im April 1945 fanden Verwendung.



Der Bereich am Karl-Marx-Platz blieb von den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges weitgehend verschont. Zu DDR-Zeiten war der Karl-Marx-Platz und die Wilhelm-Pieck-Straße (heute Eisenbahnstraße) das eigentliche Zentrum der Stadt. Wie dieses Foto von etwa 1960 zeigt, lockten die Geschäfte zahlreiche Passanten an.



In dem Bild aus heutigen Tagen zeigen sich Karl-Marx-Platz und Eisenbahnstraße verändert. Grauer Asphalt ersetzte das rötliche Granitpflaster als Straßenbelag, der nun deutlich mehr Fahrzeuge aufnehmen muß. Und auf den Gehwegen sind nicht mehr so viele Menschen unterwegs wie damals.



Das Winterfoto aus der Ringstraße in Finow um 1980 zeigt relativ leere Parkplätze und viele Fußgänger. Das damals angelegte Grün ist inzwischen zu stattlichen Bäumen und üppig wuchernden Büschen herangewachsen. Auch hier im Wohngebiet sind nun deutlich weniger Menschen unterwegs, während für die Stellflächen der fahrbaren Untersätze jeder freie Quadratmeter genutzt wird.



Lesungen bei Guten-Morgen-Eberswalde

JOCHEN SCHMIDT sieht fern und konsumiert im großen Stil alles, was das Fernsehen aufzubieten hat. Mit seinen Kolumnen schreibt er deutsche Fernsehgeschichte und liest bei uns am 18. Januar 2025 aus seiner jüngsten Veröffentlichung »Zu Hause an den Bildschirmen«.

WILHELM BARTSCH, der Dichter aus Halle, kommt im Jahr seines 75. Geburtstages am 15. Februar 2025 zu Lesung und Gespräch in seine Geburtsstadt Eberswalde. Für seinen jüngsten, meisterhaften Gedichtband »Hohe See und niemandes Land« erhielt er den Rainer-Malkowski-Preis.

Die Erinnerung an eine Liebe kann intensiver sein als diese Liebe selbst. JULIA SCHOCH

krönt mit »Wild nach einem wilden Traum« ihre außergewöhnliche Trilogie und freut sich auf ihren neuerlichen Besuch am 15. März 2025 in Eberswalde.

Und DIETRICH BRÜGGEMANN ruft am 5. April 2025: »Wer parkt denn hier sein Mofa mitten auf mein Sofa«. Der Schüttelreim ist ein sehr spezieller und ein vor allem bei vielen Anlässen beliebter Doppelreim, den es im literarischen Spektrum der Deutschen immer wieder gegeben hat, der heute jedoch, wie so viel Gutes, vom Aussterben bedroht ist

Jeweils mit Büchertisch und Signierstunde der Autoren!

UDO MUSZYNSKI

Rechtsentwicklung und Linke

Die politische Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik und in der EU ist unübersehbar. In welchem Verhältnis steht sie zu den aktuellen Krisenprozessen und den durch sie verursachten Krisenängsten und Verunsicherungen? Trifft es überall zu, dass die dominierende Krisenreaktion nach rechts geht? Welche Rolle spielen linke Kräfte gegenwärtig noch? Diese Fragen behandelt der Schwerpunkt des von »Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung« vom Dezember 2024.

Rechtsentwicklung – historische und internationale Aspekte

- Georg Fülberth – Nach Brandenburg
- Volker Külöw/Ekkehard Lieberam – Krisenwahlen in Ostdeutschland
- Phillip Becher – Krise des Herrschaftssystems und Rechtsentwicklung
- Gerd Wiegel – Gründe für den Aufstieg der modernisierten Rechten
- Ingar Solty – Rechtsautoritärer Nationalismus in den USA
- Andrés Musacchio – Rechte in Argentinien
- Sabine Kebir – Italien: neuer Bonapartismus
- Cornelia Hildebrandt – Rechtsverschiebungen in Europa und Linke

Linke Parteien in Europa

- Nico Biver – EU: Einfluß der »radikalen Linken«
- Klaus Dräger/Herman Michiel – EU: Radikale Linke wohin?
- Ingar Solty – Moralisch-intellektuelles Kapital und Parteistrategie

Soziale Bewegungen:

- Sebastian Liegl/Juri Kilroy – Streikmonitor: Arbeitskonflikte im ersten Halbjahr 2024

Kuba:

- Marcel Kunzmann – Kubas Wirtschaft zwischen Krise und Neuanfang
- Unblock Cuba, unblock us: Internationales Tribunal über die Sanktionen der USA gegen die Republik Kuba – mit einer redaktionellen Einführung zur Geschichte der US-Sanktionen gegen Kuba.

Weitere Beiträge:

- Peter Schadt – Der Haushalt in der politischen Ökonomie der Digitalisierung bei Ursula Huws
- Chr. Lieber – Hermann Duncker (1874 – 1960)
- Peter F. Schütze – Zu Thomas Metscher: Faust
- Jörg Zimmermann – Zum Begriff »Überausbeutung« und seiner Nützlichkeit

Kommentare: Wirtschaftskrise (Tanja Brodersen) – Frankreich nach der Regierungsbildung (Johannes M. Becker) – Krieg im Libanon (Wiebke Diehl) – Krise der Autoindustrie (Stefan Krull) – US-Wahlen (Michael Schwan)

Dazu 50 Seiten Zuschriften, Zeitschriften-schau, Tagungsberichte, Buchbesprechungen.

Eine Gesamtübersicht und Bestellmöglichkeiten finden sich unter www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de.

BRD antieuropäisch?

Eberswalde/Potsdam (bbp). Am 15. November ist die Frist für die Umsetzung der Europäischen Mindestlohnrichtlinie, die angemessene Mindestlöhne verbindlich fordert, abgelaufen. Für deren Umsetzung hatte die Bundesregierung zwei Jahre Zeit, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen. Das ist nicht bzw. nicht ausreichend geschehen. Seit 1.1.24 beträgt der Mindestlohn in Deutschland 12,41 Euro pro Stunde. Er entspricht nicht dem europäisch geforderten angemessenen Niveau.

Die BRD gehöre mit einer Tarifbindung von etwa 50 Prozent »eindeutig zu den Ländern, die nach der Europäischen Mindestlohnrichtlinie einen konkreten Aktionsplan zur Förderung der Tarifverhandlungen hätte vorlegen müssen«, erläutert dazu der Eberswalder BSW-Landtagsabgeordnete ANDRÉ VON OSSOWSKI, rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion. »Das ist so nicht geschehen. Ein Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland vor dem Europäischen Gerichtshof wäre die Folge. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, entsprechende Maßnahmen unverzüglich einzuleiten. Brandenburg kann das flankieren durch ein verbindlich ausgestaltetes Tariftrueugesetz und Prüfung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen zu wichtigen Branchentarifverträgen.«

Sein Fraktionskollege ANDREAS KUTSCHE, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der BSW-Fraktion, ergänzt: »Zu niedrig und zu spät. Die deutsche Politik ignoriert ausgerechnet dann, wenn EU-Politik der Bevölkerung wirklich eine positive Veränderungen bringen könnte, die Richtlinien aus Brüssel. Darf man das nun antieuropäisch nennen? Die Mehrheit der deutschen Mindestlohnkommissionmitglieder hat sich über die Kriterien der Europäischen Mindestlohnrichtlinie einfach hinweggesetzt. Wir fordern deshalb, den Schwellenwert von 60 % des Medianlohns als Untergrenze für den gesetzlichen Mindestlohn festzusetzen.«

Dies entspricht den Empfehlungen der EU. In der BRD fehlen derzeit transparente Kriterien zur Festsetzung des Mindestlohns, die u.a. die Kaufkraft der gesetzlichen Mindestlöhne unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten, das allgemeine Niveau der Löhne und ihre Verteilung, die Wachstumsrate der Löhne sowie langfristige nationale Produktivitätsniveaus und -entwicklungen berücksichtigen.

Anerkannt ist, das in Mitgliedsstaaten mit hoher tariflicher Abdeckung der Anteil der geringverdienenden tendenziell niedrig ist und sich die Mindestlöhne auf einem höheren Niveau befinden. Nach der Mindestlohnrichtlinie sind Länder, in denen weniger als 80 Prozent der Beschäftigten unter den Geltungsbereich eines Tarifvertrages fallen, verpflichtet, einen konkreten Aktionsplan zur Förderung der Tarifverhandlungen vorzulegen.

Unterstützung für Eberswaldes Ärmste

Kreistagsabgeordnete zu Besuch beim Verein »Brot & Hoffnung«



FOTO: HEINRICH LEUKHARDT

Ein großer Schreibtisch, ein paar grüne Zimmerpflanzen und Stühle aus der Maria-Magdalenen-Kirche. Das Büro des BROT & HOFFNUNG E.V. in Eberswalde ist einfach eingerichtet, aber die Arbeit, die hier täglich geleistet wird, ist für viele Menschen in Eberswalde unverzichtbar.

Seit über 20 Jahren engagiert sich der Verein unermüdlich für Menschen in Not und bietet ihnen durch die Eberswalder Tafel, Suppenküche und die Kleiderkammer praktische Unterstützung und einen sozialen Anlaufpunkt. Wöchentlich versorgt »Brot & Hoffnung« etwa 300 Menschen mit gespendeten Lebensmitteln und bietet von Montag bis Freitag ein frisch zubereitetes Mittagsgemisch an. Die Kleiderkammer ergänzt dieses Angebot mit Kleidung für Menschen, die sich keine neue leisten können oder wollen. Doch der Verein ist weit mehr als ein Ort für Lebensmittel oder Kleidung – er ist ein Ort der Begegnung, an dem Menschen auf ein offenes Ohr und ein Gefühl von Gemeinschaft stoßen. Die Ehrenamtlichen sind oft die ersten Ansprechpartner bei Problemen, helfen wo geholfen werden kann und kennen die Menschen gut.

Neues Projekt gegen Wohnungslosigkeit

Seit April hat BROT & HOFFNUNG ein neues Projekt ins Leben gerufen, um auf die wachsende Wohnungslosigkeit in der Region zu reagieren. Mithilfe einer Förderung durch die AKTION MENSCH unterstützt der Verein Menschen, die in Notunterkünften leben und dringend nach einer festen Bleibe suchen. Ein Schritt, der auf die zunehmende Wohnungslosigkeit in Eberswalde reagiert, mehr Menschen eine langfristige Perspektive geben soll und auch die Belastung und den Druck auf die Notunterkünfte senkt.

Ehrenamt und Spenden – die Basis des Vereins

Das Engagement von BROT & HOFFNUNG wird durch die Arbeit von Ehrenamtlichen getragen, die den Menschen nicht nur praktische Hilfe leisten, sondern auch ein wertvolles soziales Netz aufbauen. Finanziert wird der Verein aus verschiedenen Quellen. Spenden von Firmen und Privatpersonen sowie das selbst erwirtschaftete Geld aus dem Verkauf spielen eine zentrale Rolle. Ergänzt werden diese Mittel durch eine jährliche Förderung des Landkreises Barnim, die dem Verein eine kleine Grundlage für seine Arbeit bietet.

Jedoch haben die steigenden Lebenshaltungskosten in den vergangenen Jahren Wirkung gezeigt.

In einem Gespräch mit der Fraktion FDP/BfB/AWG im Kreistag ging es nun erneut darum, mehr Aufmerksamkeit auf die wichtige Arbeit des Vereins zu legen. Die Fraktion spricht sich daher für eine weitere Unterstützung des Vereins durch den Landkreis aus. »Wir werden einen entsprechenden Antrag im Kreistag auf Verstärkung der Unterstützung im nächsten Doppelhaushalt unterstützen«, verspricht Fraktionsvorsitzender Martin Hoek.

Die kommenden Monate werden zeigen, daß Orte wie BROT & HOFFNUNG mehr denn je gebraucht werden – als Unterstützung für Menschen in Not und als Zeichen für gelebte Solidarität in der Gemeinschaft.

HEINRICH LEUKHARDT

Tariftrueue und Vergabemindestlohn

Wir gratulieren Dietmar Woidke zur Wahl zum Ministerpräsidenten von Brandenburg. Das Land Brandenburg steht vor großen Herausforderungen. Es ist jetzt notwendig, daß die Arbeit der Regierung zügig beginnt. Die Koalition hat sich in ihrem Koalitionsvertrag einiges vorgenommen, das nun umgesetzt werden muß. Wir erwarten, daß es schnell zu

einem wirksamen Tariftrueugesetz kommt und der Vergabemindestlohn angehoben wird. Die Ankündigungen des Koalitionsvertrages müssen durch eine Haushaltsplanung untermauert werden, die deren Umsetzung ermöglicht.

ANDREA KÜHNEMANN, ver.di-Landesbezirksleiterin für Berlin-Brandenburg

Schwangerschaftsabbrüche legalisieren

Ver.di Berlin-Brandenburg hat sich an der Demo zur Abschaffung des § 218 und für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland am 7. Dezember beteiligt. Die Demo fand parallel in Berlin und Karlsruhe statt. Bereits am 17. Oktober hatte ein breites Bündnis aus Verbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, zu dem auch ver.di gehört, den Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs vorgelegt. Dieser soll Schwangere, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden, durch verbesserte Beratung und medizinische Versorgung unterstützen und schützen. Der Gesetzesvorschlag orientiert sich dabei an den Empfehlungen einer Experten-

kommission, die die Bundesregierung selbst eingesetzt hatte. Mit der Demo soll der Druck auf die demokratischen Parteien im Bundestag erhöht werden, noch in dieser Legislaturperiode die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen zu beschließen.

In immer mehr Ländern wurden Schwangerschaftsabbrüche in den letzten Jahren entkriminalisiert. Auch in Deutschland sprechen sich laut einer repräsentativen Umfrage 75 Prozent für die Entkriminalisierung aus. Nach Ansicht von ver.di ist es an der Zeit, daß der Gesetzgeber dieser gesellschaftlichen Stimmung und den internationalen Vorbildern folgt.

MAIKE BUCHNER

Gesetzesentwurf zur Neuregelung des § 218

Eine fraktionsübergreifende Gruppe von 236 Bundestagsabgeordneten hat im November einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in den Bundestag zur Abstimmung eingebracht. Er soll die Versorgungslage von ungewollt Schwangeren wesentlich verbessern.

Der Entwurf sieht vor, daß selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden sollen und die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche sollen künftig von der gesetzlichen Krankenversicherung erstattet werden können.

Ein zusätzlicher Antrag flankiert weitere Maßnahmen: So soll der Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln ermöglicht werden, wodurch ungewollte Schwangerschaften besser verhindert werden sollen. Hinzukommt, daß Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Ausbildung verankert und der Zugang zu niederschwelliger Beratung für Schwangere wesentlich verbessert werden soll. Vor wenigen Monaten hat die sogenannte ELSA-Studie verdeutlicht, daß in Deutschland für ungewollt Schwangere in vielen Regionen eine schlechte Versorgungslage besteht. 60 Prozent der befragten Frauen in Deutschland hatten Schwierigkeiten, sich ausreichend über einen Schwangerschaftsabbruch zu informieren. Eine gleichhohe Zahl hatte Schwierigkeiten überhaupt einen Schwangerschaftsabbruch zu organisieren.

Hinzu kommt, daß es jeder fünften Frau schwerfiel, die anfallenden Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch tragen zu können. Die Lage droht, sich weiter zu verschlechtern – die Zahl der Arztpraxen, OP-Zentren und Kliniken, die einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen, hat sich in den letzten 20 Jahren halbiert und viele Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, werden in den nächsten Jahren zusätzlich in den Ruhestand gehen. Viele Ärzte geben an, daß die fortdauernde Verankerung im Strafgesetzbuch Teil der Entscheidung ist, sich in diesem Feld nicht zu betätigen.

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist in der Verfassung verankert. Ein erschwelter Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erfüllt dieses Ziel nicht. Im Gegenteil: Es führt nicht unbedingt zu weniger, sondern kann zu medizinisch unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen führen. Ungewollt Schwangere brauchen ausreichenden Zugang zu bestmöglicher Information und medizinischer Versorgung.

Daß wir in dieser Hinsicht in Deutschland bereits einen gravierenden und sich weiter zuspitzenden Mangel haben, ist nicht tragbar. Ungewollt Schwangere befinden sich oft in belastenden Situationen. Deshalb werbe ich bei allen Abgeordneten der demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag für die Unterstützung dieses Antrags. Er ist ein wichtiger und dringend notwendiger Schritt, um ungewollt Schwangeren die bestmögliche Unterstützung zu bieten. Die Kriminalisierung von Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, muß beendet werden.

Wir müssen als Gesellschaft sowohl dem Schutz des ungeborenen Lebens, als auch dem Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren in gleicher Weise gerecht werden. So werden wir hoffentlich als Gesellschaft einen zeitgemäßen und respektvollen Umgang mit der Frage von Schwangerschaftsabbrüchen finden, den sich die Mehrheit auch wünscht.

STEFAN ZIERKE, SPD-Bundestagsabgeordneter

Der »Digitale Engel«

Eberswalde (prest-ew). Nach dem Besuch im Mai 2022 wird das mobile Ratgeberteam des »Digitalen Engels« am 8.1., von 14-16 Uhr in der Stadtbibliothek auf konkrete Fragen zum Umgang mit neuen Medien für ältere und behinderte Menschen eingehen.

Nein zur Bezahlkarte

Eberswalde (bbp). Am 12. Dezember versammelten sich etwa 80 Menschen zu einer Kundgebung am Eberswalder Bahnhof. Unter dem Motto »Rassismus bekämpfen« hatte die Initiative Barnim solidarisch zu einer Kundgebung mit Glühwein, Punsch und Lebkuchen eingeladen. Mit einem Beamer wurden kurze Videos an eine Hauswand projiziert.

In einem Redebeitrag ging es um die sogenannte »Bezahlkarte«. Diese wird nach und nach in ganz Deutschland eingeführt, im Barnim ist damit in den nächsten Wochen zu rechnen. Anstelle von Bargeld oder direkter Überweisung auf ein eigenes Konto sind geflüchtete Personen nun dazu gezwungen, mit der Bezahlkarte zu zahlen. Die Bezahlkarte schränkt Menschen in ihrem Alltag ein und ist diskriminierend. Sie verhindert, daß betroffene Personen frei über ihr Geld verfügen können, und macht ihr Leben unnötig schwerer. Mit der Einführung wird auf rassistische Symbolpolitik gesetzt. Diese folgt rechtspopulistischen Forderungen und verstößt gegen die Menschenwürde. Statt Lösungsansätzen schafft die Bezahlkarte ein System der Kontrolle und Überwachung.

Die Initiative BARNIM SOLIDARISCH kündigte in dem Redebeitrag eine Kampagne gegen die Bezahlkarte an. Ziel ist die Abschaffung der Bezahlkarte. Bis dahin sollen solidarische Menschen die Guthaben auf der Bezahlkarte gegen Bargeld tauschen. In den kommenden Wochen will die Initiative Details dazu bekanntgeben.

Gemeinsam die Welt verändern

Du findest, daß linke Theorie und Praxis in unserer Gesellschaft eine langfristige Perspektive brauchen und als Gegenöffentlichkeit gesichert werden müssen? Du bist der Meinung, daß linke Bücher zugänglich für alle sein müssen? Dann WERDE TEIL DES UNRAST-NETZWERKS! Bring dich ein und teile uns mit, welche Themen dir gerade dringlich erscheinen.

Mache Vorschläge, welche Bücher wir veröffentlichen und in welche Diskurse wir gezielt eingreifen sollten. Schreibe uns [lektorat@unrast-verlag.de](mailto:unrast-verlag.de) oder beteilige dich künftig an unserer Chatgruppe (noch im Aufbau). Plane gemeinsam mit uns und unseren Autoren Veranstaltungen zu Themen, die in deiner Stadt bzw. Region von Bedeutung sind. Bewirb deine Veranstaltung über unsere Kanäle.

Werde Teil unseres Netzwerks Friends of UNRAST und unterstütze unsere Arbeit. Mit deiner Fördermitgliedschaft sicherst du das Fortbestehen unserer Arbeit und hilfst mit, daß der UNRAST Verlag weiterhin eine Plattform für linke Perspektiven und gesellschaftskritische Stimmen bieten kann.

Nähere Info auf www.unrast-verlag.de.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht kann stolz und selbstbewußt auf die Verhandlungsergebnisse in Brandenburg und Thüringen zeigen. Das Ergebnis ist historisch. Dem BSW ist es gelungen, eine gesellschaftliche Diskussion über die Sinnhaftigkeit der US-Raketenstationierung vom Zaun zu brechen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wird in einem Koalitionsvertrag eine Stationierung von US-Waffen auf deutschem Boden kritisiert. Dazu kommt die deutliche Kritik an immer weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine. In einer Gesellschaft, in der uns jeden Tag die Kriegspropaganda aus den Talkshows entgegenschallt, ist das ein Unterschied ums Ganze.

Es ist schon grotesk: Die Linken, die jetzt granteln, haben sich ein Hoch auf den militarisierten Lissabon-Vertrag der EU in die Koalitionsvereinbarung reinschreiben lassen. Und die PDS hat sich 2001 in die Präambel im Berliner Koalitionsvertrag diktieren lassen, die NATO sei wunderbar: »Wir wissen um die besondere Verpflichtung Berlins gegenüber dem Bund und zu bundesfreundlichem Verhalten. Wir wissen um die Erwartungen des Bundes und der Länder, die an die Politik Berlins mit Blick auf ihre Hauptstadtfunktion gerichtet sind. Berlin repräsentiert eine der führenden Industrienationen der Welt, die in die westliche Wertegemeinschaft eingebunden ist, die der Organisation der Vereinten Nationen und dem nordatlantischen Bündnis angehört, die die Erweiterung der Europäischen Union anstrebt und die zahlreiche weitere internationale Verpflichtungen erfüllt. In Berlin ist aufgrund seiner Erfahrung mit Teilung und Wiedervereinigung das Bewußtsein über die Bedeutung dieser Bindungen besonders hoch. Die Koalition wird den Verpflichtungen und Erwartungen, die aus der Funktion Berlins als Hauptstadt Deutschlands resultieren, daher nachkommen.«

Zwischen dieser Duckmäuserhaltung und uns beim BSW liegen Welten. Und das ist gut so. Adorno hat einmal gesagt: »Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der

Das Votum des Israelischen Parlaments (Knesset) gegen die UNRWA, das an diesem Abend verabschiedet wurde, ist beispiellos und ein gefährlicher Präzedenzfall. Der Beschluß steht im Widerspruch zur UN-Charta und verletzt die Verpflichtungen des Staats Israel nach internationalem Recht.

Dies ist der jüngste Schritt einer Kampagne zu Diskreditierung und Delegitimierung der Bereitstellung humanitärer Hilfe für die palästinensischen Flüchtlinge. Diese Gesetze verschärfen das Leiden der Palästinenser, vor allem in Gaza, wo die Menschen seit mehr als einem Jahr durch die Hölle gehen.

Dadurch werden 650.000 Mädchen und Jungen ihrer Bildungsmöglichkeiten beraubt und eine ganze Generation aufs Spiel gesetzt...

»Nun droht Frieden«

von Sevim Dagdelen

Das BSW hat für Koalitionen in Brandenburg und in Thüringen grünes Licht gegeben. In den BSW-Unterstützerkreisen wird das kontrovers diskutiert, denn es gibt zahlreiche Argumente, die gegen solche Koalitionen sprechen. Der nachfolgende Artikel wurde am 2.12.2024 unter der Überschrift »Warum die Koalitionsverträge in Thüringen und Brandenburg historisch sind« auf der BSW-Internetseite (bsw-vg.de) veröffentlicht:

Macht der anderen noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen.«

Dagegen heißt es im Koalitionsvertrag von SPD und BSW in Brandenburg etwa mit Blick auf den Ukraine-Krieg: »Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst, daß sich der Krieg ausweitet und damit das Risiko besteht, daß auch Deutschland in eine sich immer schneller drehende Kriegsspirale hineingezogen wird. Der Krieg wird nicht durch weitere Waffenlieferungen beendet werden können. Wir sind übereingekommen, daß wir uns im Sinne der Charta der Vereinten Nationen und des Budapest Memorandums auf Bundesebene und auf Ebene der Europäischen Union dafür einsetzen, eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts und den Abbau der damit verbundenen Spannungen innerhalb Europas durch Verhandlungen mit den Konfliktparteien mit dem Ziel von Waffenstillstand und dauerhaftem Frieden voranzutreiben. Wir sehen vor diesem Hintergrund die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen auf deutschem Boden kritisch. Es braucht konkrete Angebote, um wieder zu Abrüstung und Rüstungskontrolle zu kommen.«

Und die Hamburger Wochenzeitung Die Zeit schreibt mit Verweis auf das in Erfurt Ausgehandelte: »Ein Blick nach Thüringen reicht, in den Koalitionsvertrag, den CDU, SPD und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) am vergangenen Freitag vorgestellt haben. Allein in der Präambel kommt das Wort Frieden siebenmal vor (und auf den folgenden Seiten noch ein Dutzend Mal). Die 'Friedensformel' hatte der CDU-Landesvorsitzende Mario Voigt mit Sahra

Wagenknecht ausgehandelt: CDU und SPD sehen sich in der Tradition von Westbindung und Ostpolitik. Das BSW steht für einen kompromißlosen Friedenskurs.«

Die Zeit und ihr Transatlantiker Jörg Labarmen weiter: »Das ist ein Sieg für Sahra Wagenknecht, die begabteste Begriffsbesitzerin in der deutschen Politik. Das BSW hat jetzt schriftlich von den Mitte-Parteien, daß es für lupenreine 'Friedenspolitik' stehe. Seine proklamierte Friedensliebe wird dem Transatlantizismus der Union und der Entspannungspolitik der Sozialdemokratie gegenübergestellt, als handele es sich um gleichwertige Leitideen.«

Die »Überrumpelten« würden sich damit trösten, daß »Präambeln von Koalitionsverträgen auf Landesebene folgenlos für die Außenpolitik der Bundespolitik« seien. »Doch die Geringschätzung des Symbolischen könnte sich als kurzsichtig erweisen: Der 'kompromißlose Friedenskurs' des BSW läuft darauf hinaus, die Ukraine durch unterlassene Hilfeleistung zur Kapitulation zu zwingen. Wie wollen Union und SPD Sahra Wagenknecht im Bundestagswahlkampf stellen, nachdem sie diesen Kompromiß mit ihr geschlossen haben?«

Daß das BSW die Ukraine zur Kapitulation zwingen will, ist natürlich kriegsbesoffener Quatsch, der zur irrsinnigen Schlagzeile der gleichen Zeitung mit Blick auf den Wechsel im Weißen Haus paßt: »Nun droht ein erzwungener Frieden«. Aber man sieht deutlich, wie sehr die US-Lobbyisten sich an unserer klaren Friedensorientierung des BSW abarbeiten. Es zeigt, daß es richtig war, hier beharrlich zu bleiben und ein Zeichen zu setzen.

Ein gefährlicher Präzedenzfall

Offizielle Stellungnahme der UNRWA

Durch die Einstellung von UNRWA und ihrer Dienste verlieren die Palästinenser nicht ihren Flüchtlingsstatus. Dieser Status ist durch eine Resolution der Generalversammlung der UN geschützt, bis eine faire und dauerhafte Lösung des Schicksals der Palästinenser gefunden ist. Wenn diese Gesetze nicht zurückgewiesen werden, wird dies den gemeinsamen multilateralen Mechanismus schwächen, der nach dem 2. Weltkrieg etabliert wurde. Dies geht alle an.

PHILIPPE LAZZARINI
(UNRWA-Generalkommissar)

Zum Hintergrund: Am 28.10.2024 hat die Knesset zwei Gesetze verabschiedet, die alle Aktivitäten der UNRWA auf dem Territorium Israels untersagen und es allen Staatsbediensteten verbieten, mit der UNRWA in Kontakt zu treten. Die UNRWA (Agentur für Hilfe und Arbeitsbeschaffung für palästinensische Flüchtlinge im Nahen Osten) wurde 1949 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um humanitäre Hilfe für die registrierten palästinensischen Flüchtlinge zu leisten...

Übersetzung aus dem Englischen
von Hartmut Lindner

Wird Syrien aufgeteilt?

Der türkische Präsident Erdogan soll bei einer Rede in Sakarya vor seinen Parteifreunden versprochen haben, die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs zu überprüfen und syrische Gebiete (ehemals osmanische Provinzen) an die Türkei zu annektieren. Er wird in den sogenannten sozialen Medien wie folgt zitiert:

»Ich frage mich, was passiert wäre, wenn die Bedingungen zu der Zeit, als der Erste Weltkrieg die Grenzen in unserer Region neu definierte, anders gewesen wären? Die Städte, die wir Aleppo, Idlib, Damaskus und Raqqa nennen, werden unsere Provinzen, wie Antep, Hatay und Urfa!«

Zugleich tauchte am 14. Dezember ein Video auf, das angeblich zeigt, wie israelische Rabbiner im kürzlich von ihrer Armee besetzten Gebiet miteinander diskutieren, dort neue jüdische Siedlungen zu errichten.

Das könnten alles Fakes sein. Aber irgend etwas läßt mich daran zweifeln. Vielleicht paßt das schlicht viel zu sehr in die übliche Politik dieser beiden syrischen Nachbarstaaten, deren Führer, die aktuell an der Macht sind, allem Anschein nach von einer Groß-Türkei bzw. einem Groß-Israel besessen sind.

Wir wissen nicht, was da möglicherweise im Hintergrund zwischen den beteiligten Mächten an Absprachen gelaufen ist. Die USA werden auf ihre Einflußsphäre östlich des Euphrat gewiß nicht verzichten wollen. Ob die Russen noch kleine Einflußgebiete um ihre Stützpunkte am Mittelmeer herum verteidigen können, bleibt offen.

GERD MARKMANN

NATO als Friedenstruppe?

ANNALENA ALMA BAERBOCK – ihres Zeichens Außenministerin auf Abruf – versucht sich als Friedensengel. Für den Fall eines Waffenstillstandes zwischen Rußland und der Ukraine bringt sie die Bundeswehr als »Friedenstruppe« der UNO ins Gespräch, die nach einem Waffenstillstand zwischen den Fronten stationiert werden soll.

Wie lächerlich oder zynisch ist es, zu glauben, daß Rußland die Stationierung von NATO-Truppen an der Frontlinie als Beitrag zum Frieden akzeptieren würde? Kriegsminister Pistorius hält das zwar für möglich, aber er verschiebt die Diskussion darüber immerhin erstmal in die Zeit nach der Bundestagswahl.

Der »Effekt« dieses »Friedens-Vorschlages« bestünde darin, daß die NATO auf diese Art und Weise circa 2.000 Kilometer näher an Rußland heranrücken könnte, und zwar bewaffnet!

Kein Wunder, daß die Grünen-Spitze bei der CDU mehr koalitionäre Gemeinsamkeiten feststellt. Frau Baerbock scheint davon auszugehen, daß dem Herrn Lawrow der innewohnende Hintergedanke nicht auffällt.

Wie so etwas ausgeht, kann man aus der jüngeren Geschichte lernen: Während des NATO-Krieges mit deutscher Beteiligung gegen Jugoslawien wurden 1995 in Srebrenica nach offiziellen Aussagen 8.000 muslimische Bosniaken ermordet, wobei die NATO-Schutztruppen aus den Niederlanden die Mörder gewähren ließen.

BERND C. SCHUHMAN

Der Russe

*Auch meine Oma wußte schon:
Schuld ist der Russe und sein Atom.
Ging irgendetwas nicht ganz glatt,
Die Erklärung hatte sie stets parat.*

*Spielte das Wetter mal verrückt,
War der Kuchen nicht geglückt,
Fühlte der Kater sich nicht wohl,
Fehlte im Konsum der Alkohol,
Fielen dem Fritz die Haare aus,
Wurden manche Blätter kraus,
Sprach meine Oma, na Sie wissen schon:
Schuld ist der Russe und sein Atom!*

*Den Schuldigen, den sie benannte,
Dadurch bei uns ein jeder kannte.
Niemals hätte ich gedacht,
Daß das manch einer heut' noch macht.
Und den einzig Schuldigen benennt,
Den Sündenbock, den ein jeder kennt.*

RAINER KROBOTH

Waffenstillstand jetzt?

Jetzt, wo Rußland immer weiter vorrückt und das Kiewer Regime zerfällt? Das wäre ein Geschenk an den skrupellosen Westen und für die Ukronazis. Auch Taurus, obwohl das eher Wahlkampf ist, kann daran nichts ändern. Dann wird alle Welt sehen, was der Westen zerstören will und Deutschland geht auch ohne russischen Gegenschlag den Bach runter. Man braucht nur zusehen und mitschreiben. Das BSW betreibt hier ein zweifelhaftes Spiel, immer opportunistisch mit der Rußland-Schelte, so eigentlich nicht zu wählen. J.

»Drittnachbarpolitik« der Mongolei

Eberswalde (bbp). Kürzlich gab es die 22. Ausgabe des »Diplomatischen Salon - Die Welt zu Gast in Eberswalde«. Gast der veranstaltenden Hoeck-Stiftung war der Botschafter der Mongolei, S.E. Dr. Mandakhbileg Birvaa.

Er sei vor anderthalb Jahren schon einmal in Eberswalde gewesen zu einem Vortrag an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung, hob der Botschafter hervor. Diesmal stellte er sich nach seiner Eröffnungsrede in einem 90-minütigen moderierten Gespräch mit MARTIN HOECK den Fragen der etwa 75 Gäste.

Immer wieder wurde deutlich, wie besonders die geografische Lage der Mongolei ist. Als Binnenstaat mit nur zwei Nachbarn, nämlich Rußland im Norden und China im Süden, ist das Land auf weitere Freunde in der Welt angewiesen. Der Botschafter sprach hier von der sogenannten »Drittnachbarpolitik«. Das bedeutet, daß die Mongolei an guten Beziehungen zu weiteren Ländern, wie Japan, Korea und eben auch zur BRD interessiert ist.

Der Botschafter, der selbst in der DDR studiert und später in Heidelberg promoviert hat,

setzt sich sehr für stärkere wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik ein. Er bedauert, daß Deutsch heute nur noch die fünf- oder sechsthäufigste Fremdsprache in der Mongolei ist, betonte aber auch, daß immer noch mit großem Respekt nach Deutschland geschaut wird, wenn es um Wirtschaftsleistung, Erfindergeist und Qualitätsprodukte geht.

»Für mich ist es wichtig«, so Gastgeber Hoeck, »mit dieser Veranstaltungsreihe zu einem Dialog über andere Länder und Kulturen einzuladen und damit auch die Völkerverständigung zu fördern.« Der offene Austausch trage zum größeren Verständnis von politischen Zusammenhängen in der Welt bei. So schau die BRD »durchaus kritisch auf Länder..., die sich bei der Verurteilung des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine bei der UN enthalten haben«, aber für die Mongolei sei die Enthaltung »ein großer Kraftakt und nicht ohne wirtschaftliches Risiko. Schließlich ist das Land nach wie vor von russischen Energie- und Kraftstofflieferungen abhängig.«



FOTO: THOMAS MATENA

Die Fragen der Gäste waren vielfältig und zum Teil sehr kenntnisreich. Es ging dabei zum Beispiel um Fragen zum Bildungssystem, zum Gesundheitssystem, zum Verhältnis der Stadt- und Landbevölkerung oder auch um die Frage nach der Verkehrsinfrastruktur, die in einem Land von der Fläche viermal Deutschlands und dabei nur der Einwohnerzahl von Berlin besonders herausfordern sein muß. »Es war für alle Beteiligten wieder ein informativer Abend« so Hoeck abschließend.

Begeht Israel Völkermord in Gaza?

Der Vorwurf des Antisemitismus ist leicht zur Hand. Wer sich mit der Frage befaßt, ob Israel durch seine Art der Kriegsführung in Gaza einen Genozid begeht, begibt sich in vermintes Gelände. Wenn er den Vorwurf bestätigt, sieht er sich sofort mit dem Etikett »Antisemit« versehen, weil er Israel dämonisiert und damit zugleich delegitimiert und wegen der »Ausblendung des Vernichtungswillens der anderen Seite« mit zweierlei Maß (double standards) an die Beurteilung herangehe. Damit sind die Kriterien der Drei-D-Regel des Antisemitismusbeauftragten erfüllt und es erübrigt sich die weitere Diskussion.

Dem Hinweis, daß die Klage des Staats Südafrika vor dem International Court of Justice (ICJ) anhängig sei, wird damit begegnet, daß diese Klage doch ein sehr durchsichtiges Propagandamanöver eines sehr fragwürdigen Regimes sei. Wer will sich zu dessen Propagandisten machen (lassen), selbst wenn er einen rassistischen Unterton gegenüber Südafrika heraushört? Ferner sei daran zu erinnern, mit welcher Brutalität der palästinensischen Seite am 7. Oktober der Konflikt begonnen und welche Opfer er gefordert habe. Kurz, Israel mache von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch und die zivilen Opfer seien bedauerliche Kollateralschäden, die man aber hinnehmen müsse. Eine Position, die unsere Außenministerin häufig vorgetragen hat. Von Kriegsverbrechen oder gar Genozid könne gar keine Rede sein. s.o.

AREY NEIER, ehemaliger Leiter von Human Rights Watch, hat sich mit diesem Problem in einem Beitrag in der Zeitschrift New Review of Books* ausführlich auseinandergesetzt und ist schließlich zu dem Schluß gekommen, **daß der Vorwurf des Genozids, den er lange abgelehnt hat, doch gegenüber Israel erhoben werden muß.** Hier Auszüge aus seinem Beitrag und seine Argumentation:

Wie die meisten meiner Kollegen der Menschenrechtsbewegung verwende ich den Begriff »Völkermord« (Genozid) äußerst sparsam. In den 15 Jahren, die ich für Human Rights Watch (HRW), die ich 1978 mitgründete, gearbeitet habe, habe ich den Begriff trotz der vielen großen Verbrechen, die wir untersucht haben, nur ein einziges Mal verwendet: für Saddams Abschlachtung der irakischen Kurden 1988.

Die Kurden hatten unter der Diktatur Saddams schwer zu leiden und während des Irakisch-Iranischen Krieges (1980 -1988) rebellierten sie. Saddam antwortete mit dem Einsatz von chemischen Waffen... Im März 1988 gab es einen besonders schweren Angriff in der kurdischen Stadt Halabja, bei dem 5.000 Menschen getötet wurden. Während der folgenden sechs Monate trieben Saddams Truppen kurdische Männer und Jungen zusammen und brachten sie in die Wüste, wo Bulldozer Gräben in den Sand gezogen hatten. Tausende von Opfern wurden in die Gräben getrieben, mit Maschinengewehren getötet und begraben... Die irakischen Truppen haben ein Dutzend Städte und viertausend Dörfer zerstört, Eigentum verbrannt und bäuerlichen Viehbestand vernichtet. Zehntausende von Frauen, Kindern und Greisen haben sie unter harten Bedingungen in-

haftiert. (HRW konnte 14 Tonnen erbeutetes Aktenmaterial der irakischen Sicherheitsdienste auswerten. H.L.) ...wir kamen dazu, dies als Genozid zu bezeichnen.

In »Die Vernichtung der europäischen Juden« (US-Ausgabe 1961) argumentiert der Historiker Raul Hilberg, daß die Vernichtung eines Volkes »schrittweise erfolgt«. Zuerst wird die Gruppe definiert, dann werden ihr die materiellen Grundlagen entzogen, dann werden ihre Mitglieder in einem Raum konzentriert und schließlich vernichtet. Saddams Feldzug gegen die Kurden, so stellten wir fest, entsprach Hilbergs Muster perfekt. Es erfüllte auch die Definition des Völkermords nach internationalem Recht: »Die Absicht, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder zum Teil zu zerstören.« [...]

Als gegen Ende Dezember Südafrika beim Internationalen Strafgerichtshof (ICJ) seine Klage einreichte, Israel begehe einen Völkermord in Gaza, habe ich mich der Meinung einiger meiner Kollegen in der internationalen Menschenrechtsbewegung nicht angeschlossen, die diese Klage unterstützten.

Die Bombardements von dicht bewohnten Gebieten wirft Zweifel auf, aber...

Ich war zutiefst verzweifelt wegen Israels Bombenangriffen, vor allem wegen des häufigen Einsatzes von 200-500 Pfundbomben - von den USA geliefert - in dicht bewohnten Gebieten, wodurch viele Nichtkombattanten getötet

wurden... Unter den gegebenen Umständen ist der Einsatz dieser Waffen offenkundig nicht angemessen. Dennoch war ich nicht davon überzeugt, daß dies einen Genozid konstituiert.

Liegt die Verantwortung dafür nicht bei der HAMAS?

Ich glaubte damals und glaube das auch noch heute, daß Israel das Recht hatte, Vergeltung für den mörderischen Amoklauf des 7. Oktober zu üben. Ich glaubte auch, daß Israels Vergeltungsmaßnahmen den Versuch darstellen könnten, Hamas so zu schwächen, daß sie nicht weiter zu solch einem Angriff in der Lage wären. Die Anerkennung des Rechts auf Vergeltung mindert nicht Israels Schuld beim rücksichtslosen Einsatz von Waffen und Taktiken, die zu außerordentlichen Opfern bei der Zivilbevölkerung geführt haben, aber ich glaube, daß Hamas einen großen Teil der Verantwortung für die israelischen Kriegsverbrechen trägt. Als die Hamasführung den Angriff plante, wußte sie, daß Israel die extremste rechtsgerichtete Regierung in der Geschichte Israels hatte, auf Kosten der Zivilbevölkerung in Gaza.

(Es folgen Verweise auf die Tatsache, daß die Hamaskämpfer keine Uniformen tragen, über keine sichtbaren Basen verfügen, sondern unter der Zivilbevölkerung leben und das Tunnelnetz es ermöglicht, rasch die Standorte zu wechseln. H.L.)

Selbst wenn bei den israelischen Bombenangriffen versucht werde, den Schaden an der Zi-

Ellen Auerbach und Lea Grundig in Palästina 1933-1948



ELLEN AUERBACH: PORTRAIT EINER JUNGEN AUERBACH, 1933-36. ADK, BERLIN.



LEA GRUNDIG: MELKERIN (RUTH), 1946. TUSCHKE, AKADEMIE DER KÜNSTE, BERLIN.

Ausstellung

24.1. – 27.4.2025

Museum Eberswalde

Steinstraße 3 · 16225 Eberswalde

Die Künstlerinnen Ellen Auerbach und Lea Grundig waren aufgrund ihrer jüdischen Herkunft und politischen Überzeugung gezwungen, Deutschland 1933 zu verlassen und in Palästina Zuflucht zu suchen. Ihre Zeit im dortigen Exil ist Thema der Ausstellung im Museum Eberswalde in Kooperation mit der Akademie der Künste.

vilbevölkerung zu minimieren, wird sich das schwierig gestalten bei dem Versuch, Hamas zu zerstören.

Die fortgesetzte Behinderung der humanitären Hilfe ist genozidal

Doch, selbst wenn ich das glaube, bin ich nun davon überzeugt, daß Israel einen Genozid am palästinensischen Volk begeht. Was mich zu einem Umdenken bewogen hat, ist die fortgesetzte Politik, humanitäre Hilfe in Gaza zu behindern bzw. ganz zu unterbinden. (Verweis auf: Neve Gordin und Muna Haddad, The Road to Famine in Gaza. nybooks März 2024)

Bereits am 9. Oktober 2023 erklärten Spitzenbeamte, daß sie die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Strom unterbinden werden. Die berühmten Worte des Verteidigungsministers Yoav Gallant: »Ich habe eine totale Belagerung des Gazastreifens befohlen. Es wird keinen Strom, keine Lebensmittel, keine Brennstoffe geben, alles ist dicht. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und verhalten uns entsprechend.«

Diese Äußerung beinhaltet die Sichtweise, die Israels Ansatz während des ganzen Konflikts zu leiten scheint: Gazas Bevölkerung ist kollektiv verantwortlich für die Verbrechen der Hamas vom 7. Oktober.

Seitdem hat Israel die Zahl der Fahrzeuge, die nach Gaza einreisen können, begrenzt, die Zahl der Grenzübergänge reduziert und zeitaufwendige und überflüssige Inspektionen durchgeführt, Bauernhöfe und Gewächshäuser zerstört, die Zufuhr von Öl und Benzin, das für den Transport von Nahrungsmitteln benötigt wird, und die Versorgung mit Wasser eingeschränkt; mehr als zweihundert palästinensische Helfer, darunter viele Beschäftigte der UNRWA getötet...

Am 10. April 2024 antwortete die Leiterin der USAID Samantha Power mit »Ja« bei der Anhörung des Auswärtigen Ausschusses auf die Frage, ob eine Hungersnot in Gaza bereits erkennbar sei...

Bis zum Zeitpunkt des Schreibens wurden 34.904 Palästinenser getötet, darunter mindestens 14.685 Kinder und 9.670 Frauen und weitere 78.514 wurden verletzt...

Die Unterbindung von humanitärer Hilfe trifft die Hamaskämpfer nicht direkt. Selbst bei einer Hungersnot finden Bewaffnete immer Wege, satt zu werden. Diejenigen, die für die Hamasverbrechen überhaupt nicht verantwortlich sind, leiden am meisten.

Alle Zugänge zum Gebiet werden von den israelischen Streitkräften kontrolliert, die israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und internationalen Organisationen wie HRW und Amnesty International den Zugang verweigern.

eingeleitet und übersetzt von
HARTMUT LINDNER

* Arey Neier, Is Israel Committing Genocide? NYRoB, 6. Juni 2024

Ein wegweisender Schuldspruch aus Virginia:

Entschädigung für US-Folteropfer

42 Millionen US-Dollar Strafe für US-Militärpartner CACI

Ein Bundesgericht in Virginia hat CACI Premier Technology, einen Vertragspartner der US-Armee, zur Zahlung einer Geldstrafe von 33 Millionen US-Dollar und von je 3 Millionen Dollar Schadenersatz an drei Iraker verurteilt, die im berühmten Gefängnis ABU GHRAIB gefoltert wurden.*

Zum ersten Mal wird ein Vertragspartner der US-Armee für die grausamen Mißhandlungen in Abu Ghraib zur Rechenschaft gezogen. »Zu den Praktiken gehörten Mord, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen, der Einsatz von Kampfhunden, lange Isolationshaft, Nahrungsentzug, Unterkühlung, Scheinhinrichtungen und Erniedrigung.« (Amy Goodman).

Baher Azmy, der Leiter der Rechtsabteilung des CENTER FOR CONSTITUTIONAL RIGHTS (Zentrum für in der Verfassung garantierte Rechte), führt dazu aus:

»In diesem Rechtsstreit ging es um Gerechtigkeit und die Übernahme von Verantwortung für die Mißhandlung von drei Irakern, unsere Klienten, Salah, Suhail und Asa'ad, die einzigartigen Mut und Ausdauer bewiesen haben, in einem sechzehn Jahre dauernden Kampf, in dem sie zahllose Hürden, die CACI ihnen in den Weg stellte, überwunden haben, um endlich von einer Jury gehört zu werden.

Das ist auch das erste Mal in den zwanzig Jahren seit dem 11. September (2001), daß eine Jury die Möglichkeit hatte, die US-Praktiken, in diesem Fall eines privaten Vertragspartners des Militärs, zu untersuchen und darüber zu urteilen. Dabei gibt es eine schrecklich große Zahl an Mißhandlungen und viele, viele Dutzende von weiteren Folteropfern. [...] 2003 wurde CACI von der US-Regierung damit beauftragt, »Verhörspe-

zialisten« nach Abu Ghraib zu entsenden. Sie haben eine Reihe höchst unqualifizierter Leute geschickt. Die beiden Qualifizierten waren Whistleblower, die CACI darüber informierten, daß sie Mißhandlungen beobachtet haben und deshalb aussteigen mußten. [...]

Und dann hat sich herausgestellt, daß die »Verhörspezialisten« von CACI die Kontrolle in Abu Ghraib übernahmen und den Militärpolizisten befahlen, die Gefangenen »aufzuweichen« für Verhöre, die meist nachts geschahen. Unsere Klienten haben alle die Mißhandlungen erfahren, die man von den Bildern kennt. Einige der Militärpolizisten sind später vor ein Militärgericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt worden. [...] Die Generäle, die später Abu Ghraib untersuchten, waren entsetzt. [...] Die Militärpolizeinheiten, die in das CACI-Programm eingebunden waren, wurden aufgelöst. Nur CACI wurde nie zur Rechenschaft gezogen, bis zu diesem Urteil. [...]

Die Jury hat jedem der drei Kläger 3 Millionen US-Dollar Schadenersatz zugesprochen und CACI zu einer Strafzahlung von 33 Millionen Dollar verurteilt, denn CACI war für die Mißhandlungen verantwortlich. [...]

Das Urteil ist ein kleiner Sieg im Kampf um Menschenrechte in diesem weltweiten Krieg gegen den Terror.«

übersetzt und zusammengefaßt von
HARTMUT LINDNER

* Meldung vom 14.11.2024 auf Democracy Now.org. Democracy Now ist eine NGO aus New York, die aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen verfolgt und kommentiert. Die Beiträge sind im Netz abrufbar.

Streifzüge 90: Kapitalismus forever?

Ist die Herrschaft von Markt und Staat, von Arbeit, Leistung, Geld, Standort, Krieg, Naturzerstörung zu erschüttern? Nein, sollte man meinen und mag manchmal durchaus zweifeln ob der Offensichtlichkeit von Unterdrückung, schlechtem Geschmack und mentaler Misere.

Franz Schandl: Kaufen. Aus den Skizzen zum sozialen und mentalen Universum der Ware

Peter Klein: Diagnose eines individuellen Defekts oder Aufschieberitis als Krankheit?

Hendrik Wallat: Abgründe progressiver Sozialforschung. Über die systematische Verkehrung des Theorems des strukturellen Antisemitismus

Reimer Gronemeyer: Wer hat sich das ausgedacht? Geburtsfehler der Dienstleistungsgesellschaft

Hermann Engster: Gretel und Hänsel

Stefan Meretz: Der kapitalistische Computersozialismus

Emmerich Nyikos: Korrektur der Korrespondenzen oder: Das gewisse Missverhältnis im privaten wie öffentlichen Raum als kapitalinduzierte Erscheinung

Lorenz Glatz: Festung Europa und Remigration!

– Politik auf dem Marsch nach rechts

Andreas Urban: Von Kriegstreibern und Lumpenpazifisten. Rezension zu: Gerald Grünekle

»Nur die Lumpen werden überleben«

Hermann Engster: Schriftsteller, Theatermann, Politiker. Rezension zu: W. Daniel Wilson »Göthe und die Juden«

Götz Eisenberg: »Sein Haupt fiel auf den ersten Hieb« – Vor 200 Jahren wurden die Posträuber aus der Subach in Gießen hingerichtet

Franz Schandl: Die Umstrittenen und die Unumstrittenen. Anmerkungen zur Misere der Volkabulatur

Petra Ziegler: Ein Anfang kurz vor dem Ende?

Am 29. November fand im Pflegeheim der Diakonie Werneuchen das traditionelle Weihnachtssingen statt, das vom Verein GEMEINSCHAFT WERNEUCHEN E.V. in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern organisiert wurde. Neben einem festlichen Marktstand, der mit Grill und Getränken aufwartete, sorgte stimmungsvolle Musik für eine besinnliche Atmosphäre.

In diesem Jahr überraschte der Verein die Bewohner mit einem ganz besonderen Highlight: Zwei Engel von der Agentur »Engel in Berlin« schwebten in den Hof und bereicherten die feierliche Veranstaltung. Mit ihrer

Winteröffnungszeiten

Mit Beginn der Winterzeit paßt die BEST BERNAUER STADTMARKETING GMBH die Öffnungszeiten ihrer Einrichtungen für die Zeit bis zum 30. April an. Die Tourist-Information Bernau in der Bürgermeisterstraße informiert nun Dienstag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr sowie Samstag von 10 bis 14 Uhr interessierte Gäste zu Veranstaltungen, Ausflugstips und vielem mehr. Montag und Sonntag bleibt die Tourist-Information geschlossen.

Das Besucherzentrum für das UNESCO-Welterbe Bauhaus in der Hans-Wittwer-Straße ist Mittwoch bis Sonntag von 11 bis 16 Uhr offen und freut sich über den Besuch von Neugierigen und Bauhausenthusiasten. Montag und Dienstag ist das Besucherzentrum geschlossen. Gruppenführungen sind auf Anfrage auch außerhalb der Öffnungszeiten möglich. Die Galerie Bernau in der Bürgermeisterstraße empfängt Mittwoch bis Freitag von 10 bis 18 Uhr und Samstag von 10 bis 14 Uhr Kunstinteressierte und lädt zum Betrachten zeitgenössischer Kunst ein. Montag, Dienstag und Sonntag ist die Galerie geschlossen. Weiterhin sind Schließzeiten während des Ausstellungsumbaus zu beachten. Eine Ausstellung mit Fotografien von Micha Winkler findet vom 19. Oktober bis 14. Dezember statt. Andrew Rumball stellt vom 8. Februar bis 29. März 2025 aus, gefolgt von Marina Resende und Jakob Wirth vom 12. April bis 24. Mai 2025. Auch das Atelier der Galerie Bernau bietet in den Wintermonaten wechselnde Ausstellungen lokaler Kunstschaffender.

Weitere Infos unter www.best-bernaue.de.

NILS LÖNNIES

Mija

Unfaßbar traurig
In Worte nicht zu fassen
Warum?
Es gibt kein Warum
Natur ist so
Natürlich
Normal
Unfaßbar normal

Gemeinschaft Werneuchen e.V.:

Weihnachtliche Überraschungsaktion

herzlichen und witzigen Art sangen und tanzten sie gemeinsam mit den Bewohnern, Angehörigen und Gästen rund um den festlich geschmückten Weihnachtsbaum und zauberten strahlende Augen in die Gesichter aller Anwesenden.

Die Weihnachtsüberraschungsaktion im Diakoniezentrum Werneuchen hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig das Miteinander und die Freude, die wir teilen können, insbesondere in der besinnlichen Weihnachtszeit, sind. Der Verein GEMEINSCHAFT WERNEUCHEN E.V. setzt sich weiterhin dafür ein, das Leben

der Werneuchener Bürger durch besondere Aktionen zu bereichern und zu gemeinschaftlichen Erfahrungen einzuladen.

Das Weihnachtssingen ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Vereinsaktivitäten und wird auch im kommenden Jahr fortgesetzt. Die GEMEINSCHAFT WERNEUCHEN blickt motiviert auf neue Aktionen und freut sich über zahlreiche neue Mitglieder, die gemeinsam das Miteinander in Werneuchen weiter gestalten möchten.

SABINE BÜTTNER

www.gemeinschaft-werneuchen.de

Festlicher Dorfeingang von Lichterfelde



FOTO: GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V.

Am Samstag vor dem 1. Advent haben Mitglieder des Vereins GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. wieder den Ortseingang von Lichterfelde weihnachtlich geschmückt. Die Blumenkästen auf der Verkehrsinsel wurden mit Tannengrün bestückt und anschließend wurde Weihnachtsdekoration angebracht. Weihnachtsmänner, Schneemänner und viele Tannenbaumkugeln begrüßen nun alle Auto- und Fahrradfahrer, die nach Lichterfelde heireinkommen. Auf einem großen Banner wünscht der Verein allen Lichterfeldern und Besuchern »Frohe Weihnachten«. A.H.

Der Buchtip:

Ein kleiner Hund auf Weltreise

Dieses Buch erzählt die Geschichte des Hundes Shailo, der durch ein großes Mißverständnis von seinem liebsten Menschen getrennt wird und auf einem Handelsschiff um die halbe Welt reist. Schon sehr bald ist Kapitän Alexander total verliebt in seinen neuen Freund. Er gibt ihm den Namen »Mogli«, macht ihn mit fremdartigen Tieren bekannt und kann es kaum begreifen, wie er sich selbst verändert durch Moglis grenzenlose Liebe. Er hätte sogar auf sein Kapitänspatent verzichtet, jedoch niemals auf seinen Hund. Nach einem langen Jahr auf See kehren sie zurück zum Heimathafen in Rostock und Mogli fährt Alexander zu seiner alten Familie. Die Angst,

seinen geliebten Freund zu verlieren, läßt den Kapitän beinahe verzweifeln. Da niemand wirklich Schuld hat an dem, was vor einem Jahr geschehen ist, überlassen die Menschen dem Hund die Entscheidung, an wessen Seite er sein weiteres Leben verbringen möchte.

Kinderbuch von M. Christina Kay: Wie Shailo wieder nach Hause kam. Illustrationen: Ines Klisch, 82 Seiten, ISBN 9798868472282



Bild: Shailo.jpg --> neu einscannen

Schuldenberatung in Europa – Teil 8: Polen

Schweizer Kredite sind ein Problem

Die Republik Polen (36,8 Mio. Einwohner) ist ein direkter Nachbar Deutschlands und grenzt an Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Die größten Städte sind die Hauptstadt Warszawa (Warschau), Krakow, Łódz, Wrocław, Poznan und Gdansk.

Es gibt einen regen Grenzverkehr zwischen Ahlbeck und Swinoujscie (Insel Usedom), Frankfurt/Oder und Slubice, Angermünde und Szczecin. Deutschland ist der größte Handelspartner Polens sowohl im Export wie im Import. Die Anzahl der in der BRD lebenden Polen beträgt circa eine Million. Seit 2004 ist Polen Mitglied der Europäischen Union, hat aber seine Währung, den polnischen Zloty, beibehalten (Kurs: 1 Euro = 4 Zloty).

Die römisch-katholische Kirche hat großen Einfluß in Polen. 87 % der polnischen Bevölkerung sind römisch-katholisch. Aufgrund der katholischen Prägung war und ist der Antisemitismus in Polen stark ausgeprägt. KAROL WOYTYLA war als Johannes Paul II. der erste polnische Papst in der Geschichte Polens und hatte einen immensen Einfluß.

Die Arbeitslosenquote lag in Polen 2023 bei circa 2,7 %, die Unternehmensgewinne bei rund 10 %.¹ Laut der Forbes-Liste ist die reichste Person in Polen MICHAEL SOLOWOW (Chemische Industrie und Sanitärkeramik) mit einem Vermögen von 4 Milliarden US Dollar, gefolgt von JERZEY STARAK (Pharmaindustrie) mit 3,6 Milliarden und TOMASZ BIERNACKI (Lebensmittelhandel) sowie ZYGMUNT SOLORZ-ZAK (Fernsehsender »Polsat«) mit jeweils 3,2 Milliarden.

Diesem Reichtum ist der Anteil der Armen gegenüberzustellen. In Polen beträgt der von Armut bedrohte Bevölkerungsanteil (nach Sozialleistungen) im Jahr 2023 insgesamt rund 14 Prozent.

Polen liegt damit unter dem EU-Durchschnitt (16,2 %) und auch unter dem der BRD (14,4 %).² Vor der Zahlung von Sozialleistungen beträgt der Armutsgefährdungsanteil in der BRD 24,7 % und in Polen 21,9 %. Der nationale Schwellenwert für Armutsgefährdung liegt in der Bundesrepublik bei 15.765 Euro im Jahr (1.313,75 Euro im Monat), in Polen bei etwa 250 Euro im Monat.

Für fast eine halbe Million Männer, Frauen und Kinder in Polen verschlechterte sich 2018 die finanzielle Lage so sehr, daß sie unter das Existenzminimum von umgerechnet rund 130 Euro fielen. Zwar erhalten die meisten dieser extrem Armen Sozialhilfe, Kindergeld oder Behindertenpensionen, doch die staatlichen Zuschüsse reichen nicht, um ein auskömmliches Leben zu führen, wenn nicht mindestens eine Person pro Haushalt auch einer geregelten Arbeit nachgeht.

Welche Hilfen gibt es nun jenseits der Transferzahlungen für arme und überschuldete Menschen in Polen?

Es gibt rund 1.500 Zentren für kostenfreie Rechtshilfe. Seit 2022 hat die Regierung für diese Zentren die Spezialisierung von Anwälten organisiert, die sich zum Beispiel auf das Insolvenzrecht, die Vermittlung von ausländischen Krediten und die Hilfe bei Überschuldung konzentrieren, wobei die Hilfe für Personen garantiert wird, die angeben, daß sie kein Geld haben, um die Kosten für professionelle Anwälte zu decken – »*Punkty Nieodpłatnej Pomocy Prawnej*«.

In jeder Woiwodschaft gibt es einen Ombudsmann, der bei (finanziellen) Problemen mit Krediten angesprochen werden kann. Psychologische Hilfe leisten die Kriseninterventionszentren »*Osrodku Interwencji Kryzysowej*«. Eine andere Möglichkeit, mit privaten Schulden umzugehen, besteht darin, Schlichtungsverfahren zu verwenden, bei denen Experten bei den Verhandlungen mit Gläubigern helfen. Es gibt drei Hauptverfahren der kostenlosen außergerichtlichen Einigung.³

Ein besonderes Problem in Polen – aber auch in anderen osteuropäischen Ländern – stellt die Inanspruchnahme von Krediten in Schweizer Währung dar. In Polen und anderen osteuropäischen Ländern waren Kredite in Schweizer Franken besonders ab dem Jahr 2004 beliebt. Die Banken boten sie zu einem wesentlich günstigeren Zinssatz als Kredite in der heimischen Währung Zloty an. Das böse Erwachen für die Immobilienkreditnehmer kam später: Infolge der Wirtschaftskrise 2008 stieg der Kurs des Schweizer Franken. Eine weitere Aufwertung im Vergleich zum Zloty erfuhr die Schweizer Währung 2015 nach der Abkoppelung vom Euro. Für die polnischen Kreditnehmer stiegen die monatlichen Ratenzahlungen drastisch an – in vielen Fällen übersteigt das Volumen der Hypothek den Wert der Immobilien.

Die »*Frankowicze*«, wie sich die mehreren Hunderttausend gut organisierten Betroffenen nennen, argumentierten, daß viele Klauseln in ihren Kreditverträgen nicht in Ordnung gewesen seien. Viele dieser Verträge wurden von Gerichten bereits für nichtig erklärt. Jetzt hat auch der Europäische Gerichtshof ein Urteil gefällt, daß betroffene Kreditnehmer unter Umständen eine Entschädigung von Banken verlangen können, wenn der Darlehensvertrag über eine Hypothek wegen mißbräuchlicher Klauseln für nichtig erklärt wird.⁴

Für die polnischen Banken bedeutet dies, daß sie hohe Rückstellungen für das rechtliche Risiko der Frankenkredite bilden müssen.



Ein-Zloty-Münze von 1929, mit dem Wappentier Polens, wie es erneut seit 1989 auf Münzen geprägt wird
BILDQUELLE: DE.WIKIPEDIA.ORG

Die polnische Finanzaufsichtsbehörde schätzte, daß durch das Urteil des EuGH auf den Bankensektor Kosten von 100 Milliarden Zloty (22,5 Milliarden Euro) zukommen könnten. Sie schloß eine Bankenkrise nicht aus.

Dr. DIETER KORCZAK

1 – Eures; Tradingeconomics 2024

2 – Eurostat 2024

3 – www.knf.gov.pl/dla_konsumenta/Ochrona_klienta_na_rynku_uslug_finansowych/sad_polubowny_przy_KNF oder rf.gov.pl/polubowne/ oder zbp.pl/dla-konsumentow/arbitrer-bankowy/dzialalnosc

4 – EuGH, Urteil vom 15.06.2023 C-520/21

Scheckkartenkalender 2025

Die Tourist-Information Bernau setzt ihre Tradition fort und gibt auch für 2025 einen neuen Taschenkalender im handlichen Scheckkartenformat heraus. Seit 1995 erfreuen sich die Kalender mit Stadtansichten des Künstlers Utz Gennermann großer Beliebtheit und sind inzwischen zu begehrten Sammlerstücken geworden.

Die 29. Ausgabe des Kalenders zielt ein Aquarellbild der Louis-Braille-Straße, das die malerische Atmosphäre dieser historischen Straße in Bernau bei Berlin einfängt. Gäste aus der Region und darüber hinaus kommen jedes Jahr eigens in die Tourist-Information, um sich die neueste Ausgabe der beliebten Kalenderreihe zu sichern.

UTZ GENNERMANN war viele Jahre als Mitarbeiter des Bernauer Heimatmuseums tätig und prägte das kulturelle Leben der Stadt nachhaltig. Mit seinem künstlerischen Schaffen hinterließ er in Bernau bleibende Spuren. Zu seinen Werken zählen unter anderem das Ehrenzeichen der Stadt, Kulissenentwürfe für das Schwertkämpfertreffen sowie kalligraphische Einträge im »*Goldenen Buch*« der Stadt.

Die neuen Scheckkartenkalender sind, solange der Vorrat reicht, kostenlos in der Tourist-Information Bernau erhältlich.

Schweyk zum neuesten Beschaffungsskandal

Über 825 Millionen für neue Uniformen, nicht für Waffen und Munition!

Das war mal wieder eine Steilvorlage für den etwas schweigsam gewordenen Schweyk. Ich hatte ihn aus den Augen verloren und mir schon Sorgen gemacht. Da erreichte mich eine neue Lieferung aus dem AGA, das immer noch aktiv ist – trotz des Mißmanagements der Ampel. Ich nehme an, daß es die Leute im AGA waren, die das Ausstiegsszenario der FDP aus der Ampel kopiert und durchgestochen haben. Sind eben solide Gewährsleute, bleiben aber anonym, und das ist gut so. HARTMUT LINDNER

Also der Ampel bleibt auch nichts erspart, keine Pleite folgt der anderen. Die Krisenmanager haben Hochkonjunktur und die Satire hat es wieder einmal schwer, denn was die sich da im Verteidigungsministerium, vor allem im Beschaffungssamt so leisten, ist nicht zu toppen. Das kann man gar nicht mehr zuspitzen, soviel Phantasie hat kein Mensch, um da mithalten zu können. Das ist schon Satire pur, aber nicht von irgendeinem Hallodri, sondern von wohl bestellten Spitzenbeamten und Einserjuristen im Bundesamt, wo sie dort bevorzugt einstellen.

Jetzt ist es raus, jetzt ist es bekannt geworden und wird genüßlich überall kommentiert, die kaputtgesparte Bundeswehr, die der Bundeskanzler mit einem Wumms von 100 Mrd. Sondervermögen ausstattete, um die ärgsten Engpässe zu beheben und in diesen schwierigen Zeiten auch die Abschreckungswirkung der Grauröcke wiederzuerlangen, möchte das Geld in erster Linie für neue Ausgehuniformen ausgeben. Die Armee ist zwar im Vergleich zu früher mit kaum 190.000 Mann und ein paar Frauen klein, aber wenn man sie neu einkleiden will, dann kann das ganz schön teuer werden.

Das habt ihr von eurer Parlamentsarmee, ihr müßt sie ausstatten! Mit allem! Mit Schuhen und Strümpfen, Unterwäsche und Wollpullovern, mit Jacken und Hosen, Taschentüchern und Handschuhen. Ein Soldat braucht eben im Einsatz mehr als einen schlichten Uniformrock.

Früher, das können's in den Memoiren der Herren nachlesen, da mußte man z.B. als Einjährigfreiwilliger für seine Montur selbst aufkommen. Das war damals schon teuer, aber nicht für den Staat, sondern für den Rekruten, der deshalb ständig seinen Eltern in den Ohren lag, ihm doch etwas Geld zu schicken, für dies und das, was er unbedingt brauchte, weil es wieder ins Manöver ging.

Ich will sie ja gar nicht mit der Uniformgeschichte des Hauptmanns von Köpenick lang-

weilen, aber ich sage Ihnen, das ist alles richtig, der Zuckmeyer kannte sich nämlich im Militär gut aus, war selbst ein Gedienter, ein Kriegsfreiwilliger 1914. Das sollte sich in diesen Zeiten die Jugend mal als Vorbild nehmen, diesen Literaten, wo jetzt der Pistorius vor der selbstgestellten Aufgabe steht, die Armee kriegsbereit zu machen und keine Leute hat und noch viel weniger Geld.

Jetzt ist das Geschrei groß, daß es in der Armee an allem fehlt, wo die Kriegsführung doch auch noch hybrid erfolgt, wie es in der Zeitung steht. Das sind ganz neue Moden.

Neue Uniformen? Ja, die müssen sein. Das war schon immer so.

Auch zu meiner Zeit, als ich noch Putzleck war beim Oberleutnant Lukasch. »Schweyk«, hat er zu mir gesagt, »haltens meine Uniform schön in Ordnung. Da darf kein Knopf fehlen, das muß alles tadellos sein.«

Ja, sie sahen schon schmuck aus unsere Herren Offiziere, wenn sie mitten im Tromelfeuer unbeirrt zur Knopfkontrolle in den Schützengraben stiegen, gestieft und gespornt, das Monokel im Auge, damit ihnen auch nichts entgeht.

In Kundus sahen die Bundeswehrsoldaten manchmal so aus wie die Taliban, wenn sie sich einen Kaftan im Basar kaufen mußten, weil es kalt und zugig war am Hindukusch. Wenn die Waschmaschinen im Feldlager in Kundus ausgefallen waren, weil sie überlastet waren oder weil der Diesel für die Notstromaggregate fehlte, den die Taliban abgezweigt hatten – sprechen's einmal mit dem Veteranenvertreter, nicht bei der Anhörung im Verteidigungsausschuß, sondern danach, sagen wir in der Bundestagskantine beim Bier. Da können's Dinge erfahren, die glauben Sie nicht. Deshalb kommt das auch nicht im Ausschuß zur Sprache. Aber so ein Talibanoutfit war eben eine schöne Einladung für friendly fire, auf das ganz unfreundlich geantwortet wurde mit dem G3 von Heckler und Koch. Naja, viel Schaden konnte damit ja nicht an-

gerichtet werden. Zielen konnte man schon mit dem G3, aber treffen selten. Lesen's doch mal die Kommentarspalten in den online-Tagebüchern der Veteranen, da finden's einiges, was gar nicht zu der offiziellen Darstellung von der Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch paßt.

Als die beiden von den Taliban entführten Tanklastwagen im Kundusfluß festsaßen, da hatte der Oberst Klein zwar einige zuverlässige Informanten in der Nähe, aber keine Fahrer zur Hand, die die Tanklastwagen hätten wieder flott kriegen und aus dem Morast freischaukeln können, nachdem man die Taliban vertrieben hatte. Also blieb ihm nur der Einsatz der Bomben, das waren aber amerikanische, wie ja auch die Flugzeuge, die sie abgeworfen haben, zur US-Luftwaffe gehörten.

Die amerikanischen Piloten wollten gar nicht die Bomben abwerfen, sondern rieten zu einem Überflug in niedriger Höhe einer show of strength, wie sie es nennen, um die Taliban zu verjagen, aber davon wollte der Oberst Klein nichts wissen. Im Untersuchungsausschuß hat er seinen Kopf dafür hingehalten, wobei gar nicht klar ist, ob es wirklich seine Idee und sein freier Wille waren, denn so hieß es gelegentlich, es sei noch ein Beamter des BND im Dienstzimmer des Klein gewesen, ein hochrangiger.

Aber dafür, daß der Klein seinen Kopf hingehalten hat im Untersuchungsausschuß, ist er ja zum Brigadegeneral befördert worden. Schließlich ist der Einsatz in Kundus nicht so gelaufen, daß man den Oberst dafür hätte befördern müssen. Das hat den Bund immerhin eine halbe Million gekostet – 5.000 Dollar für jedes Opfer. Da hat der Oberst Glück gehabt, daß der Prophet seinerzeit, als er die religiösen Erleuchtungen hatte, auch gesagt hat, daß man Vergeltung auch in Form von einer Geldzahlung annehmen könne. Das können's schon in Sure 2, Vers 173 nachlesen. Das hat den Oberst Klein vor der Blutrache, die man in Afghanistan auch noch kennt, gerettet.

Aber es wär schon schad, wenn sich die neu eingekleidete Armee in der Ukraine oder in Moldawien in den Dreck legen müßte. Das sollte dem Herrn Pistorius zu denken geben. Vielleicht ist diese Debatte am Ende doch ein Beitrag zur dringend notwendigen Abrüstung. Wer weiß? Schaden tät's nicht. Dann wären die 825 Millionen Euro gut angelegtes Geld.

Küß die Hand! Wir seh'n uns am Freitag nach'm Krieg um sechs in Prag im Kelch.

Galerie Fenster: Wir zeigen in unseren oberen Räumen in der Prignitzer Straße 50 im Brandenburgischen Viertel in Eberswalde aktuell Arbeiten auf Papier von URSULA STROZYNSKI und in unserem Kabinett im Erdgeschoß Objekte aus Bronze, Terrakotta und Holz von ANNE OCHMANN. Im neuen Jahr laden wir am Sonntag, dem 5. Januar, 14 Uhr ein zum »Galerie-Sonntag mit Klavier«: BERNSTEINZIMMER (Eine Klangwelt, die Natur, Tradition und moderne Musik vereint). Am Donnerstag, dem 9. Januar, gibt es um 19 Uhr das Galeriegespräch zu den aktuellen Ausstellungen mit Ursula Strozynski und Anne Ochmann. Offen ist die Galerie bereits ab 17 Uhr. Der folgende Sonntag, der 12. Januar, wird ab 14 Uhr zum »Galerie Sonntag mit Klavier«: Madame Désastre aka Marie-Elsa Drelon (Französische Chansons). Öffnungszeiten der Galerie: donnerstags 17-20 Uhr + sonntags 14-17 Uhr, zu den Veranstaltungen und darüber hinaus zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten nach Vereinbarung. Vom 23.12.2024 bis zum 4.1.2025 bleibt die Galerie geschlossen. UDO MUSZYNSKI

Sind BRD-Wissenschaftler wirklich richtige Wissenschaftler?

In letzter Zeit kann man viel aus den Qualitätsmedien erfahren, auf welchen Gebieten es mit der BRD irgendwie nicht mehr vorwärts, sondern bergab geht. Merkwürdigerweise wird dabei selten über die Wissenschaft in diesem Land berichtet. Wenn das dennoch der Fall sein sollte, dann wird BRD-Wissenschaft benutzt, um politische Entscheidungen zu rechtfertigen.

Wissenschaft dient in der BRD nicht dazu, irgend etwas Wahres oder Brauchbares zu erforschen, sondern Wissenschaft wird benutzt, um die aktuelle Politik zu unterstützen. Ein solcher Denkansatz hat schon vor mehr als 400 Jahren nicht funktioniert. Man kann das nachlesen bei dem irischen Schriftsteller Jonathan Swift in dem Buch Gullivers Reisen. In dem Kapitel Reise nach Laputa besucht Gulliver die Akademie in einem fiktiven Land. Er beschreibt die Tätigkeit und das Arbeitsgebiet der Professoren und Künstler in diesem Land. Dabei kritisiert er diese sinnlose Forschung der Akademie satirisch. Ähnlichkeiten mit der BRD-Forschung mögen zufällig sein.

Hier kann nicht der ganze Mißstand der BRD-Wissenschaft dargestellt werden. Auch die »Meisterleistung« der BRD-Wissenschaftler bezüglich der Coronapandemie wird hier ausgeklammert. Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf Leistungen von BRD-Wissenschaftlern, denen in den Qualitätsmedien eine besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde.

Da gibt es die Politikwissenschaftler, die sich häufig äußern. Was dann aber dem Medienverbraucher durch diese Berufsgruppe angeboten wird, ist oft nur ein Kommentar zu dem üblichen Parteiengzänk der demokratischen BRD-Parteien. Richtige interessante Probleme beispielsweise, wie wirkt sich der Einsatz von Quotenfrauen auf das geistige Ni-

veau der BRD-Wissenschaft aus, werden nicht erforscht. BRD-Wissenschaftler selber zeigen gelegentlich in den Medien, daß sie keine richtigen Wissenschaftler sind.

Ein Beispiel: Am 4.4.2024 erklärte der Grünen-Politiker BLOSS, die Inflationsrate habe im März den niedrigsten Stand seit drei Jahren erreicht – die Preise sinken weiter. Nun ist das die Aussage eines Politikers der Grünen und man muß ihm das verzeihen, er kann nichts dafür. Schlimm ist jedoch, daß der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und Politikberater, MARCEL FRATZSCHER diesbezüglich erklärte, daß die Preise bei einer Inflation von 2,2 Prozent »nicht mehr steigen«. Das zeigt, der Chef des DIW als einer der führenden BRD-Wissenschaftler, hat keine Vorstellung davon, was Inflation ist.

Auch aus dem Bereich der Naturwissenschaften gibt es die Unsinn-Verkündenden. Einer davon ist der inzwischen ausgemusterte Brandenburger, aber aus Bayern importierte Vorzeigewissenschaftler, Steuergeldverschwender HANS JOACHIM SCHELLNHUBER vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung (PIK). Dieser erfand 2008 die Kippunkte für katastrophale Klimaveränderungen. Nach seiner Theorie gab es zunächst 16 Kippunkte für das Klima. Aktuell sollen es nun 25 Kippunkte sein. Wie viele gibt es nun wirklich? Was diese Kippunkte für das Klima bedeuten, bleibt ne-

bulös. Wird es nach Eintreten eines Kippunktes kein Klima mehr geben? In welcher Reihenfolge werden diese Kippunkte vorkommen? Welcher wird der erste sein? Solche Fragestellungen werden von Bürgern mit allgemeiner guter polytechnischer Ausbildung aus DDR-Zeiten als sinnvoll betrachtet. Kann diese Forschung von Schellnhuber diese Fragen nicht beantworten, dann ist sie Blödsinn.

Besser ist auch einer seiner Nachfolger, der Experte OTTMAR GEORG EDENHOFER, nicht. Auch der hat kein physikalisches Modell zur Ursache der Erderwärmung, die ja eigentlich die Erwärmung der Erdatmosphäre meint. Er betrachtet den durch die Tätigkeit des Menschen erfolgten CO₂-Ausstoß als Ursache für die »Erderwärmung«. Edenhofers Theorie beruht nur auf einer Korrelation zwischen dem Anstieg dieser Erwärmung und dem CO₂-Ausstoß. Mit der gleichen Erkenntnismethode läßt sich auch eine Korrelation zwischen Erderwärmung einerseits und dem Abfallhandel und der CO₂-Abgabe andererseits erklären. Schlußfolgerung nach der Theorie von Edenhofer: Verzichtet auf die CO₂-Abgabe und den Abfallhandel, dann hört die Klimakatastrophe auf zu existieren.

Es bleibt die Frage, haben es diese Wissenschaftler nötig, sich in der BRD-Dummkopfgesellschaft so zu präsentieren?

Dr. ULRICH POFAHL

Willy-Brandt-Medaille für Hardy Lux

Eberswalde (spd). Am 18. Oktober trafen sich die Barnimer Sozialdemokraten im Tourismuszentrum des Familiengartens in Eberswalde zu ihrem ordentlichen Unterbezirksparteitag. Diesen Anlaß nutzte der Vorstand der SPD Barnim, um ihren bisherigen SPD-Landtagsabgeordneten und jahrzehntelangen engagierten Kommunalpolitiker Hardy Lux mit einer besonderen Ehrung zu überraschen: Der Vorsitzende Kurt Fischer zeichnete Ihn vor versammelter Mannschaft mit der Willy-Brandt-Medaille aus.

Die Willy-Brandt-Medaille ist eine seltene Auszeichnung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie ehrt Mitglieder, die sich um die Sozialdemokratie in besonderer Weise verdient gemacht haben. Die Medaille, benannt nach dem Ehrenvorsitzenden der SPD, dem Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt, ist die höchste Auszeichnung, die die SPD vergeben kann.

Zur besonderen Würdigung von Hardy Lux mit einer kleinen Laudatio besuchte der amtierende Eberswalder Bürgermeister Götz

Herrmann den Unterbezirksparteitag. In seiner Rede ging er insbesondere auf den gemeinsamen Weg in der Eberswalder Stadtpolitik ein und dankte Hardy Lux auch ganz persönlich für die große Unterstützung für seine Kandidatur als Eberswalder Bürgermeister.

Anhand seiner beruflichen Lebensstationen – etwa als gelernter Zootierpfleger, studierter Sozialwissenschaftler und vor allem engagierter Jugendförderer und Erlebnispädagoge – beschrieb Götz Herrmann die vielfältigen Perspektiven, die Hardy Lux politisch prägten und die er leidenschaftlich in die Kommunalpolitik einbrachte. Auch die gemeinsame Geschichte des Finower SPD-Vorsitzenden Ringo Wrase und des SPD-Landrates Daniel Kurth als Weggefährten von Hardy Lux in der Barnimer SPD war Bestandteil der Rede Herrmanns. Alle drei hatten gemeinsam etwa die SPD-Jugendorganisation im Barnim, die Jusos Barnim, begründet und aufgebaut.

In seiner Reaktion auf die Preisübergabe bedankte sich Hardy Lux emotional für die Unterstützung in den vergangenen Jahrzehnten



Foto: SPD BARNIM

bei den anwesenden SPD-Mitgliedern und vor allem seinen Mitarbeitenden der vergangenen fünf Jahren. Er zeigte sich sichtlich gerührt über die Verleihung der Willy-Brandt-Medaille.

Zugleich formulierte er einen leidenschaftlichen Appell, auch in Zukunft als SPD die Politikbereiche der Jugendpolitik sowie der Umwelt- und Klimaschutzpolitik nicht aus den Augen zu verlieren. Hier gebe es gerade nach dem Wahlergebnis der letzten Landtagswahl für die SPD in Brandenburg umso mehr zu tun.

Leben ohne Digitalzwang

Einen Arzttermin per Telefon zu bekommen, ist inzwischen schwieriger als eine pünktliche Bahn zu erwischen. Überall steht »Bitte online buchen«. Pakete abholen geht bei den neuen Packstationen nicht mehr ohne Smartphone. Deutschlandticket und Bahn-card gibt es bei der DB nur noch digital.

Offenbar mögen das viele Menschen nicht. Das merken wir an dem großen Zuspruch, den unsere Kampagne gegen Digitalzwang erfährt. Denn: Wer läßt sich schon gerne zu etwas zwingen?

Seit drei Jahren läuft bereits unsere Klage gegen die Deutsche Bahn wegen ihrer daten-hungrigen DB-Navigator-App. Wir wollen aber nicht jeden Konzern einzeln verklagen, der uns mit seiner Datensammelwut auf die Nerven geht. Deshalb gehen wir die Sache jetzt mal grund(ge)sätzlich an.

Digitalcourage will das Recht auf ein Leben ohne Digitalzwang im Grundgesetz verankern und hat dafür eine Petition gestartet. Wir fordern, daß Artikel 3 des Grundgesetzes entsprechend ergänzt wird.

Das ist ein dickes Brett: Denn jede Änderung des Grundgesetzes braucht jeweils eine 2/3-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Wir müssen also eine Menge Abgeordnete überzeugen, daß Digitalzwang ein Thema ist, das alle Bürgerinnen und Bürger betrifft. Dafür brauchen wir einen langen Atem. Und Eure Hilfe.

Digitalcourage hat ein Rechtsgutachten auf den Weg gebracht. Das Netzwerk Datenschutzwissenschaft legt darin schlüssig dar, daß diese Grundgesetzergänzung nicht nur möglich, sondern notwendig ist.

Digitalminister Wissing hat im Oktober auf dem Digitalgipfel der Bundesregierung klipp und klar gesagt: Alles soll nur noch digital sein, es soll »keine Parallelstrukturen« mehr geben. Auch das Ziel wird offen benannt: mit der digitalen Erfassung von Alltagshandlungen »Daten zu generieren«.

Viele IT-Fachleute, die ja selber kein Problem mit der Technik haben, wissen um die möglichen unkontrollierbaren Folgen dieses Datensammelns – deshalb unterstützen sie unser Anliegen.

Gute Technik nutzen wir mit Freude – aber wir wollen selber entscheiden: Digitalzwang lehnen wir ab. Das Recht auf ein Leben ohne Digitalzwang muß ins Grundgesetz! Denn wir mögen Technik, aber wir wollen die Wahl. Gemeinsam können wir es schaffen – werde Digitalcourage-Fördermitglied.

Hilf uns, diese Freiheit zu erhalten!

RENA TANGENS, Digitalcourage e.V.

maxe-eberswalde.de

Das »Fest des Friedens«

Weihnachten steht bevor. Ein Fest, das auf christliche Traditionen zurückgeht und auch als das »Fest des Friedens« bezeichnet wird. Zu Weihnachten 1914 hatten das die Frontsoldaten beider Seiten in Frankreich und Belgien für einige Stunden für bare Münze genommen.

Die Soldaten feierten gemeinsam Weihnachten und veranstalteten sogar auf dem Niemandsland zwischen den Schützengräben ein Fußballturnier. Die beteiligten Soldaten wurden nicht bestraft, aber alsbald an andere Frontabschnitte verlegt. Nach dem kurzzeitig friedlichen Weihnachtsfest ging das gegenseitige Morden noch fast vier Jahre lang weiter.

Zu Weihnachten 2024 ist nicht einmal kurzzeitig Frieden zu erwarten. Präsident SELENSKIJ lehnte ein entsprechendes russisches Angebot ab, heißt es. In der Ukraine kam zuletzt mit »Oreschnik« wohl ein wirklicher »Gemechänger« zum Einsatz. Weniger direkt für den Ukrainekrieg, der sehr wahrscheinlich auch ohne dem im kommenden Jahr mit einem Sieg Rußlands enden wird, als vielmehr im globalen »Spiel« der Weltmächte.

Während die Ukraine zunehmend zum »Nebenschauplatz« degradiert, was auch CDU-Merz nicht ändern kann – der vielleicht nur deshalb großspurig dem Schauspieler in Kiew die TAURUS verspricht – erreichte im Nahen Osten die Eskalationsspirale, die der Angriff der HAMAS und ihrer Verbündeten auf Israel am 7. Oktober 2023 auslöste, mit den jüngsten Ereignissen in Syrien eine neue Stufe.

Die Auflösung der syrischen Armee und mit ihr des von Präsident BASHAR AL-ASSAD geführten syrischen Staates, erinnert stark an die Auflösung des afghanischen Marionettenregimes nach Ankündigung des Abzugs der US-Streitkräfte. Beide Regime kollabierten innerhalb weniger Tage.

Gegenüber ihren Verbündeten Rußland und Iran verfolgte die Assad-Regierung allerdings eine eigenständigere Politik als die US-Vasallen in Afghanistan. Womöglich wurde genau das dem Assad-Regime zum Verhängnis. In den bisher von Assad regierten Teilen Syriens hat nun die in den USA als terroristische Organisation gelistete HAI'AT TAHRIR ASCH-SHAM (HTS, übersetzt: Komitee zur Befreiung der Levante) die Regierungsgewalt übernommen. In der Provinz Idlib hatte sich die HTS mit Unterstützung der Türkei und des Wertewestens in den vergangenen Jahren etabliert und eine Art Protostaat aufgebaut. Von Idlib aus startete am 27. November die aktuelle Offensive, die zum Sturz von Assad führte. Verbündet mit der HTS geht die von der Türkei geförderte SYRISCHE NATIONALE ARMEE (SNA) vor allem gegen die kurdisch dominierten und offiziell von den USA unterstützten DEMOKRATISCHEN KRÄFTE SYRIENS (SDF) vor, die ihrerseits Gebiete einnahm, die von der syrischen Regierungsmacht verlassen wurden.

Israel, das kurz vor der Dshihadistenoffensive aus Idlib im Libanon mit der HISBOLLAH einen Waffenstillstand abschloß (nachdem es die Hisbollahführung weggebombt hatte), nutzte das Machtvakuum, um etwa 1.000 Quadratkilometer syrisches Territorium militärisch zu besetzen (Stand 11.12.24) und massive Luftangriffe auf syrische Militärlager und Flugplätze durchzuführen. Begründet werden die Luftangriffe damit, daß so die Nutzung des syrischen Militärgüter durch die HTS verhindert werden soll.

Unmittelbare Nutznießer sind Israel, das direkt interveniert, und die Türkei, die sich ihrer Hilfstruppen bedienen, wobei HTS – trotz der türkischen Unterstützung – wohl eine eigenständige oder, was wahrscheinlicher ist, von anderen Mächten bestimmte Politik verfolgt.

Noch ist vieles, was in Syrien passiert, unklar. Offensichtlich ist lediglich, daß die Büchse der Pandora um ein weiteres Stück aufgemacht wurde.

Über Rußlands Militärstützpunkte wird es sicherlich einen Deal geben. Ob und welche Auswirkungen der iranische Machtverlust in Syrien auf die Verhältnisse im Iran haben werden, ist aktuell völlig offen. Das gilt auch für die iranischen Verbündeten Hamas im Gaza-Streifen und Hisbollah im Libanon.

Aktuell machen diverse politische Kräfte in der BRD damit Propaganda, daß die syrischen Flüchtlinge, die vor rund zehn Jahren ins Land kamen, sich nun auf den Rückweg machen könnten. Ein Teil wird das möglicherweise machen. Doch wenn sich die dshihadistische Macht in Syrien etabliert, darf wohl viel eher mit einer neuen Flüchtlingswelle aus Syrien gerechnet werden. Diesmal wären das vor allem Aleviten und Christen oder andere religiöse oder ethnische Minderheiten, die in einem islamistischen Gottesstaat keinen Platz haben.

Ein Ende des Bürgerkriegs in Syrien gehört wohl zu den Wünschen, die aktuell am meisten ausgesprochen, aber am wenigsten real sind. Die Gegensätze zwischen der türkisch unterstützten SNA und der SDF werden aller Wahrscheinlichkeit nach auf dem Schlachtfeld ausgetragen. Auch die israelischen Eroberungen werden über kurz oder lang gewaltsame Reaktionen zur Folge haben. Das von NETANJAHU angestrebte Großisrael kann sich nur durch ständigen Krieg realisieren.

Von Frieden in der Welt sind wir wohl nicht nur zu Weihnachten ganz weit entfernt.

GERD MARKMANN

Weihnachten 1944

Zeitzeugen-Erinnerung in Zeiten von Krieg und Frieden

Ich bin Jahrgang 1936. Wir lebten in Berlin-Weißensee. Der Vater war an der Front in Kurland (Ostpreußen, jetzt Oblast Kaliningrad/Russische Föderation).

Es war kalt in Berlin und es lag dicker Schnee. Täglich hatten wir Fliegeralarm, sowohl tagsüber als auch nachts. Meine Mutter hörte nächtens immer die Luftlagemeldungen von BBC-Radio (sie konnte englisch) und eben auch die Wehrmachtsmeldungen: »Achtung, Achtung, eine Luftlagemeldung: Feindli-

che Fliegerverbände nehmen Kurs auf die Reichshauptstadt«

Dann war es soweit, wir wurden geweckt und angezogen, meine Mutter rannte zur Gasröhre, klopfte dort, dann zum Nachbarn, dann ins Vorderhaus. Somit waren alle geweckt und gewarnt und dann ging es in Eile in den Keller unter dem Haus.

Dort im Keller saßen alle auf ihren vorgegebenen Plätzen, keiner sprach ein Wort – man mußte ja trotz der Solidarität vorsichtig sein.

Alle warteten auf das Sirenengeheul zum Ende des Luftalarms. Das war unser Alltag!

Nun wurde es Weihnachten!

Unser Weihnachtsbaum war die untere Hälfte des Baumes, die obere hatte der PG über uns. Als er 1946 »geläutert« aus sowjetischer Internierung wiederkam, versuchte er uns Kindern immer etwas Gutes zu tun.

Am heiligen Abend 1944 hatten wir keinen Fliegeralarm. Nie wieder wollten wir Krieg erleben, die Kinder immer friedlich Weihnachten feiern lassen und, daß »nie wieder eine Mutter ihren Sohn beweint!«

JONNY SCHULZ

(Der Autor ist 88 Jahre alt und wohnt in Bernau)

Arzt, Dichter und Autor

Vortragsreihe zur Familie Friedrich Wolf

In der zweiten Veranstaltung einer Vortragsreihe setzte Dr. Dieter Korczak am 14. November im Treff 23 die Erkundungen zur Biografie des bekannten Arztes, Dichters und Autors FRIEDRICH WOLF fort.

Am 23.12.1888 wurde Friedrich Wolf als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Neuwied am Rhein geboren. Ob in Tübingen, Stuttgart, Meißen, Dresden, Remscheid, Worpsswede, Hechingen, Bonn, Berlin oder Krasnogorsk – überall war Friedrichs Naturell in seiner Vorliebe für Sport, zur Muse im Bühnenfach oder im Verfassen von Texten erkennbar.

Die stärkste Prägung erfährt er als Truppenarzt an der Westfront 1914. Dort wird er angesichts von Tod und Leid zum entschiedenen Kriegsgegner. Und wer kennt ihn nicht, den Ausruf »Kunst ist Waffe!«, den er 1928 nach Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in einer Rede als Mitglied des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller formulierte.

Er verfaßte als Multitalent auch sein medizinisches Handbuch »Die Natur als Arzt und Helfer«, und nach der Emigration den 1934 im

Moskauer Exil geschriebenen »Professor Mamlock«.

Die Familie Wolf hat sowohl in Süddeutschland als auch hier im Brandenburger Raum ihre Spuren hinterlassen. Durch zwei seiner Söhne wurde Wolf in Bernau bekannt.

Sie gingen aus seiner zweiten Ehe hervor, die er 1922 mit ELSE DREIBHOLZ einging. MARKUS (1923) und KONRAD (1925) verkehrten späterhin, nach dem Krieg, auch zivil in Bernau. Der Ältere leitete die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS und setzte sich im Barnim zur Ruhe. Konrad landete zuerst am Kriegsende auf russischer Seite als Soldat in Bernau und drehte später in der Innenstadt Szenen seiner eigenen Biografie als Regisseur der DEFA (»Ich war neunzehn«).

Noch heute gibt es Zeitzeugen vom Wirken der Brüder, die sich am Ende des Vortrags in den Diskurs einbrachten. Nebenbei wurde auch ein Besuch im nahe gelegenen *Friedrich-Wolf-Haus* in Lehnitz bei Oranienburg empfohlen. Das Haus am Alten Kiefernweg war bereits zu Friedrich und Else Wolfs Zeiten ein offenes Haus und ist seit etwa 30 Jahren Heimstatt der *Friedrich-Wolf-Gesellschaft*.



FOTO: THOMAS TOBLER

Wenn es um die Historie geht, kommt es auf jedes Detail an. DR. DIETER KORCZAK kennt sich in seinem Metier gut aus und liefert methodisch souverän seine Kenntnisse ab.

Der Vortrag wird fortgesetzt, auch betreffend Konrad und Markus. Die dritte Veranstaltung fand am 12. Dezember statt. Im neuen Jahr geht es weiter am 16. Januar sowie am 6. und 20. Februar. Die Veranstaltungen werden bei der URANIA Barnim ausgewiesen und können dort gebucht werden.

THOMAS TOBLER

Schöne neue »smarte« Welt

Die Wohnungsgenossenschaft in Eberswalde verlangt doch im Ernst, daß die Mieter bei Problemfällen, wenn sie anrufen, mit einer KI sprechen sollen. Die ticken doch nicht mehr richtig! Da kann man die »Marie«, wie sie heißt, tüchtig unflätig zur Sau machen, das kümmert die nicht die Bohne. Wird alles gespeichert. Und ausgewertet. Sind wir schon bei Orwell? Ich glaube, schon weiter.

Das Deutschlandticket gibt es auch nur noch digital aufs Klugscheißertelefon. Damit wird ein Großteil von Personen ausgegrenzt,

diskriminiert, wie Susanne zum Beispiel oder Gerd. Mir ist dieses Ticket ohnehin zu teuer. Dann zahl ich eben mal meine 14 bald 16 Teuronen, wenn ich nach Berlin muß. Kommt ja nicht so häufig vor.

Überhaupt hält der ganze Schei... nur den Verkehr auf, wenn Fahrgäste sich umständlich durchs Phone klicken müssen, um den QR-Code zu zeigen, den der Fahrkartenkontrollleur dann nur noch noch abnickt, weil das Scannen per Apparat auch zu lange dauert. Alles sehr praktisch!

Bald werden wir alle digitale Analphabeten, die nur noch wischen und schieben können und höchstens eine WhatsApp-Sprachnachricht zustande bringen.

Tastatur? Was ist das? Ein Brief per Handschrift? Das machen vielleicht noch zwei oder drei Omas.

Die Verdummung schreitet unaufhaltsam voran, alles im Namen von Effizienz und Fortschritt. Bald werden wir nicht mehr in der Lage sein, Fahrkarten zu entziffern oder eine Zeitung zu lesen. Nur noch Filmchen schauen. Und welche, das speichert alles hübsch die KI von Google und NSA. Schöne neue Welt!

Wandertips

von BERND MÜLLER

20. Weihnachtswanderung

Donnerstag, 26. Dezember, am 2. Weihnachtsfeiertag zu Lug ins Land, Wasserfall und Froschmaul, ca. 2,5 Stunden

Die Wanderung führt uns bereits im 20. Jahrgang durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena Kaffeerast geplant. Rückweg zum Mon Choix.

Treff: 13 Uhr Kirche Cöthen, Cöthen 25

20. Silvesterwanderung

Dienstag, 31. Dezember, zu Silvester auf den höchsten Berg Ostbrandenburgs, ca. 3 Stunden.

Die Wanderung führt uns durch den herrlichen Winterwald auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs mit 158 m. Durch schönen Nadelbaumwald geht es zurück. Kaffeerast eingeplant.

Treff: 13 Uhr Bushaltestelle, Dankelmannstraße 10, 16259 Bad Freienwalde

Winterbaden nach Kneipp

Mittwoch, 1. Januar 2025, Neujahrsschwimmen mit den roten Krebsen

Unter Anleitung von Bernd Müller werden die Teilnehmer ins Winterbaden eingeführt. Schon Pfarrer Kneipp wußte um die gesundheitsfördernden Eigenschaften von kaltem Wasser. Aber nicht nur das Immunsystem und das Herz-Kreislauf-System profitieren vom regelmäßigem Winterschwimmen. Auch die Psyche profitiert durch die Ausschüttung von Adrenalin, Endorphine sowie entzündungshemmenden Kortikoiden, was für Kranke mit chronischen Entzündungen Linderung bringen kann. Die regelmäßigen Winterbader am Krebssee nennen sich DIE ROTEN KREBSE. Wichtig: Bademantel, Badelatschen und Mütze.

Treff: 13.30 Uhr Badestrand Großer Krebssee, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen. Gebühr: 1 Euro. Mitfahrer 13 Uhr Bad Freienwalde, Marktplatz (zzgl. 2 Euro Fahrtkosten).

Neujahrspaddeln in Oderberg

Mittwoch, 1. Januar 2025, Neujahr

Gemeinsam in das neue Jahr starten. Dazu lädt die Sektion Kanu der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. unter Leitung von Karsten Förster ein. Kleine Ausfahrt auf der alten Oder, Gemütlichkeit am Lagerfeuer mit Glühwein, Kaffee, Kuchen und Gegrilltem.

Treff: 14 Uhr Kanu Verleih neben Schiff »Riesa«, Herrmann-Seidel-Str. 62, Oderberg. Eintritt frei.

Anmeldung unter 03344/3002881, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Kiezweihnachtsmarkt



FOTO: GERD MARKMANN

Reges Treiben herrschte am 3. Advent auf dem Potsdamer Platz. Die Einwohnerinnen und Einwohner waren zum 20. Weihnachtsmarkt im Brandenburgischen Viertel eingeladen.

Jugendliche rocken im Advent

Am 7. Dezember, dem Sonnabend vor dem 2. Advent, hatte das Joachimsthaler Kinder- und Jugendprojekt »BAFF - Bands auf festen Füßen« zum jährlichen Konzert »Jugend im Advent« eingeladen. Ab 17 Uhr konnte man in der Schinkelkirche Joachimsthal die Jugendbands und Tanzgruppen erleben. Dieses Jahr wurde besonders groß gefeiert, denn es war das 30-jährige Jubiläum. Und wie seit 30 Jahren war der Eintritt frei!

Unter dem Motto »Das geht ja gar nicht!« setzen die Jugendlichen ein klares Statement gegen gesellschaftliche No-Gos: »Demokratie verachten? - Das geht ja gar nicht!« heißt es auf der Instagramseite unter @bandsauffestenuessen. Das Projekt BAFF gibt es seit 1994. Gegründet wurde es von der ehemaligen Pfarrerin Beatrix Spreng, um Jugendlichen in und um Joachimsthal einen Weg zu geben, sich musikalisch auszudrücken, über Demokratie

zu lernen und sich gegen Rechtsextremismus engagieren zu können. Den Jugendlichen bringt von Anfang an UWE KOLBERG, Musiker aus Templin, bei, wie man rockt und musiziert. Die Tanzgruppen werden durch JESSICA WEGNER trainiert.

Das Adventskonzert selbst wird regelmäßig von den Jugendlichen selbstständig geplant und organisiert. Sie entscheiden durch gelebte Demokratie, was sie auf ihrem Fest haben wollen: welche Limos? Was für Deko? Welche Gastauftritte? Dies wird von den Jugendlichen alles in den Plena durch Abstimmung entschieden. Dazu stemmen sie jegliche Angebote mit eigener Kraft, das Catering Team kümmert sich um Verpflegung, das Moderationsteam um die Moderation und den Ablauf und das Gestaltungsteam um kreative Angebote für jüngere Gäste.

MARLIES AMM und das Projekt BAFF

Bernauer Weihnachtskugeln

Bereits zum zweiten Mal ist eine limitierte Bernauer Weihnachtskugel in der Bernauer Tourist-Information erhältlich. Nachdem die Erstauflage der Weihnachtskugel im Bernau-Design im vergangenen Jahr reißenden Absatz fand, präsentiert sich die neue Kugel nun in frischer Farbe und mit neuen Motiven.

Die tannengrünen Weihnachtskugeln aus Glas haben einen Durchmesser von sieben Zentimetern und zeigen die St. Marienkirche, das Sankt-Georgen-Hospital und weitere Sehenswürdigkeiten aus Bernau bei Berlin. Gestaltet wurde das Motiv von den Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeitern der Tourist-Information Bernau. Die Weihnachtskugeln können zu einem Einzelpreis von 6,50 Euro in Faltschachteln bei der Tourist-Information erworben werden. Aber nur, solange der Vorrat reicht. Auch die bordeauxfarbenen Weihnachtskugeln aus dem Vorjahr sind noch in kleiner Stückzahl erhältlich. Reservierungen sind nicht möglich. In den Wintermonaten ist die Tourist-Information Bernau von Dienstag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 17 Uhr sowie am Samstag von 10 bis 14 Uhr geöffnet.

NILS LÖNNIES

BBP-Vorstandssitzung:

Neuformierung der Redaktion

Eberswalde (bbp). Am 19. November traf sich der Vorstand des Barnimer Bürgerpost e.V. in einer Onlinesitzung, um über die nächsten Aufgaben des Herausgebersvereins der Leserzeitung »Barnimer Bürgerpost« zu beraten. Dabei ging es insbesondere um die Neuformierung der BBP-Redaktion im Jahr 2025, denn der bisherige Redakteur hatte dem Vorstand bereits vor einiger Zeit signalisiert, daß er ab Sommer 2025 nach dreißigjähriger leitender Redaktionstätigkeit kürzer treten möchte.

Die redaktionelle Arbeit besteht insbesondere aus dem Sammeln und Sortieren der eingehenden Leserzuschriften und deren Vorbereitung für den Satz. Daneben werden eingehende Pressemitteilungen und andere Informationen gesichtet, bearbeitet und ebenfalls in das für das Setzen erforderliche Format gebracht. Wichtiger Bestandteil der Redaktionsarbeit ist schließlich der eigentliche Satz mit dem Korrekturlesen und zuletzt die Bearbeitung der Bilder und Graphiken.

Der Vorstand sprach sich dafür aus, auch nach dem Sommer 2025 die monatliche Erscheinungsweise der »Barnimer Bürgerpost« beizubehalten. Dafür hatten sich auch mehrheitlich die Teilnehmer einer nicht repräsentativen Online-Umfrage ausgesprochen.

Künftig soll ein mindestens dreiköpfiges Redaktionskollektiv, dem der bisherige Redakteur weiter angehören wird, die »Geschäfte« übernehmen. Wünschenswert sei, daß sich

neben der Gesamtreaktion auch Menschen finden, die sich speziell um einzelne inhaltliche Rubriken oder regionale Bereiche kümmern. Als wichtig wurde erachtet, Räumlichkeiten für die neuformierte Redaktion zu finden. Bisher werden sämtliche Arbeiten am heimischen PC erledigt.

Die »Barnimer Bürgerpost« basiert ausschließlich auf dem freiwilligen und unentgeltlichen Mittun engagierter Menschen ohne die Hilfe professioneller Journalisten oder Mediengestalter. Vor allem dadurch kam die BBP bisher in ihrer dreißigjährigen Geschichte ohne Preiserhöhung aus. Professionelles Knowhow fehlt zuweilen, da neben dem kreativen Tun sowohl journalistisch als auch gestalterisch einige formale Regeln zu berücksichtigen sind. Amateure müssen sich das mühevoll erarbeiten, was auch den neuen Redakteuren nicht erspart bleiben wird, soll der Übergang zur kollektiven Redaktion gelingen.

Im weiteren wies der Vorstand aus gegebenem Anlaß Versuche zurück, auf die redaktionelle Unabhängigkeit der »Barnimer Bürgerpost« Einfluß zu nehmen.

Zu seiner nächsten Sitzung trifft sich der BBP-Vorstand voraussichtlich wieder online am Montag, dem 30. Dezember, um 16 Uhr. Der Vorsitzende und Vertriebsverantwortliche Sven Weller wird u.a. sein Konzept für die Neustrukturierung der BBP-Verteilung vorstellen.

Verstärkung für die BBP-Redaktion gesucht

Die Redaktion der »Barnimer Bürgerpost« soll zum Kollektiv werden. Dafür werden engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht, die sich für politische und gesellschaftliche Themen interessieren, ein wenig mit Buchstaben und Worten umgehen können und wollen, über ein paar Grundkenntnisse im Umgang mit Textverarbeitungsprogrammen am PC verfügen und bereit sind, sich in das Satzprogramm Scribus einzuarbeiten.

Gefragt sind Menschen mit Empathie, die auf andere eingehen können und tolerant gegenüber anderen Meinungen sind, insbesondere denen der Leserinnen und Leser, die mit ihren Beiträgen die inhaltlichen Grundlagen für unsere unabhängige Leserzeitung liefern.

BBP-Vorstand

Gedenken an die Shoa in Biesenthal

Sonntag, 26. Januar, 11.30 Uhr, Spaziergang ab Markt Biesenthal

Ende Januar 1945 wurde das Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau befreit. Der 27. Januar wurde daher zum Gedenktag an den Holocaust und die Vernichtungspolitik der NS-Zeit. Auch in Biesenthal lebten und arbeiteten jüdische Menschen, die in Auschwitz und anderen Orten des NS-Terrors ermordet wurden. Wir wenden uns auch heute gegen jede Art von menschenverachtenden Einstellungen, insbesondere gegen Antisemitismus und Rassismus. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander in Biesenthal mit allen Menschen.

Am Sonntag, den 26. Januar 2025, um 11.30 Uhr laden wir zu einem Gedenksparade durch das Zentrum von Biesenthal ein, um ein paar dieser Biographien kennenzulernen. Wir werden die Wohn- und Geschäftsadressen von drei Biesenthaler Familien und den jüdischen Friedhof besuchen.

Start ist um 11.30 Uhr auf dem Marktplatz in Biesenthal. Weitere Stationen sind die August-Bebel-Straße 10, die Schulstraße 4 und der jüdische Friedhof.

Initiative bunt statt braun Biesenthal

Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressengesetz (BbgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden PUBLIZISTISCHEN GRUNDSÄTZE der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebersvereins am 25. März 1998 bestätigt:

1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern.

Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgebersverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

Halleluja bis zum Umfallen

Wer nicht rechtzeitig die Maschine nach Teneriffa besteigt, um Old Germany Anfang Dezember hinter sich zu lassen, bekommt die volle Packung ab: Klingelgeling und Black Fridays, bis zum Exzeß geschmückte Häuser und Fenster, die dicksten Werbeprospekte des Jahres und permanente Nötigungen zu Feiern, Treffen, Auftritten und Jahresend-Aktivitäten. Nehmen wir nur unsere kleine Provinzstadt, die sich noch in sicherer Entfernung der Hypermetropole Berlin befindet. Der Adventsmarkt dauert zwar nur zehn Tage, aber ein Besuch ist fast Pflicht, sei es mit Kollegen, Freunden oder der Familie. Da hat die gute Fee des Hauses längst die Wohnung mit sämtlichem Kitsch vollgestellt, der das ganze Jahr sicher in den hintersten Winkeln verstaubt war. Wer seine Nerven schonen will, sollte tunlichst das Radio auslassen, um nicht das hundredste Erbrechen bei »Last Christmas« oder »Driving home« zu provozieren. Das sensible Prekariat verliert schon bald die Nerven und entsprechend zuge-dröhnt kann schon mal die Hand in Richtung Partnerin ausschlagen. Die flüchtet entweder ins Frauenhaus oder verbarrikadiert sich in einem Zimmer.

Aber auch die Upper Class frönt verstärkt den geistigen Getränken zur Weihnachtszeit, wenn nicht die tägliche Flasche Rotwein sowieso usus ist. In manchen Gegenden

Deutschlands heißt der Weihnachtsmarkt entsprechend »Glühmarkt«, wo das Heißgetränk einen Stellenwert besitzt, wie sonst nur der fahrbare Untersatz. In den letzten drei Monaten (Oktober, November, Dezember) macht der Einzelhandel den Löwenanteil des Jahresumsatzes und seltsamerweise ist der Kunde auch einer krankhaften Kauflaune verfallen, ob er oder sie es sich nun leisten kann oder auch nicht. Dann macht man eben Schulden.

Genauso macht es Vater Staat und spendiert seinen bestbezahlten Beamt/innen noch ein 13. Monatsgehalt. Urlaubsgeld nicht zu vergessen. Davon kann ein Hartzler nur träumen. Stattdessen flattert die Betriebskostenabrechnung der Wohnung ins Haus, die die mühsam gezimmerte Finanzbretterbude zum Einsturz bringt. Von Restaurantbesuchen können die Unterschichten sowieso nur träumen. Derweil ergötzen sich die Belegschaften auf Weihnachtsfeiern, wo Erscheinen Pflicht ist und auch der Alkoholgenuß. Wer lieber Tee trinkt, wird bald als islamistischer Gefährder eingestuft und bekommt kein Küßchen von der Chefin. Den Kulturkalender, den es ja nicht mehr gibt, füllen nun diverse Basare und Krippenmärkte, in Kirchen wird gesungen aus herzenvoller Seele und der Kantor hofft auf volle Spendenkörbe. Die Predigten zur Geburt des Heilands erzählen zum tau-

sendeinem Male die Geschichte des Evangelisten Lukas, aber auch Markus sollte nicht verachtet werden, denn der erzählte es ganz anders. Aber der Heiland bildet nur den euphemistischen Rahmen des ganzen Jahresendexzesses, wo nur die Kohle am Ende zählt und das Besäufnis, um den ganzen Ärger, die ganze Politik und die Partnerin zu vergessen. Leider ist man mit ihr an die schmutzige Villa gebunden und eine Scheidung würde man nervlich und finanziell nicht durchstehen.

Also heißt es am Silvestertag »the same procedure as every year, James« und am Himmel landen Millionen von Pyro-Euros, immerhin besser als das, was gerade in der Ukraine geschieht. Dieses Feuerwerk ist handfeste Geopolitik und wir zartbesaiteten Deutschen sollten uns da besser raushalten. Die ganze Gemengelage ist gut geeignet, den Verstand zu verlieren, und wer nicht schon dem Christmas Overkill zum Opfer gefallen ist, verzweifelt momentan an der Welt und geht freiwillig von dannen. Allerdings, und das ist seltsam, gibt es die meisten Suizide nicht im Dezember oder Januar, sondern im Mai und im Juli. Wahrscheinlich, weil der Kontrast zu groß ist...

JÜRGEN GRAMZOW



Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)

Allen frohe Weihnachten
sowie ein glückliches und
friedliches neues Jahr!

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: G. Markmann (viSdP), T. Tobler

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktions-schluß: 9. Dezember 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 5. Februar 2025.